

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Foto: CC BY-NC-ND 2.0, philippe leroyer, flickr.com

WER VOM KAPITALISMUS
NICHT REDEN WILL,
SOLLTE AUCH VON
ÖKOLOGIE SCHWEIGEN

INHALT

die internationale

Ökosozialismus

Übergangsprogramm gegen die kapitalistische Umweltzerstörung, *K. Hasse*..... 4

Ökologie

Autoverkehr: Was macht Verbrennungsmotoren so gefährlich? *Klaus Meier*..... 9

Ökosozialismus

Ökosozialistische Erklärung, *Ökosozialistisches Netzwerk*..... 12

Marx und die Naturfrage, *Friedrich Voßkuhler*..... 19

Buchbesprechung

Michael Löwy – Ökosozialismus, *Klaus Engert*..... 25

inprekorr

USA

Der erwartbare Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen, *Daniel Tanuro*..... 27

Ökologie

„Ökosozialismus: Mehr als eine Strategie“, *Interview mit Daniel Tanuro*..... 31

Was steckt hinter der CO₂-Steuer? *Daniel Tanuro*..... 38

Ökonomie

Kein Ausweg aus der Krise, *Interview mit François Chesnais*..... 52

Großbritannien

Kommt die Arbeiterbewegung aus ihrem Tief? *Gregor Gall*..... 56

Brasilien

Brasilien in Aufruhr..... 58

Welche Optionen für eine radikale sozialistische Linke? *Valerio Arcary*..... 59

Marokko

Aufstand in Marokko..... 62

Solidarität mit den Protesten des marokkanischen Volkes in der Rif-Region..... 62

Internationales Jugendcamp: Für ein sozialistisches Europa..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 4,-
- Jahresabo: EUR 20,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 30,-
- Solidarabo: ab EUR 30,-
- Sozialabo: EUR 12,-
- Probeabo (3 Doppelhefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

EDITORIAL

Die vorliegende Ausgabe befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Ökologie/Ökosozialismus. Zum einen, um die anstehenden Mobilisierungen gegen den Kohleabbau (Klimacamp und „Ende Gelände“) und gegen den Klimagipfel der Vereinten Nationen in Bonn (COP23) – auch argumentativ – zu unterstützen. Zum anderen, um aufzuzeigen, dass zwischen den Heuchlern und Heuchlerinnen, die sich über Trumps Ausstieg aus dem Pariser Abkommen echauffieren, und dem Objekt ihres Unmuts kein nennenswerter Unterschied besteht.

Realiter wird sich durch Trumps Entscheidung wenig ändern, sieht man von dem bisher einzigen konkreten Schritt, den Beitrag zum Klimafonds zu streichen, ab. Denn erstens wird die US-Klimapolitik zu einem guten Teil auf Bundesstaaten- und Unternehmensebene vollzogen. Beispielsweise hat sich Kalifornien gerade erst zu einer Abgasreduktion von 40 % verpflichtet und die Investitionen der Konzerne in „umweltfreundliche“ Produkte werden unvermindert fort dauern, da hier die „Märkte der Zukunft“ liegen. Und zweitens sind die unmittelbaren Folgen auf die Klimapolitik insofern relativ, als der Ausstieg erst 2020 wirksam wird und so ein Hintertürchen zum Wiedereinstieg (unter geänderten Konditionen und unter einem möglichen Nachfolger) offen bleibt.

Die größere Gefahr geht vielmehr von den selbsternannten Klimaretter*innen hierzulande aus. Als würden die Kapitalmägde und -knechte Merkel et al. „ihrer“ Industrie nicht schon genug Schützenhilfe bei der Umgehung der Klimaziele geben, setzt der Präsident der deutschen Automobilindustrie Wissmann gleich noch eins drauf: „Die bedauerliche Ankündigung der USA macht es unvermeidlich, Kosteneffizienz und Wirtschaftlichkeit der Klimapolitik auch in Europa zu gewährleisten, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.“ Dass die „Politik“ dieses Ansinnen positiv bescheiden wird, steht außer Zweifel. Passend dazu das – eigentlich überflüssige – Lamento aus sozialdemokratischem Mund: „Die USA vergeben die Chance, an den Regeln für die Märkte der Zukunft mitzuschreiben.“ (Umweltministerin Barbara Hendricks)

Wer solche Mitstreiter*innen hat, braucht keinen Trump als Feind.

MiWe



ÜBERGANGSPROGRAMM GEGEN DIE KAPITALISTISCHE UMWELTZERSTÖRUNG

Im November 2017 wird die Klimafolgekonferenz COP23 in Deutschland stattfinden. Die Bundesregierung wird einmal mehr versuchen, sich mit vielen Worthülsen der Öffentlichkeit als Musterschüler gegen den Klimawandel zu präsentieren. Wichtig ist, dass ihr das nicht gelingt und dass von linken Kräften dagegen ein Umbauprogramm zum Schutz von Klima und Umwelt präsentiert wird. Sein Aussehen und die damit verbundenen Fragen werden im Folgenden diskutiert.

■ **K. Hasse**

Wie könnten die Sofortmaßnahmen für einen schnellen Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung aussehen?

Die Bundesregierung und die bürgerlichen Parteien wollen die hiesigen Kohlekraftwerke mindestens noch weitere 30 Jahre betreiben. Es gibt zahlreiche Aussagen, die das belegen. Dazu passt, dass 2012 die Kapazität von Braunkohlekraftwerken um 5,1 % und die von Steinkohlekraftwerken um 3,1 % gestiegen ist. Und 2015 ließ die Regierung vier weitere neue Kohlegroßkraftwerke in Hamburg, Mannheim und Wilhelmshaven ungehindert in Betrieb gehen. Im Ergebnis spiegelt sich diese Entwicklung in der hohen deutschen Stromexportquote wider. Sie entsprach 2016 der Strommenge von fünf Atomkraftwerken. Durch die sofortige Stilllegung der besonders dreckigen Braunkohlekraftwerke könnte man mit einem Schlag freien Platz in den Übertragungsnetzen für erneuerbare Energien schaffen. Für den Übergang kann auf Gaskraftwerke gesetzt werden, die aufgrund ihrer hohen Dynamik die

schwankenden Kapazitäten von Wind und Sonne schnell ausgleichen können. Kohlekraftwerke sind dafür komplett ungeeignet, weil sie viel zu träge sind. Deswegen können sie auch keine Übergangstechnologie sein. Gleichzeitig müssen die fehlenden Netze zügig entwickelt werden. Die bisher nur im kleinen Maßstab realisierten Energiespeichersysteme wie adiabate Druckluftspeicher, kostengünstige Redox-Flow-Batterien oder Power-to-Gas-Anlagen¹ sollten schnellstmöglich gefördert und aufgebaut werden. Im Augenblick läuft dagegen alles falsch: Die Braunkohle soll im Rheinland nach dem Willen der Landesregierung noch bis 2040 abgebaut und verbrannt werden, die Energiekonzerne legen die dringend benötigten Gaskraftwerke still, Speichertechnologien werden im Schneckentempo entwickelt, der Netzausbau kommt nicht voran und die erneuerbaren Energien werden massiv behindert. Die Verantwortung dafür trägt die CDU-SPD-Bundesregierung in Komplizenschaft mit den Energiekonzernen.

Kann mit der Solar- und Windenergie die bisherige Verbrennung fossiler Energieträger ersetzt werden?

Die erneuerbaren Energien haben eine grandiose Entwicklung hinter sich. In der Folge sind die Preise von Photovoltaik (PV)-Anlagen allein innerhalb des letzten Jahrzehnts um 90 % gesunken. PV-Anlagen auf Freiflächen haben hierzulande mittlerweile das Kostenniveau von Windkraftanlagen zu Lande erreicht. Und die Kosten der Windenergie liegen heute an günstigen Standorten unterhalb des Niveaus von Steinkohlekraftwerken. Trotzdem hat die Bundesregierung den weiteren Zubau der erneuerbaren Energien ohne Skrupel abgewürgt. Die fixierte Zubaugrenze von Photovoltaikanlagen liegt heute in Deutschland bei 2,5 GWp (Gigawatt Peak). Das ist eine lächerlich niedrige Zahl, wenn man bedenkt, dass der Zubau noch 2012 3,3-mal so hoch war. Seit diesem Jahr hat die Bundesregierung auch die Onshore-Windenergie mas-

siv beschnitten. Der Zubau darf eine festgesetzte Grenze von 2,5 GW pro Jahr nicht überschreiten. Zum Vergleich: 2016 wurden noch Windenergieanlagen von 4,6 GW gebaut. Die Maßnahmen der Bundesregierung stehen im Widerspruch zu ihrer lautsprecherischen Unterstützung für das Pariser Klimaabkommen. Sie dienen lediglich dem Bestandsschutz der Kohlekonzerne.

Die Alternative der erneuerbaren Energien ist offensichtlich. Aber reicht sie auch mengenmäßig aus, um den gesamten heutigen deutschen Energieverbrauch zu ersetzen?

Der heutige Energieverbrauch in Deutschland, also Strom und Wärme zusammen, ist enorm aufgebläht und liegt bei jährlich rund 2600 TWh (Terrawattstunden = 10^{12} Wattstunden). Selbst wenn man einen sehr starken Ausbau der Wind- und Solarenergie zugrunde legt und noch zusätzlich Stromimporte aus Südeuropa oder der Sahara einrechnet, wird maximal 50 % des heutigen Energieverbrauchs durch erneuerbare Energie ersetzt werden können. Das bedeutet, dass zukünftig auch massiv Energie eingespart werden muss. Dies kann ohne Einbußen der Lebensqualität erreicht werden. Dazu sind aber drei Maßnahmen notwendig: Erstens muss der heutige Wohnungsbestand energetisch saniert werden. Zweitens muss der energievergeudende Individualverkehr durch öffentliche Verkehrsmittel weitestgehend ersetzt werden. Drittens kann man große Energiemengen in der Industrie einsparen, wenn man die heutige Wegwerfproduktion drastisch reduziert.

Der Mobilitätssektor verantwortet heute rund 20 % des deutschen Treibhausgasausstoßes. Wie kann er umgestellt werden?

Die Grünen haben auf ihrem Parteitag im Herbst 2016 gefordert, dass es ab 2030 keine Neuzulassungen von Autos mit Verbrennungsmotoren mehr geben darf. Das ist eine richtige Forderung, aber sie bleibt auf halbem Wege stehen. Ein Ersetzen der heutigen schmutzigen Autos mit Verbrennungsantrieb durch Elektrofahrzeuge ist keine Lösung. Ihr hoher Energie- und Ressourcenverbrauch kann in einer nachhaltigen, nichtfossilen Gesellschaft dauerhaft nicht mehr bereitgestellt werden. Die einzige sinnvolle Lösung ist die Abkehr vom Individualverkehr hin zum Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Selbst der ADAC musste dies in einer Studie von Anfang 2017 eingestehen. Die Befragung von Autonutzern ergab, dass in den großen Städten wie Frankfurt, Leipzig, Berlin oder Hamburg jeweils Hunderttausende bereit wären, auf öffentliche Ver-

kehrsmittel umzusteigen. Vorausgesetzt, die Tarife seien übersichtlicher und die Preise niedriger als heute. Daran wird deutlich, dass man einen klimaschonenden Umbau des Mobilitätssektors nur erreichen kann durch die Einführung eines Nulltarifs für öffentliche Verkehrsmittel. Statt wie heute Dieseltreibstoff oder Firmenfahrzeuge mit vielen Milliarden Euro sinnlos zu subventionieren, müssen die Gelder in die öffentlichen Verkehrsmittel investiert werden. Parallel dazu bietet allein der Ausbau eines sicheren Radwegenetzes die Möglichkeit, dass in den Städten bis zu 50 % der Nutzer auf Fahrräder umsteigen. Das haben sowohl Studien als auch die fahrradfreundlichen Maßnahmen in Amsterdam und Kopenhagen gezeigt. In Deutschland wird aber von den Politikern weiter verbissen auf den Autoverkehr gesetzt.

Für ein Drittel der heutigen Treibhausgasemissionen ist der Gebäudebereich verantwortlich.

Wie stellt sich die Aufgabe in diesem Sektor?

Ein Großteil der Heizenergie verpufft heute in schlecht isolierten Wohnungen. Um bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, müsste das Sanierungstempo gegenüber dem Plan der Bundesregierung verdoppelt werden. Doch danach sieht es momentan nicht aus. Schlimmer noch: Die heutige „thermische Sanierung“ bei Mietwohnungen dient vornehmlich dazu, Mieten zu erhöhen und alteingesessene Mieter aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die gesetzliche Regel erlaubt es, dass die energetischen Sanierungskosten auf der Basis von nur 9 Jahren amortisiert werden können. Das bedeutet, dass heute 11 % der Kosten pro Jahr auf die Mieter umgelegt werden dürfen. Besonders infam: Auch wenn die Sanierungskosten längst eingetrieben wurden, bleibt diese Umlage weiter bestehen. Es ist aufgrund dieser gesetzlichen Regelung nicht selten, dass Mieter nach einem thermischen Umbau die doppelte Miete bezahlen sollen. Diese Umlageverordnung gehört in dieser Form ersatzlos gestrichen. Es darf nicht sein, dass Mietern durch eine energetische Sanierung höhere Kosten entstehen. Die privaten und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen müssen stattdessen gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Sanierungen aus ihren Gewinnen und Überschüssen zu finanzieren. Und bei kleinen Hauseigentümern und -eigentümerinnen, die z. B. nur eine Einliegermietwohnung besitzen, müssten staatliche Hilfen bereitgestellt werden. Das kann man in einer so wichtigen Frage von einem Staat verlangen, der andererseits keinerlei Hemmungen gezeigt hat, für die

Sanierung von Banken mal eben über 100 Milliarden Euro hinzulegen.

Die industrielle Güterproduktion ist in Deutschland für über 35 % der Treibhausgase verantwortlich. Reduktionsversuche durch eine Verbesserung der Energieeffizienz zeigten bisher keinerlei Wirkung. Was ist die Ursache?

Der Kapitalismus ist mit einem nicht endenden Güterwachstum verbunden. Die Märkte in den kapitalistischen Zentren sind zwar übersättigt, aber trotzdem gelingt es den Konzernen immer wieder, neue Konsumartikel in Umlauf zu bringen. Für die Haushalte locken sie die Kunden z.B. mit immer großformatigeren Fernsehern, Multifunktions-Küchenmaschinen, neuen Kaffeeautomaten oder Wäschetrocknern. Es wird zwar bei den einzelnen Produkten mit Energieeinsparungen durch mehr Energieeffizienz geworben, aber was hier gewonnen wird, wird auf der anderen Seite durch immer mehr Güter wieder aufgefressen. Das ist auch in anderen Bereichen so. Autos werden immer größer und schlucken durch zahllose Sonderfunktionen wieder mehr Sprit. Negativ zu Buche schlägt auch, dass die Produkte immer kurzlebiger werden und nicht mehr reparierbar sind. Dazu gibt es ständig neue Moden, deren Zyklen sich in den letzten Jahren sogar noch beschleunigt haben. Das ist nicht nur bei der Bekleidung so, sondern auch bei Möbeln oder ganzen Badezimmer- und Kücheneinrichtungen. Wenn man den Kohlendioxid-Ausstoß reduzieren sowie Energie und Ressourcen einsparen will, muss man diesen Wahnsinn stoppen.

Wie können wirksame Maßnahmen gegen den hohen Treibhausgasausstoß und die ungeheure Energie- und Ressourcenverschwendung bei der Güterherstellung aussehen?

Es sind zunächst 3 Punkte, die man auch als eine ökologische Normierung der Produktion bezeichnen kann: Wir brauchen deutlich längere Produktlebenszeiten, eine Reparaturfähigkeit technischer Konsumgüter und ein wirkliches Rohstoffrecycling, das nicht wie heute auf grünen Lügen beruht. Das klingt vielleicht zunächst nach einer Kleinklein-Lösung. Aber die Umsetzung dieser Maßnahmen wird dazu führen, dass die Zahl der konsumierten Güter und der Rohstoffverbrauch drastisch zurückgehen werden. Der Energieverbrauch würde ebenfalls sinken und die verbleibenden Industriegüter könnte klimaneutral mit erneuerbaren Energien hergestellt werden.

Betrachten wir zunächst die Langlebigkeit der Produkte. Die DDR ist sicher kein Vorbild, denn der Staat wurde von einer bürokratischen Kaste diktatorisch regiert. Aber es gab dort sinnvolle Richtlinien, nach denen z.B. Kühlschränke mindestens 25 Jahre halten mussten. Und das wurde auch erreicht. Die Lebensdauer dieser Geräte liegt heute bei uns im Durchschnitt nur noch bei etwa 12 Jahren. Wenn sogar die DDR mit ihren begrenzten technologischen Möglichkeiten 25 Jahre erreicht hat, können wir davon ausgehen, dass heute eine Lebensdauer für Kühlschränke von 50 Jahren möglich ist. Und diese Lebensdauerverlängerung kann natürlich auch für zahllose andere Produkte, also Wasserkocher, Fernseher, Möbel usw., erreicht werden. Ein wichtiges Element ist dabei auch die Reparaturfähigkeit. Noch vor 45 Jahren war es selbstverständlich, dass kaputte Fernseher, Radios oder auch Schuhe repariert wurden. Es ist ein ganz großer ökologischer Skandal, dass heute alles umstandslos weggeworfen wird. Um das rückgängig zu machen, müssen sowohl ökonomische als auch technische Gegenmaßnahmen getroffen werden. Zum einen müssten die Kosten für Ersatzteile und Reparaturarbeiten gesenkt und auf neue Konsumgüter umgelegt werden. Die Strategie der Unternehmen verfolgt heute genau den umgekehrten Weg, um den ständigen Neukauf anzuheizen. Weiterhin müssen technische Geräte so ausgelegt werden, dass sie überhaupt wieder reparaturfähig werden. Das bedeutet beispielsweise, dass man problemlos an die kritischen Teile herankommt, so dass man sie auswechseln oder reparieren kann. Im einfachsten Fall bedeutet das, dass man in technischen Geräten Klebeverbindungen durch Schraubverbindungen ersetzt. Und natürlich sollten heute Reparaturbeschreibungen ins Internet gesetzt werden. Das gilt auch für die Programme der Steuereinheiten, also der Mikrocontroller, die im Sinne von „Open source“ offen gelegt werden sollten.

Das wäre für sich allein schon eine gewaltige Umwälzung. Aber würde das schon ausreichen für eine ökologisch produzierende Wirtschaft?

Wenn man die Ressourcen schonen und die ungezügelte Plünderung der Rohstoffe beenden will, muss man eine Kreislaufwirtschaft mit wirklichem Recycling aufbauen. Das gibt es heute nirgendwo auf der Welt. Bisher werden die hergestellten Güter mit einer willkürlichen stofflichen Zusammensetzung hergestellt. Ein wirkliches Recycling ist dann aber nicht mehr möglich. Ein Beispiel sind Tetrapak-Getränkeverpackungen. Sie bestehen aus einem fest

verklebten Verbund aus Pappe, Aluminium und Kunststoff. Ein Trennen der Stoffe ist nach der Benutzung nicht mehr möglich. Noch schlimmer ist der wachsende Einsatz von Karbonfaserverbundstoffen in zahlreichen Konsumgütern und zunehmend in Autos. Ein wirkliches Recycling muss bereits bei der Produktentwicklung eingeplant werden. An ihrem Lebensende sollten Güter zerlegbar sein und in getrennten Stoffkreisläufen in die Produktion zurückgeführt werden können. Alternativ sollten sie ohne Umweltschäden kompostierbar sein. Das erfordert aber eine Standardisierung der zu verwendenden Stoffkompositionen. Das Konzept wurde von Michael Braungart entwickelt und als Cradle-to-Cradle bezeichnet.² Er hat mit seinem Team bereits eine große Zahl von Produkten entwickelt, die diesen Anforderungen genügen. So z.B. Bürostühle, Sitzbezüge oder Sportschuhe.

Was passiert, wenn man das Cradle-to-Cradle-Konzept verallgemeinert?

Bisher gibt es nur Einzellösungen. Wenn man aber alle heutigen Produkte einem Cradle-to-Cradle-Prozess unterwerfen will, was anzustreben ist, stößt man schnell auf ein logistisches Problem. Das Ganze muss ja in getrennten Kreisläufen zurückgeführt werden. Bei dem heutigen Wildwuchs an verwendeten Stoffen und einer ständigen Produktmodifikation ist das nicht möglich. Deswegen muss die Zahl der zulässigen Stoffe drastisch eingeschränkt werden. Das steht so nicht mehr im Konzept von Braungart. Er schweigt sich über die Probleme aus, weil er offensichtlich keinen Konflikt mit seinen kapitalistischen Auftraggebern wünscht, für die er einzelne Produkte nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip umkonstruiert. So lobenswert sein Ansatz ist – in der Praxis betreibt er leider ideologisches Greenwashing.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wenn man eine Reparatur- und Recyclingfähigkeit der Produkte erreichen will, muss man dafür sorgen, dass sich die Betriebe, die das zukünftig ausführen sollen, auch darauf einstellen können. Deswegen müssen die wahnsinnige Produktvielfalt und die ständigen Produktänderungen drastisch reduziert werden. Ein Beispiel: Es gibt heute weit über 100 Reinigungsmittel in einer noch größeren Anzahl von unterschiedlichen Behältern und Flaschen. Die dafür verwendeten Kunststoffe sind wiederum aus unterschiedlichsten Kunststoffmischungen zusammengesetzt. Sachlich gesehen würden vielleicht 10 Reinigungsmittel in vereinheitlichten Pfandbehältern ausreichen. Gleiche Rechnungen kann man für Fernseher, Kühlschränke oder Küchenherde aufmachen.

Ist das dargelegte Konzept für eine längere Produktlebensdauer, für eine Reparaturfähigkeit und für eine Kreislaufwirtschaft mit dem Kapitalismus vereinbar?

Das ist schwer vorstellbar. Die Kapitaleigner würden ihre vollkommene Verfügungsgewalt über den Produktionsprozess verlieren. Gleichzeitig käme es zu einer massiven Schrumpfung der Warenproduktion. Ohne Wachstum ist aber im Kapitalismus die Reinvestition der realisierten Profite nicht mehr möglich. In der Konsequenz können die aufgeführten Maßnahmen mit dem Kapitalismus nicht koexistieren. Das System wäre nicht mehr stabil, und zu Ende gedacht müsste es zu einem politischen und ökonomischen Bruch kommen. Die Maßnahmen sind daher Teile eines ökosozialistischen Übergangsprogramms.

Gäbe es nicht auch Konflikte mit den Konsumenten?

Davon ist nicht auszugehen. Regelmäßig zeigen Umfragen, dass sich viele Konsumenten von der unüberschaubaren Produktflut überfordert fühlen. Weniger wäre hier mehr. Außerdem würde der geringere Produktionsumfang dazu führen, dass sich die notwendige gesellschaftliche Arbeitsmenge drastisch verringert. Im Ergebnis könnte die Arbeitszeit deutlich verkürzt werden. Und alle Umfragen zeigen, dass die Lohnabhängigen in ihrer übergroßen Mehrheit einen Zuwachs an freier Lebenszeit begrüßen würden.

Viele Beschäftigte in den Energiebetrieben sorgen sich angesichts der Abkehr von der Kohle um ihre Arbeitsplätze. Welche Lösung gibt es?

Eine Abkehr von der Kohleverbrennung bedeutet das Ende von 30.000 Arbeitsplätzen in den Kraftwerken und noch einmal rund 20.000 beim Braunkohleabbau. Das ist lösbares Problem, wenn man bedenkt, dass bereits heute im Bereich der erneuerbaren Energien 370.000 Menschen arbeiten. Mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren wird diese Zahl noch erheblich anwachsen. Die Klimabewegung sollte dafür eintreten, dass die heutigen Beschäftigten des fossilen Energiesektors eine Fortbeschäftigungsgarantie mit voller Lohnfortzahlung bekommen, wie es auch die Gewerkschaft Verdi vorgeschlagen hat. Dies kann bei der Renaturierung der Braunkohlegruben und beim Rückbau der Kohlemeiler der Fall sein. Oder in Beschäftigungsgesellschaften, die z.B. auf eine Arbeit im Sektor der erneuerbaren Energien vorbereiten.

Beim Umbau des Verkehrssektors sind die Arbeitsplätze eine noch wichtigere Frage, denn in der Automobilindustrie einschließlich Zulieferern arbeiten heute rund 800.000 Personen. Dazu kommen noch einmal 780.000 Beschäftigte in Kfz-Werkstätten und im Kfz-Handel. Eine Abkehr vom Individualverkehr würde dazu führen, dass deutlich weniger Arbeitszeit für die Fertigung und Reparatur von Autos sowie für die Pflege des Straßennetzes aufgebracht werden müsste. Allerdings müssten gleichzeitig die öffentlichen Verkehrssysteme überschlägig um den Faktor 6 ausgebaut werden. Dadurch würde auch neue Arbeit entstehen. Es ist sinnvoll, dem heutigen Automobilsektor die Produktion von Bussen, Bahnen und neuen Sammeltaxen zu übertragen, denn er besitzt die technische Kompetenz dafür. Generell gilt, dass bei dem notwendigen ökologischen Umbau Umstrukturierungen der Arbeitsinhalte unvermeidlich sind. Aber es ist dabei wichtig, dass ÖkosozialistInnen vorbehaltlos erklären, dass alle Arbeitsplätze gesichert werden und niemand arbeitslos wird. Dies wird nicht zuletzt dadurch erreicht, dass die gesellschaftlich vorhandene Arbeit auf alle vorhandenen Hände umverteilt wird.

Kann der notwendige ökologische Umbau gemeinsam mit dem Kapitalismus erreicht werden?

Die kapitalistischen Konzerne sabotieren heute in Komplizenschaft mit den bürgerlichen Politikern jeden kleinen Schritt in Richtung Klimaschutz. Der Grund liegt darin, dass der Kapitalismus riesige finanzielle Summen in Unternehmen zur Ausbeutung und Nutzung der fossilen Energieträger investiert hat. Die Klimajournalistin Naomi Klein nennt in ihrem Buch *Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima* eine Größenordnung von 27 Billionen Dollar. Generell gibt es heute nur wenige Kapitalgruppen, die nicht in irgendeiner Form – sei es direkt oder indirekt – mit dem Geschäft der fossilen Energien verbunden sind. Die notwendige Abkehr von den fossilen Energieträgern wird zwangsläufig zu einer Vernichtung des darin investierten Kapitals führen. Das erklärt, warum die Herrschenden bisher keinerlei ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel getroffen haben, obwohl die Zerstörung der Welt droht. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Macht des Kapitals im Kampf um Klimaschutzmaßnahmen aufgehoben werden muss. Anders können der dargelegte Umbau und eine Rettung vor der Klimakatastrophe nicht gelingen.

1 Redox-Flow-Batterien: Sie speichern elektrische Energie in zwei getrennten Flüssigkeiten. Werden sie in zwei Zellen eines gemeinsamen Tanks gepumpt, die durch eine Membran getrennt sind, liefern sie elektrischen Strom. Der Vorteil: Die Speicherkapazität ist nur von der Flüssigkeitsmenge abhängig. Damit lassen sich sehr große Anlagen aufbauen. Die heutigen Standardlösungen basieren auf Vanadium-Salzen und sind noch relativ teuer. Es gibt aber sehr preisgünstige Alternativen auf der Basis von Kunststoffmolekülen in Kochsalzlösungen. **Adiabate Druckluftspeicher:** Bei Stromüberschuss wird Luft in unterirdische, abgedichtete Kavernen gepumpt. Wird wieder Strom benötigt, lässt man die Luft ab, die dabei eine Turbine antreibt und so den Strom zurückgewinnt. Eine Anlage existiert seit vielen Jahren in Huntorf in Norddeutschland. Wenn man die Wärme, die bei der Luftkompression entsteht, zwischenspeichert und bei der Luftfreisetzung wieder zuführt, spricht man von einem adiabaten System. Es hat einen deutlich höheren Wirkungsgrad als konventionelle Druckluftspeicher. **Power-to-Gas:** Überschüssiger Strom wird in einem Elektrolyseprozess genutzt, um Wasser zu zerlegen. Der dabei entstehende Wasserstoff kann gespeichert werden. Bei Strombedarf kann der Wasserstoff verbrannt werden und dabei eine Turbine antreiben. Alternativ kann der Wasserstoff durch eine Zufuhr von Kohlendioxid auch in Methan umgewandelt werden, das dann leichter gespeichert werden kann. Es gibt heute in Deutschland mehrere Power-to-Gas-Testanlagen, die erfolgreich arbeiten.

2 Michael Braungart u. William McDonough: *Cradle to Cradle*. Einfach intelligent produzieren, München u. Zürich: Piper, 2013.

„Cradle to Cradle“ – wörtlich: „von der Wiege bis zur Wiege“. „Ökoeffektivität ist ein Begriff, den der deutsche Chemiker Michael Braungart und der US-amerikanische Architekt William McDonough in ihrem 2002 erschienenen Buch *Cradle to Cradle (C2C)* verwenden. Sie stellten den Begriff in Kontrast zur *Ökobilanz* (die den Stoffkreislauf und dessen Umweltwirkungen von der *Wiege bis zur Bahre* analysiere) und zur *Ökoeffizienz*.

Ökoeffektiv sind nach Braungart und McDonough Produkte, die entweder als biologische Nährstoffe in biologische Kreisläufe zurückgeführt werden können oder als ‚technische Nährstoffe‘ kontinuierlich in technischen Kreisläufen gehalten werden.“ (Wikipedia)



AUTOVERKEHR: WAS MACHT VERBRENNUNGSMOTOREN SO GEFÄHRLICH?

Die aufstrebende Automobilindustrie sorgte seinerzeit mit halblegalen Mitteln für den vorsätzlichen Niedergang des öffentlichen Verkehrswesens und die Durchsetzung des Individualverkehrs. Inzwischen besorgen an ihrer Stelle die Erfüllungsgehilfen an den Regierungen dieses Geschäft.

■ Klaus Meier

Stuttgart plant zum Schutz der Bevölkerung, dass Dieselfahrzeuge, die vor dem 1.9.2015 zugelassen worden sind, ab 2018 nicht mehr in die Stadt fahren dürfen. Wer wird davon betroffen sein?

Betroffen sind davon nur Dieselfahrzeuge, die die Euro 6-Norm nicht erfüllen. Es wird geschätzt, dass davon 70.000 Autos betroffen sind. Stuttgart wird aber nur der Vorreiter sein. Zahlreiche andere Städte überschreiten bei der Stickoxidbelastung ständig die Grenzwerte. So wird in München der von der EU zugelassene Mittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht nur auf den großen Ring- und Einfallstraßen regelmäßig überschritten. Auch weit jenseits davon, mitten in sicher geglaubten Wohngebieten liegen die Werte teilweise bei 60 Mikrogramm. Unter dem Druck dieser Zahlen erklärte Münchens Oberbürgermeister, dass man zukünftig Fahrverbote für Diesel einführen müsse¹. Und der Handlungsdruck ist erheblich. So hat die Deutsche Umwelthilfe bereits 2016 16 deutsche Städte verklagt, weil sie die gesetzlich vorgeschriebenen Schadstoffgrenzen nicht einhalten. Bundesverkehrsminister Dobrindt und die Bundesregierung lehnen die Maßnahme entschieden ab. Aber wer einen Blick ins europäische Ausland wirft, stellt fest, dass Fahrverbote aus Gründen des Gesundheitsschutzes längst an der

Tagesordnung sind. So in Oslo, Rom oder Paris. Beispielsweise wurde Anfang Dezember 2016 über 50 % der Autos im Großraum Paris ein Fahrverbot verhängt. Metro, Busse und Schnellbahnen rollten dafür kostenlos.

Welche Folgen haben die Fahrverbote für die Besitzer von Dieselfahrzeugen?

Der EU-Grenzwert für Stickoxide liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Atemluft. An den meisten verkehrsstarken Messstationen wird dieser Wert regelmäßig überschritten. Die Autokonzerne haben über viele Jahre hinweg Dieselfahrzeuge auf den Markt gebracht, die gegen die gesetzlichen Grenzwerte verstoßen. In enger Kumpanei mit den Politikern. Den Preis dafür werden die Besitzer der Dieselfahrzeuge bezahlen müssen, denn ihre Altautos verlieren an Wert. In den USA erhalten die Besitzer von VW-Dieseln immerhin eine Entschädigung von 5.100 bis 10.000 Dollar. In Deutschland hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dass es nichts gibt.

Dieselautos der Euro 6-Norm werden vom angekündigten Fahrverbot auf Stuttgarts Straßen ausgenommen. Sind sie soviel sauberer?

Die Erlaubnis für Euro 6-Fahrzeuge ist ein Kniefall von den Autokonzernen. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass Euro 6-Fahrzeuge nicht viel besser sind als die mit Euro 4- oder Euro 5-Norm. Das liegt am systematischen Betrug, den fast alle Hersteller begangen haben. So veröffentlichte im April 2016 das Kraftfahrtbundesamt Messungen an 53 Dieselfahrzeugtypen. Danach überschritten z.B. Autos von Ford, Hyundai, Mercedes, Opel oder Renault teilweise bis zu 1300 % die Grenzwerte für Stickoxide².

Was macht Stickoxide so gefährlich?

Aus Ballungszentren ist bekannt, dass bei Bewohnern von stark belasteten Straßen sowohl die Atemkapazität als auch das Lungenvolumen reduziert sind. Die Stickoxide können die Zellen so angreifen, dass sie entarten und Krebs

entsteht. Bei hoher Stickoxidbelastung leiden besonders Menschen mit vorgeschädigten Atemwegen. Mehr Menschen müssen ins Krankenhaus, Herz-Kreislaufleiden und die Sterblichkeit nehmen zu. In den Blutgefäßen trägt Stickstoffdioxid dazu bei, dass Entzündungen entstehen und chronisch werden. Zudem lagert sich an den entzündeten Innenwänden der Blutgefäße leichter Cholesterin, Immunzellen und Kalk ab. Es drohen Infarkte und Schlaganfall³.

In Stuttgart und anderen Städten liegen nicht nur die Stickoxide weit über den Grenzwerten. Auch die Feinstaubbelastung ist erheblich. Wie ist das zu bewerten?

Stuttgart ist die deutsche Feinstaub-Hauptstadt. In 2016 wurde an 63 Tagen der Tagesmittelgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten. Maximal 35 Tage im Jahr sind aber nur erlaubt. In den letzten Jahren hat sich die Autoindustrie bei ihren Dieseln darauf konzentriert, große Rußpartikel vom Typ PM 10 in den Abgasen zu verringern. Daneben treten aber bei den Verbrennungsprozessen in den Motoren auch ultrafeine Partikel auf, die kleiner als Bakterien sein können. Feinstaub vom Typ PM 2,5 hat einen Durchmesser von 2,5 Mikrometern. Und ein Großteil der Teile ist sogar kleiner als 0,1 Mikrometer. Man kann sie nicht mehr sehen. Aber sie sind besonders gefährlich, weil sie beim Einatmen aufgrund ihrer geringen Größe bis in die kleinsten bronchialen Verästelungen und Lungenbläschen vordringen und über die Lunge direkt in die Blutbahn gelangen.

Die Autokonzerne weisen gerne darauf hin, dass die Belastung in Stuttgart eine Ausnahme und die Feinstaubbelastung bundesweit zurückgegangen sei.

Stuttgart ist sicher extrem, aber das ist kein Grund zur Beruhigung in anderen Orten. Die EU lässt bei den Grenzwerten für Feinstaub eine besonders hohe Belastung zu, wohl nicht zuletzt ein Ergebnis der mächtigen Lobbyarbeit der Autoindustrie. Die Weltgesundheitsorganisation WHO fordert dagegen deutlich niedrigere Grenzwerte. Die EU liegt bei der Partikelgröße PM 10 um 100 % und bei der Partikelgröße PM 2,5 sogar um 150 % darüber.

Gibt es weitere gesundheitliche Folgen von Feinstaub?

Es ist schon sehr lange bekannt, dass Feinstaub Bronchitis, Asthma, Lungenkrebs oder Herz-Kreislaferkrankungen

hervorrufen kann. Neue epidemiologische und experimentelle Studien zeigen, dass Feinstaub sogar zur Demenz beitragen kann. Bereits vor 10 Jahren wurde bekannt, dass Hunde an stark befahrenen Straßen in Mexiko-Stadt dement werden, so dass sie ihre Besitzer nicht mehr erkennen. In ihren Gehirnen fand man Plaques, Ablagerungen, die auch bei menschlichen Alzheimer-Patienten auftreten. Diese Plaques konnte man auch in den Hirnen von Jugendlichen aus Mexiko-Stadt finden, die bei Autounfällen ums Leben gekommen waren. Eine Studie der kanadischen Universität Toronto hat gezeigt, dass Menschen, die näher als 50 Meter an Hauptdurchgangsstraßen leben, eine um 12 % höhere Wahrscheinlichkeit haben, an Alzheimer zu erkranken. Beunruhigend ist auch eine Studie der University of Southern California. Sie zeigte, dass bei Feinstaubpartikeln vom Typ PM 2,5 ein deutlich höheres Demenzrisiko auftritt, wenn ihre Konzentration oberhalb des US-amerikanischen Grenzwertes von 12 Mikrogramm pro Kubikmeter liegt. Betagte Frauen, die dort leben, haben ein um 92 % erhöhtes Risiko, an Demenz zu erkranken. Die Wissenschaftler haben berechnet, dass umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung 21 % der Demenzfälle ursächlich mit der Luftverschmutzung zusammenhängen⁴.

Sind das Gefahren, die nur von Dieselfahrzeugen ausgehen, oder sind auch Benziner betroffen?

Während bei Diesel-Pkw die Feinstaubgrenzwerte verschärft wurden, ist bei den Benzinern nichts passiert. Sie dürfen völlig legal zehnmal mehr Feinstaub in die Luft blasen. Erst ab September 2018 werden verbesserte Regeln in Kraft gesetzt. In einem ADAC Ecotest von Mitte 2016 lagen rund die Hälfte der Ottomotoren zum Teil deutlich über den kommenden Partikelgrenzwerten. Die Autokonzerne nutzen – wieder einmal – eine Ausnahmeregelung für Benziner so lange wie möglich. Gleichzeitig versuchen die Lobbyverbände, die Sonderregel um ein Jahr zu verlängern. Zudem will der technische Ausschuss für Kraftfahrzeuge (TCMV) die Grenzwerte für Partikel aus Benzindirekteinspritzern um 50 % erhöhen⁵.

Betrachten wir den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge. Autolobbyisten wie der VDA-Präsident Matthias Wissmann werden nicht müde zu behaupten, dass die Dieseltechnologie mittelfristig unverzichtbar sei, um die weltweiten Klimaziele zu erreichen. Ist das die Wahrheit?

Ab 2020/21 gelten neue EU-Grenzwerte für die Koh-

lendioxid-Emissionen der Pkws. Dann darf der Durchschnittswert der PKW-Flotte eines Herstellers 95g CO₂ pro gefahrenen Kilometer nicht überschreiten. Sonst drohen hohe Strafen. Für die deutschen Premiumfahrzeughersteller ist das ein großes Problem, denn sie liegen heute im Durchschnitt bei 130 Gramm pro Kilometer. Ihre Strategie besteht darin, sich mit Lügen und Sonder Rabatten durchzumogeln. Zu den Sonderrabatten gehört die Schönrechnung des Diesels. Doch sie gerät allein schon durch die Abweichungen zwischen realem Spritverbrauch und Herstellerangaben ins Wanken.

Wie groß ist die Differenz zwischen Herstellerangaben und dem wirklichen Spritverbrauch?

Die Prüfer des International Council on Clean Transport (ICCT) teilten im November 2016 in einer Presseerklärung mit, dass die Kluft zwischen realem Kraftstoffverbrauch und dem von den Autoherstellern angegebenen Verbrauch noch nie so groß gewesen sei wie jetzt. Noch vor zehn Jahren seien die realen Werte um 15 % abgewichen. 2013 seien es schon 25 % gewesen. Inzwischen liege die Abweichung bei 42 %. Für die Studie wurden Daten von Leasingfirmen von 2001 bis 2015 verwendet, die eine Million Fahrzeuge erfassten⁶. Für Autofahrer seien damit durchschnittliche Mehrausgaben von 450 Euro verbunden. Aber auch bei den Kohlendioxid-Emissionen tricksen die Hersteller. Anfang 2016 wurden in einer Untersuchung des Kraftfahrzeugbundesamts 53 Fahrzeuge untersucht. Dabei zeigte sich, dass davon 30 die angegebenen CO₂-Emissionen deutlich überschritten⁷.

Autos tragen mit über 20 % zu den Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland bei, Tendenz steigend. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens dazu verpflichtet, seinen Beitrag zur Rettung des Weltklimas zu leisten. Wie passt das zur deutschen Autopolitik?

Die Daten der Klimawissenschaftler sind eindeutig. Schon Mitte des Jahrhunderts werden sich ganze Weltregionen so weit aufgeheizt haben, dass sie zunehmend unbewohnbar sind. Dazu gehören z.B. Nordafrika und der Nahe Osten⁸. Der Klimawandel stellt letztlich das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten in Frage. Eine Umkehr verlangt nicht nur, dass die Kohleverbrennung so schnell wie möglich eingestellt wird, sondern dass auch der massenhafte Individualverkehr durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzt wird. Wir haben das Problem, dass die kapitalistischen Kohle- und Autokonzerne lieber die Welt in den

Untergang treiben wollen, als eine Einschränkung ihrer Geschäftsmodelle hinzunehmen. Und die bürgerlichen Politiker sind auf das Engste mit dem Kapital verbunden. Das zeigt sich auch an ihrer autozentrierten Verkehrspolitik. Die aufzubauende radikale Klimabewegung wird sich zwangsläufig auch mit Mobilitätsalternativen auseinandersetzen müssen, bei denen die Ersetzung des Individualverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel im Mittelpunkt steht.

1 Süddeutsche Zeitung: München plant Dieselfahrverbote, 14./15.6.2017

2 Süddeutsche Zeitung: Heißer Reifen, 25.4.2016

3 Süddeutsche Zeitung: Gift mit jedem Atemzug, 1.2.2017

4 VDI Nachrichten: Dement durch Feinstaub, 3.3.2017

5 Süddeutsche Zeitung: Dreckige Benziner, 29./30.10.2016

6 Süddeutsche Zeitung: Tricks am Tank, 18.11.2016

7 Süddeutsche Zeitung: Konzerne tricksen, Fahrer zahlen, 21./22.5.2016

8 Lelieveld et. al: Strongly increasing heat extremes in the Middle East and North Africa (MENA) in the 21st century, Climatic Change (2016) 137, 245–260



ÖKOSOZIALISTISCHE ERKLÄRUNG

Dass sich Umweltzerstörung und Kapitalismus aufeinander reimen, ist eine drängende, aber in der Umweltbewegung leider nicht selbstverständliche Erkenntnis. Dies zu ändern, soll dieses Manifest beitragen.

■ Ökosozialistisches Netzwerk

Präambel

Das Ökosozialistische Netzwerk unterstützt die ökosozialistische Erklärung von Belém, die aus der Weltsozialforumsbewegung heraus entstanden ist und versteht sich als Teil der weltweiten ökosozialistischen Bewegung. Die kapitalistische Produktionsweise ist mit einem ökologisch verantwortlichen Wirtschaften und einer lebenswerten zukunftsfähigen Welt nicht vereinbar. Ihre Triebkraft ist das grenzenlose Streben nach höchstmöglichem Profit, und die Konsequenz daraus ist der Zwang zu einem Wachstum, das mit den begrenzten Ressourcen der Erde unvereinbar ist.

Deswegen halten wir als Ergebnis der Vorbereitung und der Debatten unserer Konferenzen Folgendes fest:

I. Kapitalismus killt Klima!

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen gefährdet das Überleben der Menschheit und bedroht sie akut mit unabsehbaren Katastrophen.

Die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordert eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 90 % bis 2050; das entspricht einer Reduktion auf eine Tonne pro Kopf und Jahr.

Die grundsätzlichen Schlussfolgerungen und Positionen unserer ökosozialistischen Erklärung wurden durch den COP21-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 – leider – eindrucksvoll bestätigt. Das weltweite kapitalistische System und seine Sachwalter, die Regierungsverantwortlichen der dort vertretenen 195 Staaten, waren nicht in der Lage, der gewaltigen Herausforderung, die der Klimawan-

del für die Ökosphäre des Planeten Erde darstellt, auch nur annähernd gerecht zu werden.

Zwar wurde in Paris deutlich, dass inzwischen auch auf Regierungsebene die Gefahren, die die globale Erwärmung verursacht, ernst genommen werden. Davon zeugt die Absichtserklärung, den weltweiten Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf maximal 2 Grad Celsius, wenn möglich auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Aber die getroffenen Vereinbarungen sind in keiner Weise geeignet, dem auch nur annähernd Rechnung zu tragen:

■ Der Zeitpunkt, zu dem der Maximalausstoß an klimaschädlichen Gasen erreicht sein muss, wurde ohne jegliche tragfähige Begründung immer weiter nach hinten verschoben. Im 4. Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, auch: Weltklimarat) war es noch 2015, im 5. Bericht geht man von 2020 bis 2030 aus.

■ Die derzeitigen (nicht bindenden) Absichtserklärungen der Unterzeichnerstaaten laufen, wenn man sie zusammenrechnet, auf eine Temperaturerhöhung von (mindestens) drei Grad hinaus und machen nur etwa 20 % der eigentlich notwendigen Reduzierung aus.

■ Hinzu kommt, dass das Abkommen erst 2020 in Kraft treten soll und bei Verstößen keinerlei Sanktionen vorgesehen sind.

Aber viel entscheidender ist etwas anderes: Aus dem Text des Abkommens ist klar ablesbar, dass ein grundsätzlicher Wandel weder in der Energiepolitik noch in der Frage der Wachstumsfixiertheit der globalen kapitalistischen Öko-

nomie angestrebt wird. Im Wesentlichen wird auf eine „Lösung“ gesetzt, die die bestehenden Produktions- und Konsumptionsstrukturen unangetastet lässt und sie lediglich durch technokratische und großtechnische Ansätze „klimakompatibel“ machen soll. Und das geht klar zu Lasten der natürlichen Umwelt. Nuklearenergie gehört nämlich zum Beispiel nach dem Willen der Experten ebenso zur Liste des „least cost-2 Grad-Szenarios“ wie die Verbrennung von fossilen Brennstoffen mit CO₂-Rückhaltung – also Verklappung (CCS) –, der massive Ausbau von Wasserkraft mittels Stauseen und die Ausweitung der Biomasseverbrennung – mit allen bekannten Folgen für die Bevölkerung der betroffenen Regionen insbesondere des globalen Südens.

Demgegenüber halten wir daran fest:

Die kapitalistische Produktionsweise bedeutet Wachstumszwang. Da für Geld alles zu haben ist, spiegelt sie als entwickelte Waren- und Geldproduktion Unendlichkeit vor, obwohl doch die Erde und ihre Ressourcen begrenzt sind. Die Jagd nach Profit der miteinander konkurrierenden Kapitalien generiert die Expansion der Produktion auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Weniger Wachstum oder gar Stagnation führt in dieser Produktionsweise zu massenhafter Erwerbslosigkeit und Verelendung. Darum muss sie überwunden werden, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu regenerieren.

Viele Dinge, die heutzutage produziert werden, tragen nichts zu einem besseren Leben bei. Viele Ressourcen werden für die Produktion von Zerstörungsmitteln und wahnwitzige Transporte verschleudert. Eine gemeinschaftliche, von den Produzentinnen und Produzenten selbst kontrollierte Produktion würde die Fortschritte der Arbeitsproduktivität umsetzen in mehr Lebensqualität. Eine Schlüsselfrage ist die radikale Verkürzung der Arbeitszeit.

Die sozialistische Alternative hat wegen der Erfahrungen mit dem sogenannten „realen Sozialismus“ des 20. Jahrhunderts für viele ihre Glaubwürdigkeit verloren. Auch in diesen Gesellschaften gab es im Rahmen der Systemkonkurrenz Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. Sie standen in flagrantem Widerspruch zu den ursprünglichen sozialistischen Ideen.

Wachstumskritik spielt heute in den neuen Generationen, die sich zum Beispiel gegen die Ursachen der Klimaerwärmung auflehnen, zu Recht eine wichtige Rolle. Doch ohne den Sturz der Macht des Kapitals kann auch der Wachstumszwang nicht gebrochen werden. Aber auch die bürokratische Kommandowirtschaft des sogenannten „realen Sozialismus“ brachte im Rahmen der Systemkonkurrenz in erheblichem Umfang zerstörerisches Wachstum.

Nur eine sozialistische Demokratie kann einen alternativen Entwicklungsweg durchsetzen.

Es genügt nicht, diese Alternative auszuarbeiten und für sie zu werben. Zusätzlich müssen Forderungen popularisiert werden, die die ökologischen Notwendigkeiten mit der sozialen Gerechtigkeit und mit den Interessen der abhängig Beschäftigten verbinden. Das wird die dringlichste Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Die kapitalistischen Überproduktionskrisen vernichten regelmäßig Kapital und eine große Menge an Ressourcen und Produkten, wobei Millionen ihren Erwerbsarbeitsplatz verlieren und in die Armut getrieben werden. Die Folgen dieser Krisen werden auf die Besitzlosen abgeladen. Diese Art von Minuswachstum wollen wir natürlich nicht.

Der Systemwechsel, den wir wollen, taugt nicht als Alibi für die Fortsetzung zerstörerischen Wachstums. Wenn wir die Lebensvoraussetzungen des Großteils der Menschen sichern und politischen Gestaltungsspielraum erhalten wollen, brauchen wir kurzfristig erhebliche Reduktionen unserer Treibhausgasemissionen sowie des Ressourcen- und Energieverbrauchs. Hierfür müssen alle vorhandenen politischen Instrumente genutzt werden. Wachstum wollen wir nur dort, wo es der Sicherung der Grundbedürfnisse und der Verbesserung der Lebensqualität dient („buen vivir“ – gutes Leben: Bildung, Gesundheit, Kultur, freie Zeit, Entschleunigung, Qualität und Haltbarkeit der Produkte).

II. Kriege um Energie

Der Wachstumswahn der kapitalistischen Industrie kommt insbesondere in seinem ungehemmten Energiehunger und den daraus resultierenden Ressourcenkriegen zum Ausdruck. Erdöl ist der zentrale Lebenssaft der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Konsumwelt. Erdöl und Erdgas sind Schlüsselressourcen für die Energiegewinnung. Die Chemie-, Kunststoff- und die Pharmaindustrie sind ebenso auf Öl angewiesen.

Auch die Militärmaschinerie kann einen Krieg um Öl nur mit Öl führen. Daneben sind das Uran und seine Folgeprodukte für den zeitgenössischen Kapitalismus sowohl eine zentrale Energiequelle wie auch der Stoff, der die Hegemonie der großen Atommächte auf militärischem Gebiet zementiert.

Das globale Wettrennen der USA und Europas um die knapper werdenden Ressourcen nimmt trotz neuer Abbauverfahren wie dem Erdgas-Fracking zu.

In den Ländern rund um den Persischen Golf und das kaspische Meer lagern ca. zwei Drittel der Weltölreserven und 50 % der Weltgasvorräte.

Die Kriege gegen Afghanistan und den Irak ebenso wie in Libyen und Mali und die Kriegsdrohungen gegen den Iran unterstreichen den Anspruch der westlichen Industrienationen auf die dort lagernden Öl- und Uranvorräte.

Eine Energiewende ist deshalb nicht nur dringend notwendig, um der Klimaerwärmung, sondern auch den Rohstoffkriegen ein Ende zu bereiten.

Kriege um Rohstoffe werden längst schon konkret geplant (vgl. das *European Defensive Paper* aus dem Jahr 2004). Angesichts dieser Situation gilt es, präventiv abzurüsten. Die Rüstungsproduktion in Deutschland ist unverzüglich zu beenden. Die Politik hat es in der Hand, dies durch ein ausnahmsloses Verbot von Rüstungsexporten und ein Ende der Beschaffung herbeizuführen. Die Rüstungsproduktion stellt auch angesichts der knappen Ressourcen eine nicht mehr hinnehmbare Verschwendung dar. Wir stehen ohnehin vor der Notwendigkeit, den Ressourcenverbrauch drastisch abzusenken. Was läge da näher, als mit der Waffenproduktion zu beginnen? Es ist an Absurdität kaum mehr zu überbieten, knappe Ressourcen für die Rüstung zu vergeuden, um dann eben um die immer knapper werdenden Ressourcen Krieg führen zu können.

Da die NATO das erklärte Ziel hat, Rohstoffe, Handelswege und wirtschaftliche Interessen militärisch zu sichern, ist ein sofortiger Austritt der BRD aus der NATO zwingend nötig, desgleichen eine Kündigung des Aufenthaltsvertrags für ausländische Truppen. Beim derzeitigen technischen Stand der Destruktivkräfte auch unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen darf Krieg überhaupt keine Option mehr sein, auch nicht im Sinne einer *ultima ratio*. Unser Ziel ist deshalb eine Bundesrepublik ohne Armee.

III. Kapitalistische Wirtschaft und Industrie

Das stellt nicht nur unsere kapitalistische Wirtschaftsweise radikal infrage. Das Wegbrechen der fossilen Ressourcen einerseits, die nicht im selben Maß durch andere Energiequellen ersetzt werden können, und die Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen schnell und erheblich zu reduzieren andererseits, stellen unsere Industriegesellschaft insgesamt zur Disposition.

Der unausweichliche Prozess des Rück- und Umbaus bedeutender Teile der Industrie muss politisch gestaltet und geplant werden. Was, wie und wie viel produziert wird, darf nicht länger kapitalistischen Einzelinteressen überlassen werden, sondern muss demokratisch entschieden werden. Unsere geplante Wachstumsrücknahme ist etwas völlig anderes als die zerstörerischen kapitalistischen

Krisen, deren Folgen auf die Beschäftigten und Besitzlosen abgeladen werden.

Die Kohleverstromung ist bis spätestens 2030 zu beenden. Neben dem Ersatz von fossilen Energien durch erneuerbare Energiequellen und dem Ausschöpfen von Effizienzpotenzialen ist vor allem der Energieverbrauch absolut zu senken. Energieintensive, überflüssige Produkte (zum Beispiel Weißblechdosen als Getränkeverpackung) sind zu verbieten, energieintensive Produktionsverfahren nach Möglichkeit einzudämmen.

Wir fordern die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen wegen ihrer unabsehbaren Risiken und des unlösbaren Problems der Entsorgung der nuklearen Abfälle.

Der dringend erforderliche Umbau der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft muss dazu führen, dass nicht immer mehr, sondern sehr viel weniger Energie verbraucht wird. Dafür ist eine Entschleunigung des Lebens nötig und eine ganz andere Gestaltung des Raums, die dafür sorgen, dass die täglichen Wege zur Arbeit, zur Freizeitbetätigung und zum Wohnen drastisch verkürzt werden.

Dazu gehören die schrittweise Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, d. h. die völlige Umgestaltung der Millionenstädte zu einer den Menschen förderlichen und gesunden Umwelt einerseits und die weltweite Aufwertung ländlicher Regionen andererseits.

Besonderes Augenmerk gilt der Landwirtschaft. Vor allem der primäre Sektor ist anfällig für die Veränderungen des Klimas. In erster Linie die Länder, in denen große Teile der Bevölkerung als Produzenten oder Beschäftigte in diesem Sektor tätig sind, wird die Klimakatastrophe hart treffen: Wetterextreme wie Überschwemmungen, Trockenheit, Wirbelstürme, Landerosion und die Versalzung der Böden in den Küstenregionen werden Millionen von Existenzen in Asien, Afrika und Lateinamerika bedrohen und vernichten.

IV. Produktions- und Produktumstellungen

Die ökosozialistische Strömung unterscheidet sich von der klassischen Arbeiterbewegung dadurch, dass sie nicht nur den Staat und die gesellschaftliche Ordnung umwälzen will, sondern auch den heutigen kapitalistischen Produktionsapparat in seiner Qualität und Quantität infrage stellt. Dazu strebt sie eine Wirtschaft an, die die verwendeten Güter an ihrem Lebensende in getrennten Stoffkreisläufen einsammelt und einer bauteilbezogenen Wiederverwertung sowie einem stofflichen Recycling zuführt. Das ist naturgemäß nicht mit allen Werkstoffen und Technologien

möglich. Daher gehören alle Produkte auf den Prüfstand. Diejenigen, die diese Kriterien nicht erfüllen können, gehören weitestgehend aussortiert. Um diese Kreislaufwirtschaft im Sinne eines „cradle-to-cradle“ (von der Wiege zur Wiege) gewährleisten zu können, muss die stoffliche und die produktbezogene Vielfalt der Waren deutlich eingeschränkt werden. Weiterhin muss moderne Ingenieurskunst eingesetzt werden, um Produkte langlebig sowie reparatur- und recyclingfähig zu gestalten. Die notwendigen Produktumwälzungen werden dabei das Ausmaß einer technologischen Revolution annehmen.

Die gewerkschaftliche und betriebliche Produktionskontrolle muss dafür ausgeweitet werden. Produktionsumstellungen, Verbot bestimmter Produktionen und Beschränkung bei der Verwendung bestimmter Rohstoffe müssen Gegenstand der Tarifpolitik der Gewerkschaften wie auch der Kontrolle durch die Beschäftigten werden. Die Belegschaftsvertretungen müssen Einsicht in Stoffflussprotokolle und Verwendungslisten erhalten. Sie müssen ein Vetorecht erhalten, um Produktion unter nicht vertretbaren Bedingungen stoppen zu können.

Auch die Verbraucherverbände müssen ermächtigt werden, die Produktionen zu kontrollieren und notfalls zu stoppen. Ihre Einrichtungen müssen ausgebaut und ihre Rechte erweitert werden.

Neben dieser allgemeinen Produkt- und Produktionsumstellung müssen einzelne Branchen komplett umgebaut werden. Dazu gehört das Mobilitätssystem, wo ein umfassendes und weitestgehend kostenfreies System öffentlicher Verkehrsmittel entwickelt werden muss, das mit einer Abkehr vom Individualverkehr und dem privaten PKW-Besitz einhergehen muss. Eine große Bedeutung kommt weiterhin der Entwicklung eines erneuerbaren Energiesystems zu. Zu diesem System muss eine umfassende Absicherung durch eine Vielfalt unterschiedlicher Energiespeicher weiterentwickelt, aufgebaut und eingesetzt werden.

In ihrer Gesamtheit werden die aufgeführten technologischen Umwälzungen dazu führen, dass der Umfang der zirkulierenden Gütermenge und damit der Ressourcen- und Energieverbrauch drastisch abgesenkt wird und so mit einer vielfältigen lebendigen Biosphäre unseres Planeten kompatibel ist.

Gleichzeitig wird mit der Absenkung des Produktionsumfangs auch die notwendige Arbeitszeit für die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft deutlich sinken. Die 20-Stunden-Arbeitswoche ist eine Grundforderung des Ökosozialismus. Sie wird den Menschen Freiraum lassen für eine demokratische Selbstverwaltung auf allen gesellschaftlichen

Ebenen und sie wird die freie Entfaltung des Individuums sicherstellen.

V. Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft fordern wir ein Ende der Agrarindustrie, der Privatisierung der Natur, der Patentierung von Leben, des intensiven Getreideanbaus, der hypertrophen Weidewirtschaft zur Produktion ungesunder Mengen an Fleisch, der gigantischen Monokulturen und des Einsatzes von Gentechnik und Agrochemie. In Übereinstimmung mit der weltweiten Bauernbewegung „Via Campesina“ fordern wir stattdessen Ernährungssouveränität, verbunden mit einer Umorientierung auf vorrangig lokale und regionale Versorgung mit Lebensmitteln, die Förderung bäuerlich-familiärer Kleinwirtschaften und selbstverwalteter Genossenschaften auf dem Lande.

Die umwelt- und klimaverträgliche Produktion einer ausreichenden Menge an gesunden und ansprechenden Lebensmitteln, sowohl bei uns als auch in den Ländern des Südens, ist möglich, wenn die Bodenfruchtbarkeit konsequent und kontinuierlich erhöht und auf eine Gesamtproduktivität der bebauten Fläche gesetzt wird statt auf hohe Hektarerträge. Dies kann allerdings nicht gelingen, wenn Agrarkonzerne mithilfe von externalisierten Umweltkosten und Preisdumping die Nahrungsmittelproduktion global beherrschen, umweltverträglich produzierende Familienbetriebe in den Ruin getrieben und die Neugründung kleinbäuerlicher Betriebe durch exorbitante Bodenpreise verhindert werden.

Neben dem notwendigen Bewusstseinswandel bei den Konsumenten und der aktiven Förderung des ökologischen Landbaus ist für uns der entscheidende Schlüssel die Änderung der Produktionsbedingungen. Die sogenannte „gute fachliche Praxis“ muss neu definiert werden: Ökologisch verantwortliches Produzieren muss allgemein angewendet werden.

Wenn Pflanzen für die Produktion von Agrarsprit statt für die Ernährung angebaut werden und in den USA und Europa weiterhin so viel Fleisch gegessen wird – was dann in anderen Ländern nachgeahmt wird –, ist eine Beseitigung des Hungers in der Welt nicht möglich. Notwendig ist die Förderung einer Kultur des Fleischverzichts.

Der primäre Sektor und vor allem landwirtschaftlich nutzbare Flächen sind zum begehrten Spekulationsobjekt geworden. Am Landgrabbing beteiligen sich Regierungen reicher Staaten, zunehmend aber auch Investmentfonds, die ihr Geschäft mit dem Hunger machen wollen. Deshalb ist die Beseitigung des Bodenmonopols eine Grundbedingung

für eine sozial gerechte Lösung der wichtigsten ökologischen Probleme.

Nötig sind weiterhin die Flächenbindung für die Viehwirtschaft, die Einschränkung bis hin zu einem Verbot von Futtermittelimporten, die Abschaffung von Exportsubventionen, da sie bäuerliche Strukturen in der Dritten Welt zerstören, das Recht der Staaten des Südens auf Schutzzölle gegen Agrarimporte und die schrittweise Beseitigung des Einsatzes von Kunstdünger und Pestiziden.

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist zwangsläufig flächenextensiver. Neben der notwendigen Renaturierung von Böden bedingt der größere Flächenverbrauch in der Landwirtschaft, dass für andere Zwecke weniger Böden zur Verfügung stehen. Das betrifft unter anderem auch die Energiegewinnung aus Biogas. Sie sollte sich deshalb auf Sekundärrohstoffe beschränken.

Ziel ist eine Landwirtschaft, die in geschlossenen Kreisläufen arbeitet und komplexe ökologische Abläufe nutzt, um eine hohe Produktivität zu erzielen, bei der nicht ein Mehrfaches an fossiler Energie investiert, als später an Nahrungsenergie erzeugt wird, sondern bei der umgekehrt mit möglichst wenig fossiler Energie viele Kalorien an Nahrung produziert werden.

VI. Verkehr

Der Verkehr ist ein maßgeblicher Klima- und Umweltkiller. Nach wie vor wird die nationale und internationale Verkehrspolitik von den Profitinteressen der Verkehrs-, Luftfahrt- und Mineralölkonzerne bestimmt.

Auch die von der Industrie als „ökologisch“ gepriesene „Elektromobilität“ im Individualverkehr ist keine Antwort auf brennende Zukunftsfragen. Mit Elektromotoren angetriebene PKW verbrauchen kaum weniger Ressourcen und Energie als Fahrzeuge mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Zudem werden bei der Erzeugung der zum Betrieb erforderlichen riesigen Mengen an Elektrizität auch große Schadstoffmengen erzeugt. Eine Erzeugung der notwendigen Elektrizität für die –zig Millionen Autos allein in Deutschland ist allein auf Basis von erneuerbaren Energien (Wind, Solarkraft) nicht möglich.

Der auf überholter Technik basierende motorisierte Individualverkehr ist nach wie vor die teuerste und umweltschädlichste Fortbewegungsart, ganz zu schweigen von den vielen Tausenden Toten und Verletzten, die er jedes Jahr verursacht.

Mobilität in den Grenzen des ökologisch Vertretbaren gehört zu den sozialen Grundrechten. ÖkosozialistInnen treten dafür ein, dieses Bedürfnis ökologisch verantwort-

lich durch massiven Ausbau der kollektiven Transportmittel und des FußgängerInnen- und Fahrradverkehrs im Nahbereich zu befriedigen. Wo der ÖPNV nicht genügend ausgebaut ist, soll z. B. ein Netz kostenloser Sammeltaxis eingerichtet werden. Entsprechend muss der Individualverkehr mit privatem Pkw zurückgedrängt werden. Ab 2030 sollen in der BRD keine Pkw für den rein privaten Gebrauch mehr zugelassen werden.

National wie international wird im Wettbewerb der Verkehrsträger die Luftfahrt gegenüber dem Schienenverkehr massiv bevorzugt. So ist z. B. in Deutschland Kerosin, Treibstoff für Turbintriebwerke, völlig unversteuert. Die Luftfahrtforschung unterstützt der Staat mit Milliarden. Zerschlagung von Staatsbahnen, Privatisierung, Deregulierung und Wettbewerb zerstören die Vorteile der Eisenbahn als ökologisches und soziales Verkehrsmittel, beeinträchtigen Kommunikation und Sicherheit und führen zu Öko- und Sozialdumping, zum Rückzug aus der Fläche und zur Abkehr vom flächendeckenden Schienenverkehr für Menschen und Güter zum Nachteil der Allgemeinheit.

Der Flugverkehr ist aufgrund kumulierender Effekte (neben CO₂ spielen etwa auch Wasserdampf und die Zirruswolkenbildung eine Rolle) besonders klimaschädlich. Er ist mit allen verfügbaren Mitteln einzudämmen.

Kurzstreckenflüge unter 1000 km sind unverzüglich zu verbieten. Sie sind völlig überflüssig, und ein entsprechendes Verbot würde auch den Spielraum für die Bahn eröffnen, sich nicht weiter in Konkurrenz zum Flugverkehr auf ökologisch unverantwortliche Hochgeschwindigkeitsstrecken zu konzentrieren, sondern sich endlich zur Flächenbahn zu entwickeln.

Die direkte und indirekte Subventionierung des Flugverkehrs ist sofort zu beenden. Es hat ein Rückbau der entsprechenden Infrastruktur zu erfolgen.

Aus sozialistischer Sicht ist der Flugverkehr auch ein Paradebeispiel schreiender Ungerechtigkeit: Lediglich sechs Prozent der Menschen haben jemals ein Flugzeug benutzt, während gerade die armen Menschen weltweit von den Folgen des Klimawandels am schlimmsten betroffen sind.

Die mit der Zerschlagung der Bundespost einhergehende Liberalisierung im Logistikbereich fördert private Konzerne und den Aufbau sinnloser Parallelstrukturen. Dies ist eine Verschwendung von Ressourcen und steigert Prekarisierung und Dumpinglöhne.

Wir fordern eine an den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausgerichtete Verkehrsplanung, deren Ziel in der geplanten Verkehrsreduzierung liegen muss.

Dazu gehört die Entprivatisierung der großen Verkehrsunternehmen, die unter die demokratische Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft gestellt werden müssen.

Dazu gehören der großzügige Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene und die drastische Reduktion des PKW- und LKW-Verkehrs auf der Straße.

Im Gegenzug muss der Fahrradverkehr durch infrastrukturelle Maßnahmen gefördert und der Fußgängerverkehr erleichtert und sicherer gemacht werden.

Die wahnwitzigen weltweiten Transporte sind unheimlich zerstörerisch für die Weltmeere und die Atmosphäre und beruhen, vor allem in der Container-Schifffahrt, auf der Überausbeutung der Beschäftigten. Hauptziel muss die Verkehrsvermeidung sein. Das erfordert eine Politik der regionalen Produktion und Vermarktung.

Ein für alle erschwinglicher öffentlicher Verkehr ist ebenso wichtig wie die Gewinnung eines anderen Verhältnisses zur Mobilität, bei der wir zu einem menschlichen Maß zurückfinden müssen.

VII. Demokratische Wirtschaft

Die Ressourcen der Erde sind für die Menschheit überlebenswichtig. Alles für die Gesellschaft Bedeutsame muss von ihr selbst kontrolliert und verwaltet werden.

Wir fordern daher die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, Überführung der Energieversorgung in öffentliche Hände, Vergesellschaftung aller Bereiche der Daseinsvorsorge und auch der Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Banken dürfen die Gesellschaft nicht wie bei der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in Geiselschaft nehmen können; die Verteilung von Kreditmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Dabei ist uns bewusst, dass Verstaatlichung nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die ökosozialistische Wende sein kann. Denn wenn Verstaatlichungen dazu führen, dass nur eine kleine Minderheit von Verwaltern das Sagen hat, dann werden diese tendenziell zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen und zu Lasten der Natur zum eigenen Vorteil wirtschaften.

Die Erfahrungen mit einem scheinbar „sozialistischen“ Produktivismus haben gezeigt, dass die demokratische Kontrolle von unten und die Teilhabe der Beschäftigten sowie der Konsumentinnen und Konsumenten an der Verwaltung der Betriebe und an den großen wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen eine Voraussetzung dafür sind, dass ein ökologisch verantwortliches und auf die Bedürfnisse ausgerichtetes Wirtschaften erreicht werden kann. Dar-

um erfordert die ökosozialistische Wende die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf alle und die Sicherung der materiellen Existenz aller zu menschenwürdigen Bedingungen.

VIII. Ökologischer Sozialismus

Freiheit von Existenzangst und freie Zeit sind erforderlich, um die Teilhabe aller an der Verwaltung und am Meinungsbildungsprozess über das, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, zu ermöglichen.

Bei einer Wende zu ökologisch verantwortlichem Wirtschaften, bei dem schädliche und überflüssige Produktionen und Produktlinien aufgegeben werden, bei dem Boden, Wasser und Luft nicht weiter vergiftet, verschmutzt und vernichtet werden, kann viel überflüssige Arbeit (Waffenindustrie, unsinnige Konsumgüter, Massenproduktion von ökologisch im heutigen Ausmaß nicht mehr tragfähigen Gütern wie Autos etc.) eingespart werden. Andererseits ist die bisherige hohe Produktivität zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass lange Zeit ausreichend und preiswert billige Energie zur Verfügung stand. Diese Voraussetzung ist aber bald nicht mehr gegeben.

In vielen Bereichen werden wir wieder auf energieärmere Produktionsverfahren zurückgreifen müssen. Die erreichte hohe und jede höhere Arbeitsproduktivität aber muss dafür genutzt werden, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Qualitatives Kriterium eines erhöhten Lebensstandards ist, sobald die Grundbedürfnisse befriedigt werden, die Ausdehnung der freien Zeit für vielfältige selbstbestimmte und schöpferische kulturelle Betätigung und Selbstentfaltung, für die Gestaltung liebevoller Beziehungen sowie für die Betreuung von Kindern und allen hilfsbedürftigen Menschen.

Dabei ist für uns selbstverständlich, dass die sogenannte Reproduktionsarbeit unter Männern und Frauen gleichmäßig aufgeteilt werden muss. Erst dann werden die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frauen restlos verschwinden können.

Gerecht aufgeteilt werden müssen auch die Lasten des ökologischen Umbaus.

IX. Maßnahmen

Die reichen Industrieländer müssen den ärmeren und armen Ländern helfen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung so rasch wie möglich befriedigen zu können. 500 Jahre Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus verpflichten dazu.

Ansprechende Lebensmittel, Zugang zu sauberem Wasser, zu Bildung und Kultur dürfen nicht das Privileg einer Minderheit der Weltbevölkerung bleiben.

Zu den ersten großen Opfern zählen Menschen in den Staaten, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben, weil ihr Anteil an den Treibhausgasemissionen vernachlässigt werden kann: die Insel- und Flächenstaaten Ozeaniens, Südasiens und des subsaharischen Afrikas. Sie werden ganz oder teilweise im Meer versinken oder zu Wüsten werden.

Es wird mehrere hundert Millionen KlimamigrantInnen geben. Es liegt in der Verantwortung der Hauptverursacher des menschengemachten Klimawandels, ihnen andernorts eine menschenwürdige Zukunft zu ermöglichen.

Klimabedingte Veränderungen sind als Fluchtursachen anzuerkennen. Wenn es uns nicht gelingt, den betroffenen Menschen anständige Lebensbedingungen zu gewährleisten, stehen wir in der Pflicht, ihnen bei uns eine Perspektive zu geben.

Auch hierzulande stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit dringender denn je.

In Zukunft geht es nicht mehr einfach um eine möglichst gerechte Aufteilung des „Wohlstandskuchens“, sondern um knapper werdende Ressourcen und um ein qualitativ anders gestaltetes Leben.

Es darf auf keinen Fall die Situation eintreten, dass sich die Reichen weiterhin einen hohen Umweltverbrauch leisten können, während es den Armen am Nötigsten fehlt. Um das zu vermeiden, ist aber bewusste politische Gestaltung nötig (Festsetzung von Preisen und Tarifen, Ressourcenzuteilung, Quotenvergaben usw.). Marktwirtschaftliche und rein fiskalische Instrumente (wie „Ökosteuern“) müssen hier zwangsläufig versagen.

Eine Abkehr von unserem derzeitigen Konsumstil wird gesellschaftlich nur dann akzeptiert werden können, wenn sie gerecht und solidarisch gestaltet wird. Eine konsequente Umverteilungspolitik von oben nach unten ist daher eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der ökologische Wende.

X. Die nächsten Schritte

Wir wenden uns mit dieser Erklärung insbesondere an soziale Bewegungen, Gewerkschaften, die Umweltbewegung und die politischen Parteien und Organisationen der Linken.

Wir brauchen die gemeinsame Aktion für die dringend nötige ökosozialistische Wende. Stellvertreterpolitik in den überkommenen politischen Institutionen kann diese

Wende nicht herbeiführen, sondern nur die Mobilisierung und Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen zusammen mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Lasst uns alle unsere Ressourcen, Ämter und Mandate gemeinsam dafür nutzen, aufzuklären und alles dafür zu tun, dass eine mächtige betriebs- und ortsübergreifende und internationale Bewegung entsteht, die die bestehenden Verhältnisse umstößt zugunsten einer globalen ökosozialistischen Demokratie!

Wir befürworten die Arbeit eines organisations- und strömungsübergreifenden ökosozialistischen Netzwerkes, das sich an der Meinungsbildung der internationalen ökosozialistischen Bewegung beteiligt, die die Erklärung von Belém erarbeitet hat.

Veröffentlicht durch: Ökosozialistisches Netzwerk

Mainz / Hamm (Westfalen), Stand: Juni 2017

Im Auftrag: Wolfgang Borchardt (Ökologische Plattform bei DER LINKEN), Thies Gleiss (Bundesvorstandsmitglied Partei Die Linke.), Inge Höger, MdB (Bundessprecher*Innenrat Antikapitalistische Linke), Bruno Kern (Initiative Ökosozialismus), Klaus Meier (Ökosozialistische Flugschriften), Manuel Kellner (ISO), Peter Schüren (Bildungsgemeinschaft SALZ e.V.)

Work in progress:

Uns ist daran gelegen, ein möglichst breites und strömungsübergreifendes Spektrum zur Mitarbeit an der Erklärung sowie zur vernetzenden Zusammenarbeit zu gewinnen.

Zukünftig erfolgt dies im Rahmen von ökosozialistischen Kongressen oder Veranstaltungen, die vom Ökosozialistischen Netzwerk und dessen Mitgliedsorganisationen durchgeführt werden.

Die Ökosozialistische Erklärung ist von folgenden Organisationen unterstützt worden:

- 1 Antikapitalistische Linke (AKL)
- 2 avanti – Projekt undogmatische Linke, Klima-AG
- 3 Bildungsgemeinschaft SALZ – Soziales, Arbeit, Leben & Zukunft
- 4 Förderverein SOAG – Solidarität in Arbeit & Gesellschaft
- 5 Internationale Sozialistische Organisation (ISO)
- 6 Ökologische Plattform bei der Partei Die Linke

MARX UND DIE NATURFRAGE

Den hier abgedruckten Vortrag hielt Friedrich Voßkuhler am 26.4. 2017 auf einer Veranstaltung der ISO Wiesbaden im Rahmen einer Reihe zu Grundfragen des Marxismus.

■ Bekanntlich ist der Marxismus eine Theorie der sozialen Revolution. Als diese Theorie war er lange Zeit mit der Arbeiterbewegung verbunden und bildete seit dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie den Kern ihrer Programmatik.

1. Zum Verhältnis zwischen Ökosozialismus und Sozialismus

Dass Marx sich auch zur Frage der Natur geäußert und Engels sich ausgiebig der „Dialektik der Natur“ gewidmet hatte, ist schon etwas weniger bekannt. Wohl aber hat es sich in die Köpfe eingepreßt, dass sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten einst ein industrialistisches Weltbild hatten und auf die Großproduktion und auf die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte setzten, ohne besondere Rücksicht auf die Natur zu nehmen. Die industrielle Massenproduktion sollte den Massenkonsum ermöglichen und der Arbeiterklasse, die sich rund um die Produktionsstätten ballte, Wohlstand schaffen. Zusammen mit der Reduktion der für die Lebenshaltung notwendigen Arbeitszeit und der Ausdehnung der Freizeit, sparetime, die zur Muße, zur Ausbildung der eigenen intellektuellen, mentalen, ästhetischen, sozialen Fähigkeiten etc. genutzt werden konnte. So ist denn auch bei Marx - wie er es im dritten Band des *Kapital* sagt - die „freie menschliche „Kraftentfaltung“ das Ziel des Sozialismus. Auch bei dieser Zielangabe ist offensichtlich - wie es den Anschein hat - von der Natur keine Rede.

So musste denn auch, als sich die alarmierenden Folgen sowohl der kapitalistischen als auch der realsozialistischen, der stalinistischen Produktionsweise zeigten, konkret seit dem ersten Bericht des Club of Rome, der Marxismus den, die sich mit Nachdruck der beiderseits unterdrückten Naturfrage zuwendeten, als der verschwitzte Schwager des Kapitalismus erscheinen. „Post-Growth“, die Forderung nach dem Ende des ökonomischen Wachstums auf Kosten der natürlichen Grundlagen, musste sich notwendigerweise sowohl gegen die Ideologen des kapitalistischen Wachstumsfetischismus richten als auch gegen den Marxismus, der offensichtlich selbst Teil des Schlamassels war, der jetzt z.B. als Klimakatastrophe droht und Auswirkungen haben wird, dass sich einem vor Schreck die Haare sträuben. Dazu wird Klaus Meier im Rahmen der Veranstaltungen der ISO am 18. Mai an dieser Stelle sprechen. Und er wird das anhand der konkreten Faktenlage tun.

Da Klaus Meier sich in der konkreten Faktenlage besser auskennt als ich, werde ich mich hier einer grundlegenden Erörterung der Naturfrage zuwenden. Und ich möchte darlegen, dass der Marxismus in seinem vormaligen sowohl sozialdemokratischen als auch kommunistischen Selbstverständnis, als es noch eine machtvolle Arbeiterbewegung gab, das Marx'sche Erbe - jedenfalls in der Naturfrage, aber auch anderswo - unter den Tisch fallen ließ, um dem Industrialismus zu huldigen. Man darf nicht vergessen, dass z.B. der Stalinismus eine industrialistische Entwicklungsdiktatur in einem Land war, welches

durch – wie Lenin sagte – die „halbbarbarischen“ Zustände der „Asiatschina“ durchprägt war.

Mir geht es dabei nicht primär um eine Ehrenrettung Marxens – das sicher auch, zumal der originale Marx kaum gelesen wird und man ihn gerne gern mit einigen angelesenen Plattheiten übergeht –, sondern darum, ihn für die Lösung der Naturfrage, die sich heute mehr denn je aufdrängt, fruchtbar zu machen. Für die Lösung dieser Frage, so meine ich, ist der Rückgriff auf Marx dringend notwendig. Wieso? Weil man sich sonst in den Untiefen der kapitalistischen Ökonomie verirrt. Wieso das? Weil man dann, wenn man eine Post-Wachstums-Gesellschaft fordert, allzu leicht davon absieht, dass dies den Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise voraussetzt. Wieso das nun wieder? Weil der Kapitalismus, so sehr man sich dies auch wünschen mag, nicht in die Richtung von „Degrowth“ zu reformieren ist. Und wieso hinwiederum das? Weil der Kapitalismus, um dem Gesetz des „tendenziellen Falls der Profitrate“ zu entgehen, zu einem permanenten Wirtschaftswachstum, sprich zur Profitmaximierung, gezwungen ist. Er wird, solange er besteht, alle Versuche, ihn ökologisch zu reformieren, letztlich hinwegfegen, ja hinwegfegen müssen. Auch die sogenannten ökosozialistischen Zielforderungen? Ja, auch die, wenn man der Meinung sein sollte, sie könnten auch dann verwirklicht werden, wenn die kapitalistische Produktionsweise noch herrscht. *Ökosozialismus: Was konnte das dann aber sein? Ein ökologisch gestalteter Sozialismus, nicht aber ein ökologisch aufgehübschter Kapitalismus, der sich diese Verschönerung ja ohnehin nur bis dahin gefallen lässt, wie seine Systemimperative nicht gefährdet sind.*

Man kann es auch so sagen: Wenn der Kapitalismus die Diesel-PKW von der Straße nimmt, wenn er auf Elektroantrieb umrüsten lässt usw., so ist das sicher ein bedeutender Fortschritt, aber keine Revolution. Wieso? Weil der Kapitalismus nur das aus seinem Geschäft herausnimmt, was seine Herrschaft gefährdet, sich aber nicht seine Herrschaft selbst infrage stellen lässt. Und damit auch nicht seine weiteren tiefen Eingriffe in alle Naturvorgänge, wenn es ihm nützt.

Aber es ist schon richtig. Wenn, wie Marx sagt, revolutionäre Situationen dann entstehen, wenn die materiellen Produktivkräfte in einen unlösbaren Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen getreten sind, dann liegt eine solche revolutionäre Situation jetzt vor. Und dann befinden sich die Ökosozialisten schon auf der richtigen Spur. Denn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben materielle Produktivkräfte entwickelt, die die Lebensinteressen der menschlichen „Gattung“ gefährden.

Weswegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die solches angerichtet haben, gesprengt werden müssen, um eine Produktivkraftentwicklung zu starten, die sich nicht mehr gegen die Lebensinteressen der Menschen richtet. Deswegen ist ein Ökosozialismus nur auf der Basis einer anderen Produktivkraftentwicklung möglich, also letztlich nur unter der Bedingung, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgehoben sind, die jene für das Überleben der menschlichen Gattung fatale Produktivkraftentwicklung eingeleitet haben: den Explosionsmotor als Grundlage des Personenverkehrs, die chemisierte industrielle Agrarproduktion mit der Folge einer eklatanten Reduktion der Biodiversität, den Eingriff in die menschliche Erbsubstanz zwecks Patentierung bestimmter molekularbiologischer Verfahren, also das genetic engineering als Gestaltungsmacht des Kapitals über die menschliche Erbsubstanz, die von Pflanzen und Tieren allzumal usw. Die drohende Klimakatastrophe ist in dieser Hinsicht die ausdrucksstärkste Erscheinung, eine, die jetzt vor allem auf den Nägeln brennt.

Um das schlagwortartig zu formulieren: Ökosozialismus kann nur Ökosozialismus sein, wenn er Sozialismus ist. Und umgekehrt: Sozialismus kann nur Sozialismus sein, wenn er Ökosozialismus ist. Er kann nur Sozialismus sein, wenn er die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in die Richtung auf eine andere Art der Produktivkraftentwicklung hin revolutioniert. Auf eine, die den Lebens- und Überlebensinteressen der menschlichen Gattung zumindest nicht entgegengesetzt ist. In dieser Hinsicht kann man resümieren: Ohne eine soziale Revolution, die mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Schluss macht, sind weder Sozialismus noch Ökosozialismus, die beide letztlich dasselbe bedeuten, möglich.

2. Die Gesellschaft als „Wesenseinheit mit der Natur“

Wenn man solcher Art an die Naturfrage herangeht, verbietet es sich, diese ausschließlich naturalistisch zu verstehen. Anders formuliert: Da die Naturfrage aus dem Verhältnis des Menschen zur Natur resultiert, kann sie auch nur dadurch gelöst werden, dass sich das Verhältnis des Menschen zur Natur ändert. Und dieses kann sich nur ändern, wenn sich das Verhältnis des Menschen zu sich selbst von Grund auf ändert.

Das heißt: Erst dann, wenn das Verhältnis der menschlichen Gattung zu sich selbst nicht mehr durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt ist, durch jene Verhältnisse, die den Menschen in einen zerstörerischen Gegensatz zur Natur treiben, kann die Gattung Mensch ihr Verhältnis zur Natur bereinigen bzw. die Naturfrage lösen.

Anders ausgedrückt: Wenn die Natur *für* den Menschen nicht mehr das Objekt ihrer Vernutzung zum Zwecke der Profitmaximierung bedeutet und wenn, damit vermittelt, die Menschen nicht mehr in einer Klassengesellschaft leben, in der der Mensch *für* den Menschen, genauer: für die Bourgeoisie, das Objekt seiner Ausbeutung ist, dann wird die Naturfrage für den Menschen lösbar. Warum? Weil die Naturfrage ja nur auf der Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen entsteht und – wenigstens der Möglichkeit nach – dann nicht mehr besteht, wenn es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt.

Marx hat dafür einen tief gehenden Satz formuliert. Er lautet: „Das *menschliche* Wesen der Natur ist erst da für den *gesellschaftlichen* Menschen; denn erst hier ist sie für ihn da als *Band* mit dem *Menschen*, als Dasein seiner für den andern und des andern für ihn, erst hier ist sie die *Grundlage* seines eignen *menschlichen* Daseins, wie als Lebenselement der menschlichen Wirklichkeit. Erst hier ist ihm sein *natürliches* Dasein sein *menschliches* Dasein, und die Natur für ihn zum Menschen geworden. Also die *Gesellschaft* ist die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur ...“ (Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*. Frankfurt 2009, S.118).

Wie man sieht, ein komplexer Satz. So wie sich Marx ja sein ganzes Leben lang nicht vor gedanklicher bzw. theoretischer Komplexität gescheut hat. Seine Jünger leider oft genug schon. Was dem Marxismus nicht gutgetan hat.

Aber zurück zu dem Satz. Was sagt er aus? *Erstens*, dass die Natur nur dem „*gesellschaftlichen* Menschen“ ihr „*menschliches*“ Antlitz zeigt. *Zweitens*, dass die Natur dem Menschen, wenn er der Natur nicht als „*gesellschaftliches*“ Wesen entgegentritt, feindlich gegenübertritt. Menschenfeindlich! *Drittens* also, dass die Natur dem Menschen so lange feindlich, menschenfeindlich, gegenübertritt, so lange er sich selbst gegenüber feindlich verhält. Menschenfeindlich! *Viertens*, dass der Mensch sich selbst gegenüber solange feindlich gegenübertritt, solange er kein „*gesellschaftliches*“ Verhältnis zu sich einnimmt. *Fünftens*, das setzt unser Satz voraus, dass der Mensch erst dann zu sich selbst ein „*gesellschaftliches*“ Verhältnis hat, wenn er seine Lebensverhältnisse gemeinschaftlich, meint: *selbst* bestimmt. Im Interesse der menschlichen Gemeinschaft, nicht im Interesse des Privateigentums. *Sechstens*, was dasselbe nur anders sagt, dass er sich als politisches Wesen konstituiert und seine Lebensverhältnisse politisch regelt. Wobei das Wort „politisch“ an seine griechische Urbedeutung anknüpft und mit ‚die Gemeinschaft, die polis betreffend‘ bedeutet.

Da das Wort Gemeinschaft im Lateinischen *communitas* lautet, heißt das, dass sich der Mensch nur in der *communitas* als „*gesellschaftliches*“, politisches Wesen realisieren kann, also nur kommunitär, sprich: kommunistisch. Somit sagt der Satz *siebtens* aus, dass allein die kommunistische, sprich: gemeinschaftliche Regelung der Lebensverhältnisse dem „*gesellschaftlichen*“ Wesen des Menschen entspricht. Was nun *achtens* besagt, dass die Menschen erst dann menschenfreundlich, dem Wesen des Menschen gemäß, miteinander umgehen, wenn sie ihre Lebensverhältnisse kommunistisch, sprich: gemeinschaftlich – und das meint: im gemeinschaftlichen Interesse bzw. im Interesse der Gemeinschaft – regeln. Was nun hinwiederum *neuntens* bedeutet, dass nur unter dieser Bedingung, der kommunistischen Ordnung ihrer Lebensverhältnisse, die Natur dem Menschen ihr menschenfreundliches Antlitz zuwenden kann.

Dies alles bringt die Zentralaussage des zitierten Satzes von Marx zum Ausdruck. Sie lautet: „Also die Gesellschaft ist die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, ...“

Das Wort „Resurrektion“ lautet im Lateinischen, genauer im Kirchenlatein, „*resurrectio*“. Übersetzt bedeutet es „Wiederauferstehung“. Somit ist die Aussage Marxens die: Wenn der Mensch seine Verhältnisse gemeinsam, also kommunistisch regelt, erfährt die Natur ihre „Wiederauferstehung“. Wieso benutzt Marx das Wort „Wiederauferstehung“? Weil die Natur dann, wenn der Mensch seine eigenen, gesellschaftlichen Verhältnisse tatsächlich „gesellschaftlich“ regelt, die Ketten sprengt, aus der Gefangenschaft ausbricht, in die sie der Kapitalismus hineingeführt hat, um sie schamlos zusammen mit den werktätigen Menschen für seine Zwecke auszubeuten. *Also kann und wird die Natur nur zusammen mit dem werktätigen Menschen „aufstehen“, wird sie nur dann ihre Ketten sprengen können, wenn der werktätige Mensch seine Ketten sprengt. Nur dann wird sie sich - zusammen mit der menschlichen Schaffenskraft - als „Springquell“ des wahren menschlichen „Reichtums“ erweisen können.*

3. Demokratische Planwirtschaft

Welche Folge hat dies alles nun für den mit Recht propagierten Ökosozialismus? Eine durchaus gravierende. Welche? Es hat die Folge, dass – wenn man Marx bzw. die originäre Substanz des Marxismus ernst nimmt – man tatsächlich für den Sozialismus Partei ergreifen muss. Und was soll das konkret heißen? Dass man für die Regelung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nach den Ziel-

setzungen einer demokratischen Planwirtschaft eintreten muss. Mit einfachen Worten ausgedrückt: *Ohne eine demokratische Planwirtschaft wird der Ökosozialismus kein Sozialismus sein können, weil kein Sozialismus ohne demokratische Planwirtschaft jemals Sozialismus sein kann. Wieso das denn? Ganz einfach: Weil nur dann, wenn die Menschen ihre Verhältnisse gemeinsam planen, wenn sie bezüglich dieser Planung einen politischen Konsens untereinander herbeiführen und nach diesem Konsens vorgehen, sie tatsächlich als soziale, „gesellschaftliche“ Wesen handeln. Dem trägt die Marxsche Definition des Sozialismus bzw. der demokratischen Planwirtschaft voll und ganz Rechnung.* Sie lautet in ihrem Kern: „Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“ (Karl Marx: *Das Kapital* Bd.1. MEW 23, S. 92). Alles hängt davon ab, was es heißt, dass die „Vereins“mitglieder „ihre vielen individuellen Arbeitskräfte“ „selbstbewußt“ als „eine“, meint „eine“ einzige, „gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“. Dass sie also einerseits ihre „individuelle Arbeitskraft“ *bewusst* als eine „gesellschaftliche Arbeitskraft“ „verausgaben“ und andererseits die „gesellschaftliche Arbeitskraft“ – ebenso *bewusst* – als eine einzige, allen gemeinsame „Arbeitskraft“. Als Arbeitskraft der Gemeinschaft. So dass sie mit Bewusstsein sowohl die Verausgabung ihrer jeweiligen „individuellen Arbeitskraft“ als auch die Verausgabung ihrer gemeinsamen „Arbeitskraft“, die „Arbeitskraft“ ihrer Gemeinschaft, ihres „Vereins“, planen. Zugleich also im eigenen „individuellen“ Interesse und im Interesse ihrer Gemeinschaft, ihres „Vereins“, handeln. So dass es, wenn es eine konsensuelle, politische Vereinbarung darüber gibt, wie und zu welchem Zweck die Arbeitskräfte eingesetzt werden, keinen Widerspruch zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft mehr gibt. Marx spricht daher auch sinnvollerweise von einem „Verein freier Menschen“.

Was bewirkt die demokratische Planwirtschaft? *Erstens*, dass die Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgeschafft wird. *Zweitens*, dass die Produzenten – befreit von der ökonomischen Herrschaft der Verwertungserfordernisse des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln – selbst bestimmen können, wie und zu welchem Zweck sie ihre „Arbeitskraft“ betätigen wollen. *Drittens*, dass sie damit auch ihr Verhältnis zur Natur bewusst im Sinne ihrer eigenen Lebensinteressen neu gestalten können und zwar in die

Richtung einer von ihnen geplanten, nicht naturwidrigen Produktivkraftentwicklung, also im Sinne einer „Allianz“, wie Bloch das sagt, mit der Natur.

Was auch heißt: Eine demokratische Planwirtschaft wird in Hinsicht auf die Lösung der Naturfrage nur dann ihrer historischen Aufgabe gerecht werden können, wenn sie Techniken der Allianz mit der Natur fördert und von den herkömmlichen Ausbeutungstechniken Abschied nimmt. Eine demokratische Planwirtschaft muss das nicht tun. Der Versuch einer „Allianz“ ist keine notwendige Folge aus dem Sachverhalt, dass demokratisch entschieden wird, sondern die demokratische Planwirtschaft soll so handeln. Es ist ihre Pflicht, so zu handeln, weil sie sonst den Lebensinteressen der Menschen nicht gerecht wird. Darauf zu bestehen, ist die Aufgabe von Ökosozialisten, wenn denn einmal eine demokratische Planwirtschaft bestehen sollte.

Das bedeutet auch: Ökosozialismus bzw. Sozialismus als politische Zielsetzungen schließen Technikfeindlichkeit aus. Es geht nicht gegen die „technological society“ schlechthin, sondern gegen die „technological society“ *im Sinne kapitalistischer Zwecksetzung*. Es geht stattdessen darum, ein *koproduktives Verhältnis* zwischen der gesellschaftlichen Arbeit und den Potenzen der Natur zu entwickeln. Dazu wird es hoch entwickelter und komplexer Techniken bedürfen. Man wird sich da sehr sinnvoll und kreativ betätigen können, und die Geschichte der Evolution der menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten als Teil der Entwicklungsgeschichte der Natur selbst ist ja beileibe nicht abgeschlossen. Es gibt da kein „Ende der Geschichte“, wie es Francis Fukuyama einmal voreilig formulierte.

4. Die menschliche Geschichte der Natur und der menschliche Reichtum

Ich denke, dass man in diesem Zusammenhang darauf hinweisen sollte, dass es eine „menschliche Geschichte der Natur“ (siehe Serge Moscovici: *Versuch über die menschliche Geschichte der Natur*. Frankfurt 1982) gibt, eine Naturgeschichte also, die es ohne den Menschen nicht gäbe. Eine „Geschichte“, die mit Hilfe der Potenzen der Natur stattfindet, eine Geschichte, bei der der Mensch diese Potenzen entfaltet und ihnen dabei eine menschliche Gestalt gibt. Eine Naturgeschichte also, die der Mensch in seiner eigenen kulturellen und sozialen Evolution fortsetzt. Eine Naturgeschichte, die somit nicht mehr nur die Geschichte der Natur, sondern zugleich eine menschliche ist, die materielle Geschichte des Menschen näherhin.

Mit anderen Worten: Der Mensch schafft sich durch

Arbeit „Naturzustände“, in denen er leben kann. Diese „Zustände“, „Zustände der Natur“ wie etwa die Kulturlandschaften, in denen der Mensch Ackerbau, dörfliche Ansiedlungen ja sogar Städte wie Florenz, Siena, Cordoba usw. errichtet und mit dem allen Kunst und Wissenschaft in Einklang bringt, sind die materiellen Grundlagen der Zivilisation. Marx spricht in diesem Zusammenhang zwar von einer *Humanisierung der Natur*, ergänzt dies aber gleichzeitig mit der Anmerkung, dass diese Humanisierung nur möglich sei, wenn die Natur dies ermögliche. Die Natur durch Arbeit zu humanisieren, also in menschliche „Zustände“ zu überführen, heißt, sie so zu entfalten, dass sie den Lebensbedürfnissen des Menschen entspricht. Die Natur gewinnt so einen immer höheren menschlichen Differenzierungsgrad zusammen mit dem Menschen, der im Verlaufe dieser „menschlichen Geschichte der Natur“ stets an Fähigkeiten und Fertigkeiten technischer, intellektueller, mentaler, ästhetischer und sozialer Art hinzugewinnt. Kurz und gut: Der Mensch wird an Fähigkeiten und Fertigkeiten reicher. Auf den Punkt gebracht: *Der eigentliche Reichtum des Menschen ist sein Reichtum an intellektuellen, mentalen, ästhetischen und sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Marx hebt in diesem Zusammenhang besonders den sinnlichen Reichtum hervor, die Tatsache, dass sich zusammen mit den eben genannten Fähigkeiten und Fertigkeiten die menschliche Sinnlichkeit ganz enorm ausdifferenziert. Dass sie zu einem entwickelten Sinn für die Natur selbst, die Welt und auch für den anderen Menschen wird, der in seinem Eigenwert, als „Selbstzweck“, wie Marx das in der Nachfolge Kants sagt, immer mehr in den Blick kommt. So wird der Sinn fürs Schöne geweckt, der Sinn für die leibliche Anmut, der ästhetische und zugleich ethische Sinn. Der Sinn fürs Maß und für den maßvollen, sprich sittlichen Umgang mit dem Mitmenschen. Und, was dazu gehört: Der Sinn für den maßvollen Umgang mit der Natur. Der höchste Reichtum und daher das höchste Bedürfnis des Menschen, so Marx, sei daher der andere Mensch.*

„Der reiche Mensch ist ... der einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung *bedürftige Mensch*“ (Ökonomisch-philosophische Manuskripte, S.126), sagt Marx Und: Der „reiche Mensch“ ist der, „in dem seine Verwirklichung, als innere Nothwendigkeit, als *Noth*, existiert“ (ibid). Der „reiche Mensch“ ist durch das „reiche menschliche Bedürfnis“ „reich“ (ibid). So sagt Marx.

Wenn es eine „menschliche Geschichte der Natur“ gibt, was ist dann ihr Ziel? Der „reiche Mensch“, dem „seine Verwirklichung“ als Mensch eine „innere Nothwendigkeit“ ist und zusammen damit: dem der andere Mensch das „höchste Bedürfnis“

ist. Aber nicht nur das: dem der Sinn fürs Maß auch im Umgang mit der Natur eigen ist.

Der Kapitalismus macht nicht nur die Armen arm und immer ärmer, sondern er ist insgesamt eine Gesellschaftsform tiefgehender menschlicher Armut. *Die Naturfrage, wie sie sich heute stellt, ist das Ergebnis dieser Armut. Denn was ist ärmer, als um die Versorgung mit gesunder Luft, Wasser und Nahrung besorgt sein zu müssen? Was ist ärmer, als sich um das Klima sorgen zu müssen, darum, wenn es denn schlimm kommt, überhaupt noch auf dieser Erde leben zu können?*

Gegenüber dem Kapitalismus vertritt der Kommunismus die Position des menschlichen Reichtums. Und er möchte die Naturfrage auch als eine Frage des menschlichen Reichtums angegangen wissen.

Um dies politstrategisch auszudrücken: Sicherlich kann man sich, wenn denn kein sauberes Wasser, keine gesunde Luft und nicht ausreichend Nahrung zur Verfügung steht, alles andere sparen. Wenn das Klima kollabiert, ist sowieso alles zu spät. Also sind alle Reformversuche, die sich innerhalb des Kapitalismus gegen dessen verheerende ökologische Folgen richten, zweifelsfrei berechtigt. Nicht nur das: Sie sind dringend erforderlich. Das ist die eine Seite.

Zu ihr gehört, dass selbst und gerade unter der Bedingung der Existenz der kapitalistischen Produktionsweise eine politische Strategie ergriffen werden muss, die über das hinausgeht, was die Systemimperative des Kapitalismus erlauben. Dazu gehört eine mit den besagten Reformversuchen verknüpfte Kritik der kapitalistischen Produktivkräfte. Also das Aufzeigen einer über den Kapitalismus hinausgehenden Produktivkraftentwicklung und der politische Kampf für deren Durchsetzung.

Die andere und letztlich zielführende Perspektive, für die man dabei streiten muss, ist der Kampf um eine kommunistische Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, damit sich die ins Auge gefasste alternative Produktivkraftentwicklung überhaupt durchsetzen lässt. Diese Perspektive ist an die soziale Revolution gebunden. Was heißt: *Die Revolutionierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und die soziale Revolution gehören zusammen, sie sind Teil eines einzigen Prozesses.*

Dies ist das dialektische Verhältnis von Reform und Revolution, das Rosa Luxemburg schon 1899 vertrat. Marxisten können nicht hinter den von Rosa Luxemburg formulierten Erkenntnisstand zurück. Ökosozialisten auch nicht, wenn sie denn einen Ökosozialismus wollen und keinen ökologisch reformierten Kapitalismus. Was ja letztlich auch gar nicht geht.

Mit anderen Worten: Die wirkliche Lösung der Naturfrage ist der „reiche Mensch“, ist die Aneignung des gesamten durch die arbeitende Bevölkerung in der „menschlichen Geschichte der Natur“ geschaffenen Reichtums. Die wirkliche Lösung der Naturfrage ist also die Beendigung der durch den Kapitalismus hervorgerufenen tiefen menschlichen Armut.

5. Die notwendige Abschaffung der Ware als der ökonomischen „Elementarform“

Der Vortrag sei mit einigen wenigen Worten zu dem Sachverhalt abgeschlossen, dass sich der wirkliche menschliche Reichtum nicht entfalten können wird, wenn nicht mit der Vorherrschaft der Ware als der ökonomischen „Elementarform“ (MEW 23, S. 49) gebrochen wird. Wieso das? Weil, solange die Ware die „Elementarform“ der Ökonomie bleibt, alles, was ist, insofern es kaufbar ist – also in Ware verwandelt wird –, seinen Eigenwert verliert und auf seinen „Tauschwert“ reduziert wird. Und wenn das der Fall bleibt, gilt der Menschen nicht als „Selbstzweck“. Was hinwiederum bedeutet, dass auch die Natur an sich selbst keinen Wert hat bzw. nur noch den Gebrauchswert hat, zum Zwecke der Profitproduktion vernutzt zu werden. Dann geht's der Natur wie den Urwäldern am Amazonas.

Das ist im Übrigen der Grund dafür, dass es keinen Ökosozialismus geben kann, wenn die kapitalistische Warenproduktion beibehalten wird. Darauf kann ich aber hier schon allein aus zeitlichen Gründen nicht eingehen.



Dokumente der Gründungskonferenz der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) am 3./4. Dezember 2016

Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), der deutschen Sektion der Vierten Internationale

Inhalt:

- Unsere programmatischen Grundüberzeugungen
- Politische Resolution
- Unser Selbstverständnis
- Statut

Bestellungen per Brief, Postkarte, E-Mail oder Anruf

Bestellungen an

ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,

Tel. 0221 / 9 23 11 98, iso@intersoz.org

1 Exemplar: 3,50 € (für Porto und Verpackung, Vorkasse)

2 bis 4 Exemplare: 2 € pro Exemplar plus 1,50 € für Porto und Verpackung (Vorkasse)

ab 5 Exemplaren: Zusendung portofrei

1 Exemplar aller drei lieferbarer Broschüren (Dokumente der ISO-Gründungskonferenz; M. Löwy, Ökosozialismus; Resolution des 16. Weltkongress zur Klimaveränderung): 5 € (Vorkasse)

Preisangaben für Lieferung an Adressen in der BRD; für Bestellungen aus dem Ausland wegen Preisen bitte anfragen

MICHAEL LÖWY – ÖKOSOZIALISMUS

Der Rezensent ist einer der Koordinatoren des Internationalen Ökosozialistischen Netzwerks und Verfasser der Schrift *Ökosozialismus - das geht*.

■ Klaus Engert

Um bei dieser Buchbesprechung einmal mit dem Ende zu beginnen: Der im Anhang des Buches abgedruckte bebilderte dystopische Text¹ zu den zukünftigen Folgen der Erderwärmung, der von Michael Löwy und anderen (unter geringfügiger Beteiligung auch des Autors dieser Rezension) für den Klimagipfel in Kopenhagen 2009 verfasst und dort im Rahmen der Gegenveranstaltungen verteilt wurde, illustriert, dass Löwy beileibe nicht nur ein ökosozialistischer Theoretiker, sondern gleichzeitig auch Aktivist ist.

Michael Löwy, Philosoph und Soziologe, geboren in Wien, aufgewachsen in Brasilien und schließlich in Frankreich sesshaft geworden, wo er bis zu seiner Emeritierung in Paris Forschungsdirektor am Centre national de la recherche scientifique (CNRS) war, ist sozusagen ein Veteran unter den Verfechtern einer marxistischen Herangehensweise an das Problem der ökologischen Verheerungen, die die Industriegesellschaft angerichtet hat und noch anrichtet und deren derzeit bedrohlichste Konsequenz der menschengemachte Klimawandel darstellt. Aber Löwy ist, wie eingangs gesagt, nicht nur ein marxistischer Theoretiker in Sachen Umweltzerstörung und Klimawandel, sondern daneben und ebenso sehr ein politischer Aktivist, der aufgrund seiner internationalen Kontakte, besonders nach Brasilien, versucht, den Widerstand gegen die fortschreitende Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde auch praktisch zu unterstützen und die Idee einer ökosozialistischen Gesellschaft zu verbreiten.

Exakt das macht das Besondere an seinem im letzten Jahr auf Deutsch erschienenen Buch *Ökosozialismus – die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Kata-*

strophe (zuerst 2011 auf Französisch erschienen) aus: dass er die Brücke schlägt zwischen der theoretischen Rezeption des Konzeptes Ökosozialismus einerseits und Beispielen konkreter Kämpfe und Organisation zur Rettung des Globus vor den Konsequenzen der Folgen der tauschwertbasierten Ökonomie andererseits. Löwy weist im Vorwort darauf hin, dass es sich bei seinem Buch nicht um eine systematische Abhandlung, sondern um die Zusammenfassung einer Reihe von ihm in den letzten Jahren veröffentlichten Arbeiten handelt, und betont ausdrücklich, dass das Buch „nicht darauf (abzielt), eine neue Doktrin zu kodifizieren, noch darauf, irgendeine Orthodoxie festzuzurren“. Er möchte „einige Aspekte, einige Felder und einige Erfahrungen des Ökosozialismus ausleuchten“. Entsprechend finden sich, worauf er ebenfalls hinweist, in den im Anhang abgedruckten Dokumenten durchaus auch Widersprüche.

Dennoch bietet das Buch insbesondere für Menschen, die sich mit dem Thema bisher nicht intensiv befasst haben, eine ausgezeichnete Einführung in die ökosozialistische Theoriebildung. Löwy legt in den ersten beiden Teilen des Buches („Der Ökosozialismus“ und „Marxismus und Ökosozialismus“) kenntnis- und quellenreich dar, dass es ebenso ein Irrtum ist, zu meinen, dass die „Väter“ des dialektischen Materialismus, Marx und Engels, sich der Konsequenzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die natürliche Umwelt nicht bewusst gewesen seien, wie es andererseits unbestreitbar ist, dass sie die „Grenzen des Wachstums“ unterschätzt oder stellenweise sogar ignoriert haben. Er greift diesbezüglich den Vorschlag von Daniel Bensaid auf, nämlich, sich „in die Widersprüche von Marx hineinzudenken und sie ernst zu nehmen“, und macht den Vorschlag, den Satz von Marx aus der Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* über die notwendige Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates folgendermaßen auf die Sphäre des Produktionsapparates zu erweitern: „Die ArbeiterInnen können sich nicht damit begnügen, die kapitalistische Produktionsmaschinerie zu übernehmen und sie auf eigene Rechnung weiter zu betreiben, sondern sie müssen sie radikal verändern“.

Über einen Exkurs zur Aktualität Walter Benjamins schlägt Löwy dann den Bogen zu einem Plädoyer für eine ökosozialistische Ethik, die er ausdrücklich nicht in erster Linie als eine individuelle Ethik der Selbstkasteiung, sondern als eine soziale Ethik begreift – was logischerweise „soziale Akteure, soziale Bewegungen, ökologische Organisationen und politische Parteien (erfordert) – und eben nicht nur Individuen guten Willens“.

Etwas schwach ausgefallen, so scheint mir, ist das Kapitel über die Werbeindustrie. Zwar beschreibt Löwy hier phänomenologisch korrekt den Irrsinn dieser immer weiter wachsenden Branche, aber der lapidare Satz „die Werbung ist das Instrument des Kapitals, um seine Produkte in Umlauf zu bringen, um seinen Schund zu verkaufen, um seinen Investitionen eine Rendite zu verleihen, um seine Profitraten zu erhöhen, um ‚Marktanteile‘ zu gewinnen“, ist doch etwas zu kurz gegriffen. Denn das Ausufern der Werbeindustrie ist heute auch und vor allem dadurch geprägt, dass regelrecht neue Bedürfnisse geschaffen werden sollen, an die niemand gedacht hätte, und illustriert, dass das Kapital auf diese Weise verzweifelt nach neuen Anlagemöglichkeiten sucht. In diesem Abschnitt findet sich übrigens auch ein sachlicher Fehler: Löwy schreibt, dass es Werbung in den Ländern mit bürokratischer Planwirtschaft nicht gegeben habe. Das ist falsch. Peinlicher- und absurderweise – da es ja keine Konkurrenz gab, war Werbung ebenso unnötig wie widersinnig – hat es beispielsweise in der ehemaligen DDR in dem Kampf um das „Aufholen und Überholen“ in Bezug auf die kapitalistischen Länder auch Werbung gegeben, die deutlich vom Westen abgekupfert war, und zwar in Form von Inseraten, Schaufenster- oder Leuchtwerbung (es gab in Leipzig sogar eine staatliche „Kommission für Leuchtwerbung“), und am 1.6.1959 liefen die ersten Werbespots im DDR-Fernsehen.²

Im Kapitel zur ökologischen Linken in den USA rezipiert Löwy insbesondere die Arbeiten von Joel Kovel, einem der Mitbegründer des Internationalen Ökosozialistischen Netzwerks, und von John Bellamy Foster, setzt sich aber auch – eher cursorisch – sehr kritisch mit den diversen nichtmarxistischen Strömungen in der US-amerikanischen Ökologiebewegung und ihren Vertretern wie u. a. Al Gore und Murray Bookchin auseinander. Das ist insofern von Wichtigkeit, als diese Denkrichtung insbesondere in Deutschland höchst populär ist.

Das Beispiel von Chico Mendes und seinem Kampf gegen die Regenwaldzerstörung in Brasilien, der ihn durch die Hand der Großgrundbesitzer das Leben kostete,

schließlich schlägt er den Bogen von der ökosozialistischen Theorie zur Praxis. Es dient auch als Beleg für Löwys Überzeugung, dass der Kampf gegen Umweltzerstörung im Allgemeinen und Klimawandel im Besonderen erfolgreich nur kollektiv und organisiert erfolgen kann. Folgerichtig dokumentiert er im Anhang einige Ansätze für eine nationale wie internationale Organisation, wie das Ökosozialistische Netzwerk in Brasilien oder das Manifest des Internationalen Ökosozialistischen Netzwerks.

Auch wenn das Buch bereits einige Jahre alt ist, so hat es doch von seiner Aktualität nichts verloren: Wer einen Ausgangspunkt sucht, um sich mit Theorie und Praxis des Ökosozialismus zu beschäftigen, findet hier eine Menge an unverzichtbarem Quellenmaterial sowohl im Text wie auch in der Liste mit ausgewählten Literaturhinweisen. Ich jedenfalls habe es mit Genuss gelesen.

Michael Löwy: *Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe*, aus dem Französischen übersetzt von Roland Holst, Hamburg: Laika Verlag, 2016, (Laikatheorie, Bd. 67). – 188 S., ISBN 978-3-944233-63-5, 21 €.

1 „Eine Dystopie (..), auch Antiutopie genannt, ist ein Gegenbild zur positiven Utopie, der Eutopie, und ist in der Literaturwissenschaft eine fiktionale, in der Zukunft spielende Erzählung mit negativem Ausgang“ (Wikipedia) (Anm. d. Red.).

2 Zu besichtigen ist das im Deutschen Historischen Museum in Berlin: Dort hängt die monumentale Leuchttafel mit dem Slogan „Plaste und Elaste aus Schkopau“, die früher an der Autobahn bei Dessau zu sehen war.



DER ERWARTBARE AUSSTIEG DER USA AUS DEM PARISER ABKOMMEN

Donald Trump hat alle Warnungen in den Wind geschlagen und den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt.
Wie soll es jetzt weitergehen?

■ Daniel Tanuro

Die USA kündigen das Pariser Klimaabkommen auf, stornieren alle Maßnahmen, die von den USA zur Umsetzung dieses Abkommens beschlossen worden sind und ziehen sich aus Klimafonds zurück. Dies sind die wesentlichen Beschlüsse, die Donald Trump am 1. Juni bekannt gegeben hat, nachdem er lange auf die Folter gespannt hatte.

Damit setzt der neue Präsident nur konsequent seine Wahlversprechen um und desavouiert einige Beobachter, die in den vergangenen Monaten glauben machen wollten, dass Trump moderater geworden sei. Was er jedoch im Rosengarten des Weißen Hauses von sich gab, trifft im Gegenteil von übelster nationalistischer und populistischer Demagogie. Aber was lässt sich von einem Ochsen anderes erwarten als Rindfleisch?

Wehleidigkeit und Nationalismus ...

Für Trump war das Pariser Abkommen schon immer bloß ein skandalöser Betrug, der den USA aufgezwungen wurde. „Das Pariser Abkommen zielt nicht auf das Klima, sondern auf die finanziellen Vorteile, die sich andere Länder damit gegenüber den USA verschaffen. Die Welt hat Beifall geklatscht, als wir das Abkommen unterzeichnet haben, weil sich die anderen Länder darüber gefreut

haben, dass wir dadurch wirtschaftlich erheblich benachteiligt werden.“

Trump entwarf ein apokalyptisches Bild über die Konsequenzen des Abkommens und behauptete, dass dadurch 2,7 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen und die USA 3000 Milliarden Dollar aufbringen müssten, was den einzelnen US-Bürger bis zu 7000 Dollar pro Jahr kosten würde. Bei seiner Aufzählung über die dadurch weg brechenden Arbeitsplätze in einzelnen Industriesektoren (minus 86 % im Kohlebergbau) vergaß er natürlich die Gegenrechnung, etwa dass bereits 800.000 Arbeiter*innen in den USA in der Solarindustrie beschäftigt sind, in der Kohleindustrie aber bloß 67 000 und die künftige Entwicklung diese Diskrepanz noch weiter verschärfen wird.

Trumps Weltbild ist simpel gestrickt: Die armen Amerikaner sind zu gut und werden dadurch Opfer einer riesigen Ungerechtigkeit, die durch die finsternen Mächtschaften aller anderen angezettelt worden ist. Insofern ist die Aufkündigung des Abkommens ein elementares Aufbäumen für Souveränität und nationale Würde: „Die Staatschefs von Europa und China dürfen nicht mehr über die Politik der USA zu bestimmen haben als die US-Bürger. Wir wollen und wir werden uns nicht zum Gespött der ganzen Welt machen.“

Ganz wie in seiner Wahlkampagne setzt Trump mit seiner Propaganda voll und ganz auf soziale Demagogie. Als ob seine Regierung, die aus lauter Milliardären besteht, vor hätte, den Proleten in Detroit und Pittsburgh eine menschenwürdige Arbeit zu verschaffen, und als ob das Pariser Abkommen diesen US-Proleten Geld und Arbeitsplätze stiehlt, um es anderweitig zu verteilen: „Das Pariser Abkommen ist ungerecht für die USA. Es blockiert die Entwicklung einer „sauberen Kohle“ in den USA. China kann Hunderte von Kohlekraftwerken bauen, Indien kann seine Kohleförderung verdoppeln und selbst Europa kann Kohlekraftwerke bauen. Wir haben genügend Energievorräte, um alle US-Bürger aus dem Elend zu befreien und in Pennsylvania wird ein Bergwerk wiedereröffnet.“ Wegen des Pariser Abkommens jedoch „werden Millionen amerikanischer Familien weiterhin arm bleiben“.

Im Mittelpunkt seiner Propaganda stehen die Arbeitsplätze. Wie es sich für einen guten Kapitalisten gehört, hängen die Arbeitsplätze in seinen Augen vom Wachstum ab: Die erneuerbaren Energien könnten bei leichtem Wachstum ausreichen, aber nicht bei 3–4 %. Seine Parole „Make America great again“ suggeriert eine USA, die Jobs schafft, indem sie Waffen und Mauern baut. „Insofern brauchen wir alle Energien und nicht nur die erneuerbaren. Sonst könnte für Millionen von Familien das Licht ausgehen.“

Wenn Trump die populistische Klaviatur bedient, geht er dabei in die Vollen und beruft sich auch auf den Anti-Terror-Kampf. Dazu bemerkt er: „Für den Klimafonds hat die USA bereits eine Milliarde Dollar ausgegeben, darunter Geld, das zur Bekämpfung des Terrorismus vorgesehen war – notabene unter meinem Vorgänger.“

... gepaart mit Rassenhass

Trump schert sich weder um das im UN-Klimarahmenvertrag fest verankerte Prinzip der unterschiedlichen Verantwortung noch darum, dass die USA weiterhin mit an der Spitze der Länder stehen, die den höchsten Treibhausgasausstoß pro Kopf haben, ganz weit vor China, Indien oder Brasilien. Indem er dies mit nationalistischer Attitüde vom Tisch wischt, erklärt er stattdessen, dass im Rahmen des Pariser Abkommens „China 13 weitere Jahre verfahren kann, wie es will, und Indien nur deswegen beteiligt ist, weil es Milliarden an Beihilfe erhält“.

In Bezug auf den Klimafonds (der in Cancun beschlossen worden war, um den Ländern des Südens bei Übergang und Anpassung zu helfen) entblödet sich

Trump nicht, zu behaupten, dass es dabei darum gehe, „sich den Reichtum der USA unter den Nagel zu reißen, um ihn an die Entwicklungsländer zu verteilen“. Und er fügt hinzu: „Wir haben 20 Billionen Schulden, Millionen von Arbeitslosen und Städte, die aus Geldmangel keine Polizisten mehr einstellen können. Dieses Geld sollte hier investiert statt in die Länder geschickt werden, die uns die Fabriken und die Jobs genommen haben“. Dies ist hart an der Grenze zur Aufstachelung zum Hass und soll die US-Arbeiterschaft davon ablenken, dass es die US-Unternehmer sind, die die Produktion wegen niedrigerer Lohnkosten in andere Länder verlagert haben.

Ignoranz und Dummdreistigkeit ...

Über das Klima an sich weiß Trump wenig zu sagen, außer dass er kategorisch behauptet, dass „das Pariser Abkommen gerade 0,2 °C Unterschied bewirken würde“. Keine Präzisierung über den zugehörigen Zeitraum etc. Auch wir haben stets wiederholt, dass das Abkommen bloß eine Absichtserklärung ist, aber wenigstens den Vorzug hat, sich ein Ziel – wenn auch nur ein einziges – zu setzen, nämlich „deutlich unter 2 °C zu bleiben und möglichst 1,5 °C nicht zu überschreiten“. Die Selbstverpflichtungen der einzelnen Länder laufen freilich auf eine Erwärmung von 3–4 °C bis zum Ende des Jahrhunderts hinaus. Wenn man aber gar nichts unternimmt, landen wir bei bis zu 6 °C. Und genau dies haben die USA gerade beschlossen. Damit läge der Unterschied weit höher als bei diesen ominösen 0,2 °C!

Trump wird nicht müde, das auf dem COP21 beschlossene Abkommen anzuprangern und zugleich zu erklären, dass er zu Neuverhandlungen bereit wäre, zu einem „ganz neuen Abkommen“, vorausgesetzt, es schade Amerika und seinen Bürger*innen nicht. Welche Logik steckt dahinter, wo doch Trump behauptet hat, dass der Klimawandel eine von den Chinesen verbreitete Falschmeldung sei, um der US-Wirtschaft zu schaden?

Angesichts seiner sonstigen Rabulistik kann man diesen Vorschlag von Trump kaum ernst nehmen. Wenn dieser Mensch nicht auf die „Schwellen- und Entwicklungsländer“ einprügelt, geht er direkt seine europäischen Partnerstaaten an: „Diejenigen, die von den USA fordern, am Abkommen festzuhalten, sind die Länder, die den USA mit ihren Handelspraktiken schwer schaden und ihre Beiträge zur NATO nicht entrichten“. Dies zielt auf Merkel und zeigt, dass der Hausseggen zwischen den beiden Ländern schief hängt.

Dennoch ist dies nicht nur heiße Luft, die hier abge-sondert wird, sondern dahinter stecken ernste Gründe, die wir analysieren müssen.

...als Ablenkungsmanöver

Innenpolitisch wirkt dieses Vorgehen wie ein Ablenkungsmanöver in einer zunehmend heiklen Situation, wo sich die Stimmen für die Einleitung eines Impeachments mehren. Trump steckt in einer Zwickmühle. Am Abkommen festzuhalten, hätte bedeutet, dass er sich ein wenig als „verantwortlicher Präsident normalisiert“, positiv auf das mehrheitliche Ansinnen der US-Unternehmen (einschließlich ExxonMobil und anderer Energiekonzerne) reagiert und auch auf die öffentliche Meinung Rücksicht nimmt, die mehrheitlich von der Realität des Klimawandels überzeugt ist. Wenn er sich aber „normalisiert“, dann würde er seiner Basis, die aus eingeschworenen Reaktio-nären besteht, den Rücken kehren und damit auch einen Trumpf aus der Hand geben gegenüber den republikani-schen Vertretern im Kongress, die ihn zwar nicht einhellig unterstützen, in ihrer Mehrheit jedoch Klimaleugner sind.

Eben aus dieser Position der Schwäche heraus hat sich Trump dafür entschieden, seiner Basis entgegen zu kom-men, deren Vertreter in seinem Stab Bannon, Pence, Pruitt, Session etc. sind. Mike Pence, der die Ansprache des Prä-sidenten eingeleitet hat, und Scott Pruitt, der sie kommentiert hat, haben beide nachdrücklich unterstrichen, dass der Präsident umsetzt, was er gesagt hat. Pruitt, der den Habitus eines servilen Speichelleckers verströmt, hat obendrein noch die populistische Klaviatur bedient und das Wort „Arbeiterklasse“ in den Mund genommen und Trump als „Rächer der Enterbten in diesem Land“ hochleben lassen.

Indem Trump entschied, seine Basis zu bedienen, hat er sicherlich kurzfristig die am wenigsten schlechte Wahl für sich getroffen. Mittelfristig jedoch kann ihm die Rück-besinnung auf sein nationalpopulistisches „Kerngeschäft“ bescheren, dass sich die entscheidenden Kräfte des Großka-pitals und ihre politischen Handlanger von ihm abwenden. Die nächste Zeit wird sich dies weisen, besonders wenn der abgesetzte FBI-Chef Comey vor dem Geheimdienstaus-schuss des Senats angehört wird.

Die Auswirkungen auf die Klimapolitik ...

Für die Klimapolitik ist der Rückzug der USA sicher schwerwiegend, darf aber nicht überschätzt werden. Denn im Grunde ist es so, dass das Pariser Abkommen ohne-hin nicht ausreicht, die Katastrophe zu verhindern. Dies soll nicht heißen, dass die Aufkündigung seitens Trump

belanglos wäre, sondern dass man richtig ermessen muss, welchen Schaden er real anrichten kann. Schon gar nicht darf man sich jetzt hinter das Pariser Abkommen oder seine europäischen, chinesischen etc. Verfechter stellen, die sich jetzt mit billigen Federn schmücken und dabei unge-riert auf die Klimakatastrophe zusteuern.

Die USA verursachen 10 % der weltweiten Abgasemis-sionen. Die unter Obama beschlossene Selbstverpflichtung (NDC) der USA sollte bis 2025 für eine Reduktion um 26–28 % gegenüber 2005 sorgen. Diese NDC liegt kaum über der, die die USA bis spätestens 2012 hätten leisten müssen, wenn sie das Kyoto-Abkommen ratifiziert hätten. Obendrein würden die von Obama ergriffenen Maßnah-men das Ziel nur zu 83 % abdecken.

Aber das ist noch nicht alles. Denn in Wahrheit steckt nicht einmal eine ambitionierte Bemühung dahinter, sondern die Abgasreduktion ergibt sich nahezu vollständig „spontan“ aus dem Umstieg der US-Energiekonzerne von der Kohle zum billigeren und abgasärmeren Schiefergas und zu den erneuerbaren Energien. Die Abschaffung des Clean Power Plan und anderer Umweltmaßnahmen von Obama wiegt schwerer als der Ausstieg aus dem Pariser Abkommen, wird aber die Investitionsentscheidungen des Kapitals wenig beeinflussen.

und eine unkontrollierbare Entwicklung...

Das Hauptproblem scheint auf geostrategischem Gebiet zu liegen. Trumps Verlautbarung über das Klima bestätigt in der Tat, dass sich eine Kettenreaktion anbahnt. Die Krise zwischen der EU und den USA spitzt sich zu und der Ton-fall zwischen den Konkurrenten wird schriller. Es ist kei-neswegs von der Hand zu weisen, dass es zu umfassenden Neuausrichtungen der imperialistischen Mächte kommen wird, einschließlich des Zerbrechens der Nato, einer Re-form und/oder einem Militärbündnis der EU sowie einer Annäherung zwischen China und der EU.

Die tonangebenden Fraktionen des internationalen Großkapitals sind an einem solchen Szenario nicht interes-siert, aber [...] mitunter entgleitet die weitere Entwicklung der Kontrolle dieser maßgeblichen Kräfte. Und Trumps Politik gehört selbstredend zu den Faktoren, die dazu führen könnten.

Eigentlich überflüssig zu erwähnen, dass seine poli-tischen Entscheidungen nicht einfach und auf direktem Wege von der Bourgeoisie oder gar von diesem oder jenem Flügel der Kapitalisten verordnet werden (wie gesagt, ha-ben Hunderte von Konzernchefs einschließlich der Ener-giekonzerne Druck auf Trump ausgeübt, in dem Abkom-

men zu verbleiben.) Es besteht im Gegenteil eine relative Autonomie in doppelter Hinsicht, die gerade in den Zeiten politischer Krise wirksam ist. Dies gilt einerseits für das Verhältnis zwischen politischer und wirtschaftlicher Sphäre und andererseits zwischen dem Individuum (Trump mit seinem engsten Stab) und der bürgerlich politischen Sphäre im Ganzen.

Mit anderen Worten könnte sich die Flucht nach vorn, die Trump in Sachen Klimapolitik wegen seiner Verwicklungen in die Russland-Affäre angetreten hat, auch auf andere politische Fragen auswirken, einschließlich militärpolitische. Dies könnte unter Umständen ernsteste Konsequenzen haben, hinter die selbst der Kampf gegen den Klimawandel deutlich zurücktritt, auch wenn diese Bedrohung in den Augen aller involvierten Kräfte bereits maximal ist.

... erfordern besondere Maßnahmen

Wir brauchen unbedingte Klarheit über unsere Zielsetzungen. Natürlich müssen wir Trumps Politik bekämpfen, aber zu fordern, dass die USA im Pariser Abkommen bleiben, macht wenig Sinn. Über Zugeständnisse zu verhandeln, damit sie drin bleiben, wäre erst recht inakzeptabel. Mögen sie austreten! Dies wird Trump maximal isolieren, den sozialen Protestbewegungen in den USA gegen seine Politik Auftrieb verschaffen und ihn hindern, seinen klimanegationistischen Schwachsinn auf der internationalen Bühne weiter zu verbreiten.

Die selbst gesteckten Vorgaben zur Abgasreduktion der Regierungen, die sich über den Rückzug der USA echauffieren, müssen radikal nach oben korrigiert werden, um diesen Rückzug zu kompensieren, aber auch, um die ohnehin vorhandene Lücke zu füllen, die zwischen der Zielsetzung von 1,5 °C maximaler Erwärmung einerseits und den NDC dieser Staaten andererseits besteht. Diese Anstrengungen müssen sozial gerecht sein und die sozialen Interessen der Länder des Südens berücksichtigen, was jeweils radikale antikapitalistische Maßnahmen erfordert und nicht „Emissionszertifikate“ und andere „Marktmechanismen“.

Dies heißt auch: Keine Unterstützung für das Pariser Abkommen und für eine China-EU-Achse. Denn die Trump-Affäre beweist letztlich, dass es keine Antwort, die den klimapolitischen Herausforderungen gerecht wird, geben kann, die den Rahmen eines von Wachstum und Profit getriebenen Kapitalismus und einer neoliberalen Politik, die Arbeitslosigkeit, Verelendung und Ungleichheit gebiert, respektiert. Der Kampf gegen den Klimawandel

läuft über die Kämpfe der sozialen Bewegungen und die Zusammenführung dieser Kämpfe. Wir brauchen eine weltweite Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Tricksereien und halbherzige Maßnahmen haben wir genug erlebt. Stattdessen müssen

- die Verpflichtungen aus dem Klimafonds bedingungslos erfüllt werden,
- die Großprojekte zur Förderung und Verwertung fossiler Brennstoffe gestoppt werden,
- keine unnützen, schädlichen (Waffen) und absichtlich begrenzt haltbare Produkte mehr hergestellt werden,
- Energie- und Wasserversorgung sowie das Bankwesen sozialisiert werden,
- eine regionale und ökologische Landwirtschaft unter dem Aspekt der Ernährungssouveränität aufgebaut werden,
- eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden,
- ein staatliches Programm zum Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens und der Renovierung und Isolierung der Gebäude – jeweils unter Kontrolle der Nutzer*innen und Beschäftigten – entwickelt werden etc.

Nur solche Forderungen eröffnen eine Perspektive, die dem Ernst und der Dringlichkeit der sozialen und ökologischen Krise zugleich gerecht wird.

1. Juni 2017

■ *Übersetzung: MiWe*



„ÖKOSOZIALISMUS: MEHR ALS EINE STRATEGIE“

Die Linke hatte lange Zeit Schwierigkeiten, die ökologische Krise wahrzunehmen, aber auch sie zu analysieren. Doch es geht um mehr als nur eine theoretische Analyse und Trumps Rückzug aus dem Klimaabkommen hat die Lage weiter verschärft.

Alexandre Araujo Costa sprach darüber mit **Daniel Tanuro**.

Alexandre Araujo Costa: Die linken Organisationen haben den Umweltfragen im Allgemeinen lange keine sonderliche Beachtung gewährt, aber seit dem XV. Weltkongress scheint sich die IV. Internationale zunehmend um die sog. „Umweltkrise“ zu sorgen. Was hat sich geändert?

Daniel Tanuro: Tatsächlich haben die meisten linken Organisationen in den 60er Jahren den Moment verschlafen, als die sog. „Umweltkrise“ zu einem allgemeingesellschaftlichen Problem unbekanntem Ausmaßes geworden ist. (Die symbolische „Geburtsstunde“ der ökologischen Frage lässt sich auf das Erscheinen des Buches *Der stumme Frühling* von Rachel Carson im Jahr 1962 datieren.) Der Hauptgrund dafür lag m. E. darin, dass diese Organisationen ihr Hauptaugenmerk auf die antikolonialistischen Kriege und Revolutionen in den imperialistisch beherrschten Ländern (Kuba, Algerien, Vietnam etc.), auf die antibürokratischen Massenbewegungen im Osten (Polen, Ungarn etc.) und auf die gleichzeitige Radikalisierung unter der Jugend und Teilen der Arbeiterklasse im Westen (Mai 68, heißer Herbst 69 in Italien etc.) gerichtet hatten.

Aber dies war m. E. nicht der einzige Grund. Hinzu kam, dass die Umweltkrise die linken Organisationen auch auf dem Gebiet der Theorie in Verlegenheit gebracht hat. So hatten bspw. etliche ihrer theoretischen Köpfe Prob-

leme damit, die kapitalistische Technologie zu kritisieren und sich mit der Theorie von den Grenzen des Wachstums anzufreunden. Das Werk von Karl Marx enthält sehr viele Beiträge zu diesen Themen, aber es war, als hätten seine Nachfolger dessen Beiträge (über die „Einhegungen“ als Auftakt zur Kommerzialisierung der Landwirtschaft, über den Bruch der kapitalistischen Produktionsweise mit dem „gesellschaftlichen Stoffwechsel“ und dem „Mensch-Natur-Verhältnis“ und über deren Auswirkungen auf Forst- und Landwirtschaft etc.) vergessen. Diese Amnesie betraf anscheinend selbst sehr kreative und offene revolutionär-marxistische Denker wie unseren Genossen Ernest Mandel.

Ich will es klar sagen: Von „Marxens Ökologie“ zu reden, wäre wohl ein wenig übertrieben. Im Werk von Marx und Engels gibt es Brüche und Widersprüche, denen wir uns stellen müssen. Zugleich jedoch ist die ökologische Dimension des Vermächtnisses von Marx wahrhaft beeindruckend und seine Kritik der Politischen Ökonomie liefert uns eine ausgezeichnete Handhabe, sie weiter zu entwickeln. Wie soll man also erklären, dass der größte Teil der marxistischen Linken die Umweltfrage in den 60er Jahren verschlafen hat? Natürlich trägt der Stalinismus ein gerüttelt Maß an Verantwortung dafür, aber dies reicht, zumindest was die antistalinistischen Strömungen

angeht, keineswegs als Erklärung. Daher muss man weiter gehen. In meinen Augen war die Linke sehr stark von produktivistischen und wissenschaftsgläubigen Konzepten durchdrungen. Dies fing an mit der Sozialdemokratie im späten 19. Jahrhundert, und auch die kommunistische Bewegung hat dieses Manko nicht wirklich beseitigt, was vielleicht daran lag, dass mit Russland die Revolution in einem zurückgebliebenen Land stattgefunden hat.

Drei Faktoren haben m. E. einen Wandel hervorgerufen: Erstens hat die atomare Bedrohung zunehmend das Bewusstsein geschärft, dass Technologien nicht neutral sind; zweitens haben die Kämpfe der Indigenen und der kleinen und landlosen Bauern die soziale Dimension der Umweltfragen aufgezeigt und drittens haben einige Autoren damit begonnen, Marx auf seine Beiträge zur Natur hin neu zu lesen und diese „vergessene“ Seite wieder auszugraben. Damit kam Bewegung ins Spiel, aber die Mehrheit der Linken beschränkte sich auf eine rein propagandistische Vorgehensweise, nämlich zu sagen, dass es im Rahmen des Kapitalismus keine ökologische Alternative geben könne. Dies trifft wohl zu, heißt aber nicht, dass man über konkrete Umweltforderungen und Reformvorschläge, die im Rahmen eines Übergangsprogramms mit sozialen Forderungen verknüpft werden, einfach hinweggehen kann.

Ein wichtiger Schritt in die Richtung eines solchen Programms war das von Michael Löwy und Joel Kovel 2001 verfasste Ökosozialistische Manifest. Ausschlaggebend dafür waren die Verschärfung der Umweltkrise und ihre globale Ausprägung durch die massiven Risiken des Klimawandels. Parallel dazu engagierten sich zunehmend mehr Mitglieder unserer Organisationen in den Umweltbewegungen, besonders zu den Themen Klimakatastrophe und Nahrungssouveränität, die angesichts der erheblichen Verantwortung der Agrarindustrie für die Klimaerwärmung eng miteinander verknüpft sind. Seit ihrem letzten Weltkongress definiert sich die IV. Internationale auch explizit als ökosozialistische Organisation.

Wie stark ist Deines Erachtens die Ausprägung des Klimawandels? Geht es einfach darum, geeignete Technologien zu verwenden wie die Ersetzung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien? Kann das Erdklima durch den kombinierten Einsatz von CO₂-Speicherung und Geo-Engineering gerettet werden?

Die Ausprägung ist extrem. Tatsächlich ist der Klimawandel wahrscheinlich die gefährlichste soziale und ökologi-

sche Bedrohung, vor der wir stehen. Die Konsequenzen sind sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig enorm. Ohne jetzt zu sehr ins Detail zu gehen, will ich bloß darauf verweisen, dass eine Temperaturerhöhung um 3 °C sehr wahrscheinlich einen Anstieg der Meeresspiegel um etwa sieben Meter zur Folge haben wird. Dies wird wohl 1000 oder mehr Jahre dauern, aber es ist unmöglich, den Prozess zu stoppen, wenn er erst einmal in Gang gekommen ist. Die Experten gehen davon aus, dass sich bis Ende dieses Jahrhunderts, kurzfristig also, der Meeresspiegel um 60 bis 90 cm erhöhen könnte. Dies hätte zur Folge, dass Hunderte von Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssten. Berücksichtigt man die anderen Folgen des Klimawandels (extreme Wetterphänomene, Abnahme der landwirtschaftlichen Produktivität etc.), kommt man zu einem erschreckenden Ergebnis: Oberhalb einer bestimmten Schwelle gibt es für die acht bis neun Milliarden Menschen keine Anpassungsmöglichkeit an den Klimawandel. Wo diese Schwelle anzusetzen ist, ist in erster Linie keine ausschließlich wissenschaftliche, sondern eine politische Frage. In Paris haben die Regierungen auf dem Umweltgipfel COP21 entschieden, dass gehandelt werden müsse, um die Erwärmung „deutlich unter 2 °C“ zu halten und zu versuchen, sie auf 1,5 °C zu begrenzen. Tatsächlich käme eine durchschnittliche Erwärmung um 2 °C einer Katastrophe gleich.

Natürlich ist der Klimawandel nicht die einzige Bedrohung: Weitere Risiken liegen im massiven Artensterben, der Versauerung der Ozeane, der Verarmung der Böden, dem Umkippen der Meere durch die Verschmutzung mit Stickstoff und Phosphat, die Umweltverschmutzung mit Chemikalien, die Zerstörung der Ozonschicht, die Verknappung der Trinkwasserreserven und die Anreicherung von Aerosolen in der Atmosphäre. Aber der Klimawandel spielt eine zentrale Rolle und ist direkt oder indirekt an die meisten anderen Risiken gekoppelt: Er ist ein wesentlicher Faktor für den Verlust der Biodiversität, die Versauerung der Ozeane wird durch die steigende Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre hervorgerufen, die riesigen Mengen Nitrat und Phosphat in den Meeren stammen von der Agrarindustrie, die auch eine zentrale Rolle bei der Verschwendung der Süßwasserreserven und der Abnahme landwirtschaftlich nutzbarer Böden spielt usw. usf. Daraus, dass die meisten Probleme miteinander zusammenhängen, folgt, dass es falsch wäre, die Antworten auf den Klimawandel isoliert von den anderen Problemen zu sehen. Im Übrigen haben all diese Umweltprobleme dieselbe grundlegende Ursache: die kapitalistische Akkumulation,

die von der Jagd nach Profiten angetriebene permanente Steigerung des Wachstums.

Dies bedeutet, dass der Klimawandel weit mehr als ein technologisches Problem ist, dass er vielmehr die grundlegende Frage nach einer umfassenden Alternative zu dieser Produktionsweise aufwirft. Dabei ist diese Alternative objektiv betrachtet dringendst geboten, und zwar so sehr, dass selbst unter technologischen Gesichtspunkten die Strategie eines grünen Kapitalismus ins Leere läuft. Natürlich ist es komplett machbar, ausschließlich erneuerbare Quellen zu nutzen, um die gesamte erforderliche Energie zu produzieren. Aber wie sollen die Photovoltaikplatten, die Windräder und die anderen Anlagen zur Umstellung hergestellt werden? Mit welcher Energie? Man muss logischerweise berücksichtigen, dass die Umstellung selbst zusätzliche Energie erfordert und dass diese zusätzliche Energie, die am Anfang dieses Prozesses zu 80 % aus fossilen Quellen stammt, zusätzlichen CO_2 -Ausstoß hervorruft. Also braucht man einen Plan, wie diese zusätzlichen Emissionen durch anderweitige Einsparungen kompensiert werden können. Wenn nicht, dann könnte zwar einerseits der Anteil erneuerbarer Energien rasch ansteigen, aber andererseits würden die Gesamtemissionen zunehmen. Dies passiert gerade und hat zur Folge, dass das „ CO_2 -Budget“ schnell überschritten werden könnte, d. h. die Menge an CO_2 , die in die Atmosphäre entlassen werden kann, ohne mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu riskieren, dass ein bestimmter Schwellenwert der Temperaturerhöhung vor Ende dieses Jahrhunderts überschritten wird. Nach Ansicht des Weltklimarats liegt dieses Budget für den Zeitraum von 2011 bis 2100 bei insgesamt 400 Gigatonnen (Gt), wenn mit einer 66%igen Wahrscheinlichkeit ein Anstieg um $1,5^\circ\text{C}$ nicht überschritten werden soll. Momentan liegen die Gesamtemissionen bei 40 Gt pro Jahr und die Tendenz ist steigend. Mit anderen Worten heißt dies, dass das Budget bis 2021 aufgebraucht sein wird, wir also bereits gegen die Wand gefahren sind. So sieht die Realität aus und dies ist das konkrete Resultat des kapitalistischen Wahnsinns, bei dem es nur um Profite geht und daher die Energiewende nicht entlang der erforderlichen Emissionsminderungen geplant wird.

In dieser Situation stellt sich tatsächlich die Frage nach der CO_2 -Abscheidung und Speicherung und nach dem Geo-Engineering. Im Rahmen des produktivistischen kapitalistischen Systems sind diese Methoden die einzigen „Lösungen“, um das Überschreiten des CO_2 -Budgets zu kompensieren. Ich benutze die Anführungszeichen dafür, weil es sich dabei um Lösungen nach Art des Zauberlehr-

lings handelt. Eine der fortgeschrittensten Technologien ist der Einsatz von Bioenergie mit der Abscheidung und Verpressung des frei werdenden CO_2 (BECCS). Dabei soll Biomasse die fossilen Brennstoffe in den Kraftwerken ersetzen und das bei der Verbrennung entstehende CO_2 in die geologischen Schichten verpresst werden. Ähnlich wie bei den Grünpflanzen, die beim Wachstum CO_2 aus der Atmosphäre absorbieren, soll der massive Einsatz dieser Technologie den Treibhauseffekt reduzieren helfen und damit das Budget entlasten. Dies ist eine sehr hypothetische Lösung, u. a. weil niemand weiß, ob es technisch möglich sein wird, das CO_2 unter der Erde zu halten und für wie lange. Zugleich ist dies eine extrem gefährliche Methode sowohl in sozialer als auch ökologischer Hinsicht, da die Produktion von Biomasse enorm viel Ackerfläche voraussetzt, nämlich ein Viertel bis ein Fünftel der gegenwärtig landwirtschaftlich genutzten Erdoberfläche. Einerseits würde durch die Umwidmung von Ackerland in Plantagen zur Biomassegewinnung die Nahrungsmittelproduktion in Mitleidenschaft gezogen, andererseits würden solch industriell betriebenen Plantagen zu einem massiven Verlust der Biodiversität und zur Verarmung der natürlichen Arten führen. Insofern ist es, gelinde gesagt, sehr fragwürdig, dass 95 % der Klimaszenarien des Weltklimarates den Einsatz solcher Technologien zugrunde legen. Dies zeigt einmal mehr, dass die Wissenschaft nicht neutral ist, v. a. wenn es um sozioökonomische Planzahlen geht.

Notabene sollten wir keinesfalls, auch wenn das Budget zur Erreichung des $1,5^\circ$ -Ziels in Kürze aufgebraucht und das für das 2° -Szenario ebenfalls höchstwahrscheinlich recht bald überschritten sein wird, die kapitalistischen Technologien als kleineres Übel hinnehmen. Die Lage ist im Gegenteil inzwischen so ernst, dass die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen selbst auf Null nicht ausreichen wird. Zur Rettung des Klimas wird man vielmehr zusätzlich Kohlendioxid aus der Atmosphäre entnehmen müssen. Dieses Ziel kann aber erreicht werden, ohne auf BECCS und andere gefährliche Technologien zurückzugreifen. Der Grund, weswegen der Kapitalismus auf solche Technologien setzt, ist, dass auch diese zur Mehrung der Profite und zur Akkumulation beitragen. Die Alternative besteht darin, eine umweltgerechte und regionale bäuerliche Landwirtschaft zu entwickeln und durchgängig auszubauen, ebenso einen nachhaltigen Umgang mit Wald und Boden zu betreiben, der die Interessen der Ureinwohner und der umliegenden Gemeinden berücksichtigt. Auf

diese Weise wird es möglich sein, große Mengen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre zurückzugewinnen und sie im Boden zu verbringen und zugleich die Biodiversität zu fördern und eine ausreichende und qualitativ gute Ernährung für alle Menschen zu gewährleisten. Diese Option setzt jedoch eine strikt antikapitalistische Ausrichtung der Bekämpfung des Agrarbusiness und der Großgrundbesitzer voraus. Mit anderen Worten wird die Lösung nicht auf dem technologischen Sektor, sondern in der politischen Arena zu finden sein.

Kürzlich hat Oxfam eine Studie veröffentlicht, wonach acht Menschen über fast genauso viel Reichtum verfügen wie die Hälfte der Menschheit. Zugleich haben wir wieder einmal eine neue Rekordtemperatur aufgestellt und die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre hat 400 ppm überschritten. Hängen Klimawandel und soziale Ungleichheit zusammen?

Natürlich ist es so. Es ist allgemein bekannt, dass die Armen die Hauptleidtragenden bei Katastrophen im Allgemeinen und der Klimakatastrophe im Besonderen sind. Selbstverständlich gilt dies auch für die Klimakatastrophen, die durch menschliche Einwirkung (in ihrer kapitalistischen Ausprägung) verursacht sind. Dies ist bereits heute der Fall, wie sich in allen Regionen der Erde gezeigt hat: beim Taifun Haiyan auf den Philippinen 2014, beim Hurrikan Katrina in den USA 2005, bei den großen Überschwemmungen in Pakistan 2010, bei der Gluthitze in Europa 2003, bei den Dürrekatastrophen und dem Anstieg des Meeresspiegels in Benin und anderen afrikanischen Ländern usw. usf.

Daneben vertiefen die Gegenmaßnahmen des Kapitalismus auf den Klimawandel noch die soziale Ungleichheit, da sie auf Marktmechanismen zurückgreifen, besonders auf die Kommerzialisierung und Privatisierung der natürlichen Ressourcen. Dieses Konzept funktioniert nach dem Prinzip der Internalisierung externer Faktoren, will heißen, dass der Preis für die Umweltschäden beziffert und auf den Preis für Waren und Dienstleistungen aufgeschlagen wird. Bezahlen muss diese Preiserhöhungen anschließend natürlich der Endverbraucher. Diejenigen, die Geld haben, können in die saubersten Technologien – etwa Elektroautos – investieren, den anderen bleibt nur, für dieselbe Dienstleistung (im o. g. Fall für Mobilität) mehr zu zahlen.

Dass die Ungleichheit wächst, liegt auch am Gebaren der Versicherungswirtschaft, die sich weigert, die stei-

genden Risiken in den Regionen zu versichern, wo die Armen wohnen, oder die Versicherungsprämien für die Betroffenen erhöht. Ganz generell spielt der Finanzsektor eine wesentliche Rolle, weil er in den hochspekulativen Emissionshandel investiert, bspw. in Wälder, weil diese als Kohlenstoffsenken fungieren und weil eben diese Eigenschaft zur Ware, zum Finanzprodukt geworden ist. In der Folge werden die Ureinwohner daraus vertrieben und so um ihre Subsistenzmittel gebracht – vorgeblich im Namen des Naturschutzes, obwohl sie es waren, die diese Natur über Jahrhunderte hinweg geformt und geschützt haben. Ein ähnlicher Prozess vollzieht sich im Agrarsektor, wo bspw. für die Produktion von Biokraftstoffen und Biodiesel die Menschen enteignet und in die Lohnabhängigkeit gezwungen werden. Auch hier dient der Klimaschutz als Vorwand für eine gnadenlose Politik, die die Ungleichheit verschärft und Mensch und Umwelt dem Diktat der Konzerne unterwirft.

Aufgrund der inneren Logik des Kapitalismus steht zu befürchten, dass diese Mechanismen zur Kommerzialisierung und Privatisierung der Ressourcen in Zukunft weiter zunehmen und die soziale Ungleichheit verstärken werden. Dies habe ich bereits am Beispiel des Geo-Engineering und besonders des BECCS angerissen. Aber dies ist nur der Anfang. Der letzte Bericht der Weltkommission für Wirtschaft und Klima, eines sehr einflussreichen Expertengremiums unter Sir Nicholas Stern, widmet sich der Rolle der Infrastrukturen beim Übergang in die sogenannte grüne Ökonomie. Darin wird die Natur im Allgemeinen als „Infrastruktur“ bezeichnet und erklärt, dass Investitionen in die Infrastrukturen für das Kapital attraktiv gestaltet werden müssen. Die wichtigste Voraussetzung hierfür sei, gut abgesicherte Eigentumsrechte durchgängig und verbindlich einzuführen. Das Kapital will sich möglichst die Natur als Ganzes einverleiben, so wie es sich der Arbeitskraft bemächtigt (die übrigens auch eine natürliche Ressource darstellt; insofern handelt das Kapital „logisch“).

Was lässt sich über den Zusammenhang zwischen Umweltkrise und Flüchtlingsbewegungen sagen und welche Entwicklung steht uns bevor?

Dies ist eine der schrecklichsten Konsequenzen des Klimawandels. Wie erwähnt, gibt es oberhalb einer bestimmten Schwelle für die acht bis neun Milliarden Menschen keine Anpassungsmöglichkeiten mehr an den Klimawandel. Am stärksten gefährdet sind diejenigen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Dieser Prozess ist in mehreren

Regionen bereits im Gange, bspw. in Westafrika, und verschärft die vorbestehenden Auswirkungen durch Krieg, Diktatur, Terrorismus und Landraub durch die multinationalen Konzerne. Auch in Bangladesch, Vietnam und auf manchen kleinen Inseln läuft dieser Prozess bereits. Den Menschen dort bleibt nur, sich in den Elendsvierteln der Städte niederzulassen. Ihre Sozialstruktur wird über den Haufen geworfen, besonders die Beziehungen zwischen Mann und Frau, wobei letztere jede wirtschaftliche Selbständigkeit verliert. Manche, v. a. Männer, versuchen in die Länder des Nordens zu emigrieren. Wenn sie die Überfahrt überleben, versuchen sie ihrer Familie Geld zu schicken – eine einzige Katastrophe.

Wie ist in diesem Zusammenhang Trumps Wahlsieg zu werten?

Was ich über das Kohlendioxidbudget bei einer Erhöhung um 1,5 °C gesagt habe, bedeutet, dass Trump in dem Moment an die Macht kommt, wo wir uns ohnehin auf des Messers Schneide befinden, an der Schwelle zu einem Umkippen des Klimas. Im Wahlkampf hat Trump erklärt, dass der Klimawandel eine von „den Chinesen“ erfundene Finte ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie zu schwächen, und er hat versprochen, aus dem Pariser Abkommen auszusteigen. Seine Regierungsmannschaft besteht aus lauter Klimanegationisten und der von ihm ernannte Chef der Umweltbehörde EPA will diese nun von innen aushöhlen, nachdem er jahrelang (sic!) versucht hat, sie als Generalstaatsanwalt von Oklahoma von außen her zu torpedieren.

All dies ist äußerst beunruhigend. Wir halten nichts vom Pariser Abkommen und von den nationalen Klimaschutzbeiträgen (NDC) der USA in diesem Abkommen: Beides ist hochgradig unzureichend aus ökologischer Sicht und zutiefst ungerecht in sozialer Hinsicht. Insbesondere ist uns klar, dass es eine enorme Kluft gibt zwischen dem Ziel des Pariser Abkommens (nämlich den Anstieg auf 1,5–2 °C zu begrenzen) und dem Effekt, den diese Selbstverpflichtungen der Unterzeichnerstaaten in der Summe mit sich bringen: nämlich eine Erhöhung um 2,7–3,7 °C. In Emissionen ausgedrückt wird diese Kluft 2015 ungefähr 5,8 Gt betragen. Um die Auswirkungen eines Rückzugs der USA aus dem Abkommen zu ermessen, muss man bedenken, dass die Selbstverpflichtung der USA eine Reduktion der Emissionen bis 2015 um 2 Gt vorsieht und dass dies etwa 20 % des Gesamtvolumens ausmacht, zu dem sich die 191 Unterzeichnerländer verpflichtet haben. Wenn Trump sein Wahlprogramm umsetzt, dann würden

die USA 2 Gt zusätzlich zu den o. g. 5,8 Gt emittieren, die bereits jenseits des 1,5°-Szenarios liegen. Dies bedeutet, dass, wenn es schon unter Mitwirkung der USA sehr schwer wird, das 2°-Ziel zu erreichen, dann dürfte es ohne deren Mitwirkung aussichtslos werden.

Die Mehrheit der weltweit Herrschenden ist wohl inzwischen davon überzeugt, dass der Klimawandel eine Realität und eine enorme Bedrohung für ihre Herrschaft darstellt und dass diese drohende Realität „anthropogen“ ist. Daran hat auch die Wahl von Trump nichts geändert, wie die Reaktionen aus China, Indien, der EU etc. zeigen. Selbst Saudi-Arabien hat seine Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen und seine NDC bestätigt. Wenn nun aber die USA abspringen, werden die anderen Länder noch weniger bereit sein, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um die o. g. Kluft von 5,8 Gt zu schließen. In dieser Hinsicht spricht auch die sehr zurückhaltende Position der EU Bände. Wir sollten fordern, dass die Regierungen ihre Bemühungen zum Klimaschutz verstärken, um erstens diese Kluft von 5,8 Gt und zweitens das durch den Ausstieg der USA entstehende Defizit zu kompensieren. Aber dieses zweifache Ziel ist im Rahmen der gegenwärtigen kapitalistischen Politik nicht erreichbar. Denn es erfordert Reformen, die über die Marktlogik hinausgehen: kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, ein öffentliches Programm zur energetischen Dämmung der Gebäude, Unterstützung der Bauern gegenüber der Agrarindustrie, Unterstützung der indigenen Völker gegen die Bergbaukonzerne und die Rodung der Wälder durch Agrarkonzerne etc.

Trump wird sein Vorhaben sicherlich nicht ohne weiteres umsetzen, da ein Teil der Klimapolitik den Bundesstaaten, den Gemeindeverwaltungen und den Unternehmen unterliegt und weil zudem CO₂ im Clean Air Act, einem vom Kongress verabschiedeten Bundesgesetz, als Luftverschmutzend definiert wird. Das Problem muss jedoch in einem weiteren Kontext gesehen werden, denn nicht allein Trumps Klimapolitik ist die Crux sondern seine Politik im Gesamten. Sein Konzept besteht darin, die Hegemonialstellung der USA in der Welt aufrecht erhalten zu wollen. Dies war zwar auch Obamas Ziel, aber Trump verfolgt eine andere Methode. Während Obama dies im Rahmen einer multilateralen Weltordnungspolitik mit neoliberaler Agenda umsetzen wollte, setzt Trump dabei auf eine nationalistische, rassistische, sexistische, islamophobe, antisemitische und knallharte Politik. Seine Hauptsorge gilt dem kapitalistischen China, das mit zunehmender Macht die US-Hegemonie künftig infrage stellen könnte. Dieses Konzept birgt die ernsthafte Gefahr, dass es zum Krieg, gar

zu einem III. Weltkrieg kommen könnte. Es gibt gewisse Ähnlichkeiten mit dem Niedergang des britischen Empires und dem Aufstieg Deutschlands vor dem I. Weltkrieg und mit dem Aufstieg Hitlers vor dem Hintergrund einer massiven wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise vor dem II. Weltkrieg (was nicht heißen soll, dass Trump ein Faschist ist, dies wäre das falsche Wort). In dieser Situation würde zwangsläufig der dringende Handlungsbedarf gegenüber der Klimakrise zu einem nachrangigen Problem herabgestuft werden, auch wenn der herrschende Teil der herrschenden Klasse anderer Meinung ist.

Wo Schatten ist, ist auch Licht. Die positive Seite dieser Situation ist, dass nicht nur die Rechte Nutznießer dieser Polarisierung in den USA ist, sondern auch die Linke. Der Frauenmarsch, die Massenproteste gegen das Einreiseverbot für Muslime oder der Klimamarsch am 29. April zeigen, dass auch Siege gegen Trump möglich sind. Nicht nur die Menschen in den USA stehen vor einer gewaltigen Herausforderung, sondern wir alle überall auf der Welt. In der gegenwärtigen Lage sind Niederlagen für Trump zugleich Erfolge im Kampf für die Klimarettung. Wir sollten in allen Ländern versuchen, an die Proteste in den USA anzuknüpfen, etwa an den internationalen Aufruf der US-Frauenbewegung, sich ihren Protesten anzuschließen. Dasselbe gilt für den 22. und 29. April, wo in den USA ein Marsch gegen die Wissenschaftsfeindlichkeit der Regierung Trump bzw. Protestaktionen gegen den Klimawandel stattfinden. Natürlich nicht, um das Pariser Abkommen zu unterstützen, sondern um radikale ökosozialistische Forderungen zu propagieren.

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen auf der Welt durch menschliche Einwirkungen sprechen zahlreiche Wissenschaftler schon von einer neuen geologischen Epoche, dem Anthropozän. Was ergibt sich daraus für das Programm und die Strategie der revolutionären Linken?

Dies ist in der Tat eine sehr interessante Diskussion. Die Wissenschaftler sind der Ansicht, dass das Anthropozän nach dem II. Weltkrieg begonnen hat. Und zwar deswegen, weil erst ab da durch Einwirkung der Menschen geologische Veränderungen ausgelöst worden sind, wie der Anstieg des Meeresspiegels, Atommüll, Anhäufung chemischer Moleküle, die es zuvor nicht gab und die sich kaum abbauen etc. Aus geologischer Sicht ist dies nicht zu bezweifeln, da die Datierung auf objektiven Tatsachen beruht. Aber darunter liegen zwei soziale und politische Streitfragen, nämlich über die dieser objektiven Verände-

rung zugrunde liegenden Mechanismen und über die sich daraus ergebenden programmatischen und strategischen Schlussfolgerungen. Beide Punkte hängen miteinander zusammen.

Die Diskussion über die Mechanismen gilt den Gründen, weswegen die Menschheit die Umwelt zerstört. Natürlich ist der Kapitalismus der Hauptverantwortliche für diese Zerstörung: Die ihm inhärente Logik erfordert Wachstum, abstrakte Wertproduktion und Profitmaximierung, was mit ökologischer Nachhaltigkeit nicht vereinbar ist. Der exponentielle Verlauf der Kurven, die die Entwicklung der verschiedenen Facetten der Umweltkrise im Verhältnis zu der Zeit illustrieren, sprechen eine beredte Sprache: All diese Kurven (Emission von Treibhausgas, Schwinden der Ozonschicht, Chemikalienverschmutzung, Belastung der Atmosphäre mit Aerosolen, Artensterben etc.) zeigen einen Wendepunkt nach dem II. Weltkrieg. Der Zusammenhang mit der langen kapitalistischen Expansionswelle ist absolut zwingend. Die Hauptverantwortung des Kapitalismus hierfür zu bestreiten und zu behaupten, das Anthropozän wäre eine Folge der menschlichen Existenz und nicht des Kapitalismus, ist lächerlich.

Aber dies ist nicht die ganze Wahrheit. Denn Umweltzerstörungen gab es auch vor dem Kapitalismus und wurden auch in den nichtkapitalistischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert in massivem Umfang verübt. Es gibt Parallelen zur Unterdrückung der Frau: Diese Unterdrückung existierte schon vor dem Kapitalismus und gab es auch weiterhin im Rahmen des „real existierenden Sozialismus“. Aus beidem ergibt sich dieselbe Schlussfolgerung: Die Abschaffung des Kapitalismus ist eine notwendige Voraussetzung für die Emanzipation der Frau und für ein nichtparasitäres Verhältnis der Menschheit zum Rest der Natur, aber keine ausreichende. Was den Kampf für die Befreiung der Frau angeht, ergibt sich daraus eine zweifache Schlussfolgerung: Die Frauen brauchen eine autonome Bewegung und die Revolutionär*innen müssen in dieser Bewegung eine sozialistische Tendenz aufbauen. Hier enden aber die Parallelen, weil natürlich keine autonome Umweltbewegung in die sozialen Auseinandersetzungen eingreifen kann.

Was folgern wir daraus? Dass es Menschen geben muss, die im Namen der Natur in die sozialen Belange intervenieren müssen! Genau dies wollen die Ökosozialist*innen tun, und zwar mit einer antikapitalistischen Perspektive. Somit ist der Ökosozialismus weit mehr als eine Strategie, um die sozialen und ökologischen Anliegen miteinander zu verbinden. Er ist ein zivilisatorisches Projekt, das darauf

abzielt, ein neues, ökologisches Bewusstsein zu entwickeln, das Verhältnis zur Natur auf einem anderen Niveau zu beleben, eine neue Naturphilosophie zu begründen. Natürlich kann niemand dieses neue Bewusstsein im Voraus inhaltlich vollständig definieren. Die Leitlinien sollten jedoch von Achtung, Fürsorge und Umsicht getragen sein. Bekanntlich haben die Menschen eine enorme Macht, Herrschaft auszuüben. Dies ist Folge unserer Intelligenz. Aber Beherrschen kann zweierlei bedeuten: sich gewalt-sam Eigentum anzueignen oder aber komplizierte Dinge zu verstehen und verrichten zu können. Und in der ersten Bedeutung dieses Wortes müssen wir dringend aufhören, die Natur, deren Teil wir sind, zu beherrschen und sie vielmehr so behandeln, wie es der zweiten Bedeutung des Worts entspricht: Ein guter Schüler eben zu sein, der seine Materie beherrscht. Wir haben viel Zerstörung angerichtet, aber es gibt keinen Grund zu unterstellen, dass wir unsere Intelligenz nicht dazu nutzen können, uns um die Natur zu kümmern und möglichst das wieder herzustellen, was wir zerstört haben. Anders, als es der Evolutionsbiologe Jared Diamond behauptet, haben andere Gesellschaften in der Vergangenheit die Natur sehr für- und vorsorglich behandelt, weil sie ein tiefgehendes Verständnis von ihr hatten.

Kurzum, wir brauchen nicht nur eine soziale, sondern auch eine Kulturrevolution. Wir müssen damit sofort beginnen, indem wir unsere Verhaltensweisen ganz konkret ändern, wobei dies nicht bloß individuell zu verstehen ist. Solche Veränderungen müssen gesellschaftlich gefördert werden, was nur durch konkrete Kämpfe möglich ist. Die indigenen Gesellschaften sind ein Quell der Inspiration. Auch die Kleinbauern werden m. E. aus naheliegenden Gründen eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielen. Ebenso die Frauen, aber nicht, weil sie für ökologische Fragen angeblich „naturgemäß“ empfänglicher sind, sondern wegen ihrer spezifischen Unterdrückung. Einerseits sind die Frauen, weil sie 80 % der landwirtschaftlichen Produktion verrichten, direkt damit konfrontiert, dass die Natur immer mehr leidet. Andererseits obliegt ihnen infolge der patriarchalen Unterdrückung in der Regel die Familienfürsorge, was automatisch ihre Sinne für die Relevanz der drei o. g. Faktoren schärft: Achtung, Fürsorge und Umsicht.

■ Übersetzung: MiWe



Michael Löwy: Ökosozialismus, Demokratie und Planung

Herausgegeben von internationale sozialistische linke (isl) und Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale (RSB), 2010
20 Seiten, 1 €

Bestellungen per Brief, Postkarte, E-Mail oder Anruf
Bestellungen an

ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
Tel. 0221 / 9 23 11 98, iso@intersoz.org

1 Exemplar: 2,50 € (für Porto und Verpackung, Vorkasse)

2 bis 4 Exemplare: 1 € pro Exemplar plus 1,50 € für Porto und Verpackung (Vorkasse)

ab 5 Exemplaren: Zusendung portofrei

Bei Bestellung aller drei lieferbarer Broschüren (Dokumente der ISO-Gründungskonferenz, M. Löwy, Resolution des 16. Weltkongress zur Klimaveränderung): 5 € (Vorkasse)

Preisangaben für Lieferung an Adressen in der BRD; für Bestellungen aus dem Ausland wegen Preisen bitte anfragen

WAS STECKT HINTER DER CO₂-STEUER?

Mit einer CO₂-Steuer, deren Aufkommen als fester Pro-Kopf-Betrag an alle Menschen ausgeschüttet wird, glauben einige, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Ökolog*innen wie Neoliberale sind gleichermaßen begeistert.

■ Daniel Tanuro

Während Trump an seinem hemmungslosen Klimaskeptizismus festhält, machen sich James Baker und sieben weitere prominente Mitglieder der US-Republikaner einen Vorschlag zu eigen, den der bekannte Klimaforscher und Umweltschützer James Hansen entworfen hat: Eine CO₂-Steuer zu erheben, die kontinuierlich zunimmt und komplett an die Bürger*innen in Form einer Einheitsdividende zurückfließt („fee-and-dividend“). Da die Bevölkerung auf eine wachsende Dividende setzt, könnte die Steuer weiter ansteigen und damit auch der ökologische Nutzen. Unternehmen und Privatpersonen würden dadurch motiviert, auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Bekanntlich ist der Weg zur Hölle jedoch mit guten Vorsätzen gepflastert. Den Autoren geht es weder vorrangig um Umweltschutz noch um soziale Gerechtigkeit. Sie benutzen nur die Sorge wegen des Klimawandels und die Unzufriedenheit mit der Austeritätspolitik, um mehrere Probleme des US-Kapitalismus auf einmal anzugehen und ein reaktionäres politisches Konzept mehrheitsfähig zu machen. Dabei gehen sie subtiler vor als Trump, sind inhaltlich jedoch nicht weit von ihm entfernt, besonders was die Zerschlagung der Umweltschutzbehörde EPA anlangt.

Kurzfristig mag dieses Konzept der staatsquotenneutralen Abgaben und Auszahlungen den tumben Ansichten der Klimaskeptiker, die bei den Republikanern das Oberwasser haben, zuwiderlaufen. Aber der Druck auf sie wird zuneh-

men, da das transnationale Großkapital die Umsetzung der auf dem COP21 beschlossenen neoliberalen Klimapolitik für weitgehend alternativlos hält. Daher möchte es – gemäß seiner Logik eines „grünen Kapitalismus“ – einen Preis für die CO₂-Emissionen festgelegt haben und auch wissen, wie der sich entwickelt, um seine Investitionen planen zu können. Der Vorstoß von James Baker, George Shultz und Konsorten nach ihrem Treffen mit Vizepräsident Mike Pence lässt ahnen, welche Bedrohungen da auf uns zu kommen.

Die linken Strömungen, die das Konzept von Hansen unterstützenswert finden, riskieren damit, in eine Falle zu treten. Denn nichts hat sich daran geändert, dass es keine marktkonforme Strategie gibt, mit der der durch die Marktgesetze hervorgerufene Klimawandel bekämpft werden kann, egal ob durch eine CO₂-Steuer oder durch Emissionszertifikate. Die Katastrophe kann nur abgewendet werden, indem man gegen den Kapitalismus und seine Akkumulationslogik vorgeht.

Ein Wermutstropfen in den COP21-Vereinbarungen

Die Verhandlungspartner auf dem Pariser Umweltgipfel 2015 waren mit dem Ergebnis ihrer Arbeit durchaus zufrieden und priesen ihn als erfolgreich, da im Unterschied zu Kopenhagen 2009 ein Abkommen erzielt wurde. Dies konnte man sogar als ambitioniert bezeichnen,

da sich die Regierungen verpflichtet haben, den Temperaturanstieg auf „deutlich unter 2 °C“ zu begrenzen und sich „weiterhin zu bemühen“, nicht die 1,5 °C zu überschreiten. Niemand hatte an einen solchen Durchbruch geglaubt.

Trotzdem gab es einen Wermutstropfen in den Vereinbarungen, den Francois Holland sogleich kenntlich machte: Die Parteien hatten sich nicht auf die Einführung eines Preises für die CO₂-Emissionen geeinigt. Dabei war dies das zentrale Thema der kapitalistischen Klimastrategie, die in der Vorbereitungsphase des Gipfels ausgearbeitet worden war. So hatte der französische Präsident bei seiner Eröffnungsrede des Vorbereitungstreffens mit den Wirtschaftsverbänden (Business&Climate Summit) sechs Monate vor dem Gipfel darauf hingewiesen: „Wenn wir wirklich Signale an die Märkte aussenden wollen, damit die Unternehmen ihre Entscheidungen im Sinne der wirtschaftlichen und zugleich auch ökologischen Optimierung fällen können, müssen wir uns auf einen Preis für die CO₂-Emissionen verständigen, weil dies das greifbarste Signal für alle wirtschaftlichen Akteure ist.“

CO₂-Bepreisung – ein Anliegen des Kapitals

Der Pariser Gipfel sollte mit aller Macht als geschichtsträchtiges Ereignis verkauft werden. Dabei hatten sich die entscheidenden Vertreter aus Politik und Wirtschaft bereits im Dezember 2014 auf dem COP20 in Lima auf die wichtigsten Punkte ihrer Strategie verständigt. Eine Forderung seitens der Wirtschaftsmagnaten war dabei die Bepreisung der CO₂-Emissionen. Um die, in ihren Augen unumgängliche, Internalisierung der Kosten für die Klimaerwärmung bei künftigen Investitionen kalkulieren zu können, dringt das Gros von ihnen auf eine schnellstmögliche verlässliche politische Entscheidung, auch um halbwegs gleiche Bedingungen für alle Konkurrenten herstellen zu können.

Diese Absicht geht eindeutig aus den verschiedenen Verlautbarungen, offenen Briefen und Berichten hervor, die von den Konzernen und Denkfabriken des Kapitals im Vorfeld des COP21 veröffentlicht worden waren. Hierzu einige Beispiele:

■ „Verlässliche Richtpreise für CO₂ müssen erhoben werden, um starke Signale für die gesamte Wirtschaft auszusenden“, lautete die vierte Empfehlung des Berichts „Besseres Wachstum, besseres Klima“, den die Global Commission on the Economy and Climate im September 2014 veröffentlicht hat. Diese sehr einflussreiche Kommission steht unter dem Vorsitz des ehemaligen mexi-

kanischen Präsidenten Felipe Calderón und des Ökonomen Nicholas Stern, der 2006 im Auftrag der britischen Regierung einen Bericht veröffentlichte, in dem er die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels untersuchte.

■ Wenige Monate vor dem COP21 veröffentlichten neun Unternehmensverbände und mehrere hundert Vorstandsvorsitzende von Großkonzernen ihre Vorschläge hinsichtlich eines Klimaabkommens. Dort heißt es: Das Abkommen muss die Grundlagen für die Einführung eines angemessenen, robusten und verlässlichen globalen Systems (in allen wichtigen Industrieländern) zur Verpreisung von CO₂ schaffen, um voran zu kommen und Investitionsentscheidungen in kohlenstoffarme Technologien unter der Maßgabe der Kosteneffizienz herbeizuführen. Dies darf nicht zu einer globalen Wettbewerbsverzerrung führen und muss einhergehen mit einer vorhersehbaren Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe. Außerdem müssen dafür verschiedene Instrumente geschaffen werden, wie Emissionshandelssysteme oder Steuern.“

■ Die Forderung nach einer CO₂-Bepreisung wird nicht nur von Apologeten des „grünen Kapitalismus“ erhoben, sondern auch von konventionellen Energieunternehmen. Im Juni 2015 wandten sich sechs große Ölkonzerne – British Gas Group, BP, Eni, Royal Dutch Shell, Statoil und Total – mit einem offenen Brief an die Vereinten Nationen und die Regierungen: „Dass CO₂ bepreist werden muss, ist zwar in den letzten Jahren Gemeingut geworden, aber wir sind noch weit von einer belastbaren, weltweit gültigen Regelung entfernt. Seit geraumer Zeit drängen die Unternehmen und Investoren bei ihren Regierungen darauf, endlich auf politischer Ebene darauf zu reagieren und verlässliche Richtpreise vorzulegen.“ ExxonMobil war wohl nicht bei den Unterzeichnern, veröffentlichte aber nach Beendigung des COP21 ein Communiqué, in dem es die „grundlegenden Prinzipien“ einer Klimapolitik auflistete und daraus den Schluss zog: „Eine ‚aufkommensneutrale Steuer‘ auf CO₂ ist dafür das beste Mittel“.

Bekanntlich hat der Pariser Gipfel bei weitem nicht die Bedrohung durch den Klimawandel beseitigt, sondern im Wesentlichen nur Absichtserklärungen geliefert, die durch die nationalen Klimaschutzpläne (NDC) nicht gedeckt werden und nach wie vor eine Diskrepanz von ca. 2 °C offenlassen. Diese Diskrepanz zu beseitigen ist die Aufgabe, die der „hochrangige strategische Dialog“ in Zukunft angehen soll. Dies soll unter der Hand bedeuten, dass sich gemäß der neoliberalen Doktrin nichts daran geändert

hat, dass der Energiewandel unter der Federführung der Konzerne konzipiert und vonstattengehen muss und nicht von staatlicher Seite.

Ein Vorstoß aus scheinbar unberufenem Munde

Früher oder später wird es also dahin kommen, dass die CO₂-Emissionen weltweit bepreist werden. Auf welchem Wege, dies wird anhand der in verschiedenen Ländern und Regionen gemachten Erfahrungen diskutiert. Ein Weg wäre, Märkte für handelbare Emissionsrechte ins Leben zu rufen, so wie dies in der EU, in Kalifornien, Québec, im Nordosten der USA und in sechs Regionen in China geschehen ist. Ein anderes Mittel wäre eine CO₂-Steuer zu erheben, wie es seit einigen Jahren in British Columbia getestet wird und anscheinend auf Resonanz stößt, wie unlängst der unerwartete Zuspruch aus prominenter Warte gezeigt hat. Acht hochrangige Vertreter der US-Republikaner, der Partei also des Klimaskeptikers Trump, haben einen konkreten Entwurf für eine CO₂-Steuer vorgelegt, die „aufkommensneutral“ sein, also nicht die Steuerlast erhöhen soll. Sie soll umgehend für die gesamte USA gelten, unabhängig davon, ob weltweit eine Bepreisung der CO₂-Emissionen eingeführt wird. Dabei überrascht auf den ersten Blick am meisten, dass dieser Vorschlag das Konzept des bekannten Klimaforschers James Hansen aufgreift, wonach eine jährliche steigende Steuer erhoben werden soll, deren Aufkommen in vollem Umfang und zu gleichen Teilen an die einzelnen Bürger*innen zurückfließen soll.

Dabei handelt es sich um wahrhaft hochrangige Vertreter der Konservativen, nämlich James Baker III (ehemaliger Staatssekretär unter Bush), Henry Paulson (ehemaliger Finanzminister unter Bush und davor Vorstandschef bei Goldman Sachs), Martin Feldstein (oberster Wirtschaftsberater von Präsident Reagan), George Shultz (ehemaliger Staatssekretär unter Reagan und Arbeits- und Finanzminister unter Nixon) und Rob Walton (ehemaliger Chef von Walmart) sowie drei weitere, hierzulande weniger bekannte Herren. Ihr Vorschlag füllt unter dem Titel „The Conservative Case for Carbon Dividends“⁴¹ gerade mal acht Seiten und entspringt dem Think tank „Climate Leadership Council“ (CLC), dessen Zielsetzung darin besteht, „die Meinungsführer der Welt für die effektivsten, beliebtesten und fairesten Lösungen der Klimafrage einzunehmen“.

Der Plan umfasst vier Eckpunkte:

1 Es wird eine CO₂-Steuer von 40 Dollar pro Tonne dort erhoben, wo fossile Brennstoffe in die US-Wirtschaft ein-

geschleust werden (Bergwerk, Förderschacht oder Häfen); ihre Höhe wird alle fünf Jahre neu bemessen.

2 Es handelt sich um eine „aufkommensneutrale“ Steuer, die komplett an die US-Bürger rückvergütet wird, u. zw. in Form einer vierteljährlichen Pro-Kopf-Dividende, die für Alle (einschließlich Kinder) gleich und steuerfrei ist. Bei einer Steuer von 40 Dollar pro Tonne läge die durchschnittliche jährliche Dividende für eine vierköpfige Familie bei 2000 Dollar.

3 Um eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie zu vermeiden, findet an den Zollgrenzen ein Ausgleich statt, nämlich eine Vergütung für US-Exporteure im Ausmaß der in ihren Produkten enthaltenen CO₂-Steuer, sofern sie in Länder exportieren, in denen es keine entsprechende CO₂-Steuer gibt. In analoger Weise würde die CO₂-Steuer auch auf Importe aus diesen Ländern erhoben werden. Die damit erzielten Einnahmen würden die an die Haushalte verteilten Mittel noch aufstocken. Durch dieses Steuerungsinstrument erübrigt sich ein internationales Abkommen über eine weltweite CO₂-Bepreisung als Vorbedingung, erhöht jedoch zugleich den Druck zu ihrer Einführung.

4 Die derzeit geltenden Regulierungen „werden durch die progressive Besteuerung von CO₂ überflüssig“ und daher abgeschafft. So „würde das Gros der Kompetenzen der US-Umweltschutzbehörde EPA zur Regulierung der CO₂-Emissionen gestrichen und der Clean Power Plan (den Obama als nationalen Beitrag der USA im Rahmen der Klimaschutzziele des COP21 beschlossen hat) komplett abgeschafft werden“. Gleichwohl findet sich folgende Präzisierung: „Um einen parteiübergreifenden Konsens für eine solche Dereglementierung zu erzielen, müsste der Eingangsteuersatz so festgelegt werden, dass die daraus folgenden Abgasreduktionen über den durch die geltenden Vorschriften erzielten Werte liegen“.

Das Ei des Kolumbus

Dabei sticht ein Paradoxon ins Auge: Obwohl dieser Plan vorgeblich den Klimawandel bekämpfen soll, schweigt er sich über die dadurch erzielbare Emissionsminderung aus und erst recht über deren Umfang. In der Tat werden die Autoren weder von ökologischen noch sozialen Überlegungen umgetrieben, sondern vielmehr von politischen, wirtschaftlichen, ideologischen, geostrategischen und parteipolitischen. Sie machen sich die Angst vor dem Klimawandel und zugleich den Zorn über die Sparpolitik zunutze, um mit einem Schlag mehrere Probleme des US-Kapitalismus anzugehen und eine mehrheitsfähige reaktionäre Politik

durchzusetzen. Dabei gehen sie subtiler vor als Trump, zugleich aber gibt es große Übereinstimmungen, gerade was Protektionismus und die Demontage der EPA anbelangt.

In politischer Hinsicht verweisen die Autoren darauf, dass die durch „den technologischen Fortschritt und die Globalisierung hervorgerufene wirtschaftliche Verunsicherung“ zu wachsendem Populismus führt, der „die gemein-

In ideologischer Hinsicht hofieren James Baker und Konsorten den Konservatismus, indem sie die Vorzüge ihres Plans preisen, um „die Regierung zu straffen“: Durch den Wegfall zahlreicher Regulierungen auf dem Energiesektor wird der Staatsapparat verkleinert und dadurch werden personelle und finanzielle Ressourcen freigesetzt. Der Schlüssel dazu ist, dass durch die fortlaufende Erhöhung der Steuer

“ Obendrein würde die CO₂-Bepreisung „der heimischen Atomenergie Auftrieb verschaffen, was wiederum die Klimastabilität erhöht und die energiepolitische Unabhängigkeit der USA.“

samen politischen Grundfesten hinsichtlich der Liberalisierung von Handel und Investitionen bedroht“. Diese Bedrohung „ist nicht leicht zu erwidern“, die CO₂-Dividende bildet jedoch „eine seltene Ausnahme: eine simple Methode, die einerseits die Wirtschaft stärkt und andererseits die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbessert“. Ein Mittel also, um „die populistische Dynamik wieder in eine gesellschaftlich sinnvolle [sprich: neoliberale] Richtung zu lenken“. Dem „liegt eine populistische Argumentation zugrunde, nämlich: Wir, das Volk, verdienen einen Ausgleich, wenn andere mutwillig das Klima gefährden, indem sie Abgase in die uns allen gemeinsame Atmosphäre emittieren“.

In wirtschaftlicher Hinsicht greift der Plan die klassischen Argumente des grünen Kapitalismus auf: Die Bepreisung von CO₂ wird zu technologischen Neuerungen führen und Raum für enorme Investitionen schaffen, dass „in großem Umfang eine neue Infrastruktur im Energie- und Verkehrssektor geschaffen werden muss“. Damit erhalten die Unternehmen, gerade des Energiesektors, verlässliche Plandaten für künftige Investitionen.

Zusätzlich stellen die Autoren zwei Überlegungen an. Erstens „könnten die Konzerne flexibler ihre Abgase unter dem Gesichtspunkt der Kosten-Nutzen-Effizienz senken, da zahlreiche Regulierungen entfallen“, und zweitens „werden die Investoren dadurch, dass sie von einer stetigen leichten Steigerung der Steuer ausgehen können, dazu angehalten, ihre Infrastruktur und Produktionsanlagen, besonders wenn sie langlebig sind, zügig anpassen, was die Konjunktur weiter antreibt“. Da dasselbe auch für die Privathaushalte gilt, wirkt sich dies positiv „auf Konsum und Investitionen“ aus und die Verbraucher werden ihr Konsumverhalten ändern.

„das Argument entfallen wird, die Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahren immer strenger regulieren zu müssen“.

Tatsächlich wollen die Autoren, genauso wie Trump, die Reglementierungskompetenzen der EPA unterminieren, aber sie betreiben dies hintenrum und im Namen des Umweltschutzes. Für sie ist es „essentiell“, dass die Steuereinnahmen vollumfänglich in Form von Dividenden verteilt werden, „denn Nachhaltigkeit, Akzeptanz und Transparenz des Plans hängen davon ab. Wenn die Einnahmen aus der CO₂-Steuer anderweitig verwendet würden (etwa für Investitionen in erneuerbare Energien, AdR), wäre der Rückhalt in der Bevölkerung für eine allmählich steigende CO₂-Steuer gefährdet und damit auch unsere Argumentation gegenüber (sinnlosen, AdR) langfristigen Emissionsbeschränkungen“.

In geostrategischer Hinsicht erklären die Autoren, „eine instabile Welt stabilisieren“ zu wollen. Ihr Vorhaben berücksichtigt einerseits den Überdross der US-Bevölkerung an Kriegseinsätzen im Ausland und andererseits die Entschlossenheit des US-Imperialismus, seine imperialistische Führungsrolle zu behalten und auszubauen. „Die Welt zu stabilisieren“, das bedeutet für Baker & Co., die USA „energiepolitisch unabhängig“ zu machen und somit „den Druck zu mindern, politisch verwundbare Ölförderregionen zu schützen oder beeinflussen zu wollen“. Umgekehrt würde dadurch die nationale Sicherheit gestärkt. Obendrein würde die CO₂-Bepreisung „der heimischen Atomenergie Auftrieb verschaffen, was wiederum die Klimastabilität erhöht und die energiepolitische Unabhängigkeit der USA“.

Parteipolitisch geht es darum, „die konservative Hegemonie zu stärken“. „64 % der US-Amerikaner sorgen sich

wegen des Klimawandels und eine eindeutige Mehrheit der Republikaner glaubt, dass dieser Wandel stattfindet“. Außerdem sind 67 % der US-Bürger, darunter 54 % der konservativen Republikaner für eine Steuer, die komplett als Dividende an die Bürger zurückfließt. Man kann darüber streiten, wie groß der Einfluss der Menschheit auf die Erderwärmung ist, aber letztere ist „eine Tatsache, die viel zu rasch voranschreitet, als dass sie ignoriert werden könnte“ und „die Risiken sind zu hoch und müssen ausgeschaltet werden“. Nach Ansicht der Autoren „offenbart die Weigerung vieler Republikaner, darauf ernsthaft einzugehen, eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Armut, die dem traditionellen Führungsanspruch der Grand Old Party widerspricht“. In der Bevölkerung sind die unter 35-jährigen, die Hispanics und die asiatischstämmigen Bewohner, also der am schnellsten wachsende Bevölkerungsteil, diejenigen, die sich am stärksten am den Klimawandel sorgen. Eine Realität, die „die GOP zu ihrem eigenen Schaden ignoriert“.

Die strategische Schlussfolgerung wird klar benannt: „Es ziemt sich für die GOP, auf diesem Weg die Führungsrolle zu übernehmen, anstatt daneben zu stehen. Die Republikaner haben heute die seltene Gelegenheit, die langfristigen Modalitäten für eine marktbasiertere Lösung des Klimaproblems zu bestimmen, die von beiden Seiten – der Industrie und der Bevölkerung – getragen wird. Auch bietet sich hier eine Gelegenheit, die Stärke unserer konservativen Werte zu demonstrieren, indem wir eine effizientere, fairere und beliebtere Klimapolitik bieten, die auf der freien Marktwirtschaft, auf weniger Staat und auf Dividenden für alle US-Amerikaner basiert.“

Der Coup scheint geschickt konzipiert und wohlüberlegt – ein wenig wie das Ei des Kolumbus. Wie es in einer Kolumne von drei der Autoren in der *New York Times* heißt: Die vier Eckpfeiler des Plans „animieren zu neuen Koalitionen. Den Umweltschützern dürfte gefallen, dass die lange Zeit hinaus geschobene CO₂-Bepreisung verbindlich wird. Den Verfechtern des Wirtschaftswachstums dürften die Kombination von weniger Regulierung und mehr politischer Stabilität gefallen, was langfristige Investitionen, besonders in saubere Technologien, befördert. Die Libertären dürften sich über den Anstoß zur Eigeninitiative anstelle staatlicher Intervention freuen und die Populisten über den Umverteilungsaspekt.“

Der Applaus unter den grün gefärbten Neoliberalen ...

In einem Editorial der *Financial Times* wurde der Vorschlag sehr positiv aufgenommen und als konform mit den

neoliberalen Dogmen geadelt: „Es ist nicht per se ein staatlicher Eingriff, wenn ein Preis korrigiert wird, um die tatsächlichen Produktionskosten abzubilden – in vorliegendem Fall die Umweltkosten der CO₂-Emissionen – ohne dabei tiefer in das Marktgeschehen einzugreifen.“ Sufficient geht es dann weiter: „Diesen Grundsatz zu akzeptieren, könnte den USA dazu verhelfen, auf den Klimawandel mit einer intelligenten Wirtschaftspolitik zu reagieren, statt mit bloßer Ideologie“. Gut getroffen! Zugleich legt das Londoner Börsenblatt einige Probleme in der praktischen Umsetzung, besonders bei der Besteuerung an den Zollgrenzen, bloß und formuliert sogar stichhaltige Einwände aus ökologischer Warte.

In den USA sind einige der potentiellen Bündnispartner, die Baker & Co im Sinn hatten, tatsächlich umgehend auf diesen Zug aufgesprungen. So zeigte die Reaktion des Demokraten Lawrence Summers, dass damit zu Recht ein parteiübergreifender Konsens angestrebt werden sollte. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Ex-Finanzminister unter Clinton und Ex-Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats unter Obama gab auf seinem Blog bekannt, dass er „den Plan einer CO₂-Steuer als substantielle Antwort auf den Klimawandel energisch unterstützt. Auch der Vorschlag, die Steuer mit einer Ausschüttung an die Verbraucher zu kombinieren und die administrativen Kontrollmechanismen (zugunsten marktwirtschaftlicher Steuerungselemente, AdR) zurückzufahren und einen Ausgleichsmechanismus an den Zollgrenzen einzuführen, ist sinnvoll“. Besonders, dass nicht mehr Klimaschutzziele als Korrektiv vorgegeben werden sollen, sondern ein Anreiz durch die Preise geschaffen werden soll, findet Summers' vollstes Einverständnis: „Manche meiner Freunde werden damit nicht rundum einverstanden sein, aber ich halte es für einen Fortschritt, dass das Prinzip, durch Vorschrift und Kontrolle eine verbindliche Regelung herbeizuführen, durch eine Steuer ersetzt wird. Damit wird mehr Sicherheit geschaffen, was wiederum das Investitionsklima befördert.“

Damit steht Summers nicht allein. Der Vorschlag des CLC wurde unter dem rechten Flügel der Umweltschutzbewegung positiv aufgenommen. Naomi Klein hat in ihrem Buch über den Klimawandel (*Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima*) aufgezeigt, dass dieser rechte Flügel unter den Grünen für einen grünen Kapitalismus oder gar für den Kapitalismus schlechthin steht. Ein genuiner Vertreter dieser Strömung ist Mark R. Tercek, ehemals leitender Manager bei Goldman Sachs, der gegenwärtig die Naturschutzorganisation The Nature Conservancy (TNC)

leitet. Dieser über eine Million Mitglieder starke Verband verwaltet viele Tausend quadratkilometergroße Naturschutzgebiete auf der ganzen Welt. Sein Vermögen wird auf über fünf Milliarden Dollar geschätzt und im Verwaltungsrat sitzen auch Vertreter von Ölkonzernen, was so weit geht, dass in diesen Naturschutzgebieten sogar Erdöl gefördert wurde. Gemeinsam mit Jonathan S. Adams hat Tercek das Buch *Nature's Fortune. How Business and Society Thrive By Investing in Nature* verfasst, in dem argumentiert wird, dass die Natur bewahrt werden muss, weil sie eine enorme Profitquelle darstellt. Umweltschutz bedeutet für die beiden Autoren nicht mehr und nicht weniger als ein attraktives Geschäft für Investoren. Diese Strategie beinhaltet natürlich auch, dass alles einen Preis haben muss und besonders das Kohlendioxid. Insofern überrascht es nicht, wenn Tercek schreibt: „Wir sollten alle den Vorschlag des CLC begrüßen. Und jetzt, wo unsere republikanischen Freunde aus der Deckung kommen, hoffe ich, dass die Demokraten und die Umweltschützer ihnen bereitwillig entgegen kommen und ein parteiübergreifender Dialog über diesen Vorschlag zur Einführung einer CO₂-Dividende zustande kommt.“

... kann die Klimaskeptiker unter den Republikanern nicht überzeugen

Zum Leidwesen von Baker & Co findet ihr Vorschlag im eigenen Lager kein Gehör. Wie negativ die GOP darauf reagiert, wird am Beispiel von Rupert Darwall deutlich, einem Historiker und Trump-Anhänger sowie Mitglied des ultrakonservativen Thinktanks Center for Policy Studies. Darwall hat ein Werk verbrochen: *The Age of Global Warming: a History* (Quartet Books, 2013), in dem aufs Trefflichste demonstriert wird, wie und warum der Klimaskeptizismus integraler Bestandteil dieser reaktionären (sexistischen, populistischen, rassistischen, kreationistischen etc.) Geisteshaltung ist, der die Republikanische Partei beherrscht.

Die Autoren des Conservative Case for Carbon Dividend wissen, dass ihnen dort der Wind entgegen weht und versuchen, dagegen zu halten, indem sie sagen, dass die Ursache für die Erwärmung wenig zur Sache täte, wesentlich sei die drohende Gefahr und die Verpflichtung, dagegen etwas zu unternehmen. Aber genau hier liegt der Schwachpunkt ihrer Argumentation, nämlich warum sollten die Emissionen durch die Menschen reduziert werden, wenn sie gar nicht den Hauptgrund für den Klimawandel bilden? Dies sieht auch Darwall: „Kein vernünftiger

Mensch käme auf den Gedanken, das CO₂ zu besteuern, wenn es als ungefährlich und lebenswichtig gilt, was zweifellos der Fall ist.“ Den Plan von Baker & Co findet Darwall Firlanz und bloßen Rückfall in „die Klimahysterie der Eliten“. Und da sich Trumps Sieg auch der Ablehnung dieser Hysterie verdankt, darf man nicht locker lassen auf dem Weg, „die USA wieder stark zu machen“, und sich dabei durch niemanden beeindrucken lassen.

Diese absurde Haltung rührt notabene nicht einfach daher, dass Darwall und Konsorten mit den alten Energiekonzernen unter einer Decke stecken. Vielmehr erliegen sie einer Verschwörungstheorie, die sie blind für jede Logik macht, einschließlich der imperialistischen Logik, die besagt, dass der Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen China die Führungsrolle bei der Energiewende und somit über die ganze Welt überlässt. Für Leute wie Darwall ist „die Klimahysterie“ letztlich von der Konkurrenz künstlich erzeugt worden, die die USA daran hindern will, von ihren riesigen fossilen Energiereserven zu profitieren, um dem Land „seine Größe“ zu nehmen. Soll China doch bei Windkraft und Solarenergie führend werden! Umso besser, weil dies die chinesischen Exporte verteuert, während billige Kohle, Schiefergas und Teersand die US-Wirtschaft noch wettbewerbsfähig machen.

In einem Beitrag verweist Darwall auf das Beispiel von George W. Bush, der bei Beginn seines zweiten Mandats durchaus gegen das Kyoto-Abkommen gewesen wäre und sich dann leider auf dem G8-Gipfel von Gleneagles 2005 von Tony Blair hätte einwickeln lassen, was wiederum wegbereitend für Obamas Klimapolitik und dessen Kumpanei mit den Chinesen gewesen sei.² Trump müsse daraus die Lehren ziehen und „standhaft bleiben gegenüber der Welt“. Man könnte darüber lachen, wenn's nicht zum Heulen wäre!

Angesichts solcher Dummlichkeit scheint der Plan von Baker und Konsorten die Interessen der herrschenden Klasse nahezu vorbildlich widerzuspiegeln. Warum aber findet er dann kein Gehör? Weil die „herrschende Klasse“ eine Abstraktion ist: Der Kapitalismus existiert nur in Form konkurrierender Kapitalien und die Klasse der Kapitalisten besteht aus Rivalen. Ihre politische Vertretung wiederum delegiert sie an Leute, die möglicherweise anderen sozialen Schichten entstammen, wie Thatcher, deren Vater Krämer war. Da der Aufstieg dieser Leute an die Macht über das allgemeine Wahlrecht läuft und somit von ihrem Geschick, Unterstützung außerhalb der Kapitalistenklasse zu erhalten, versteht man, dass es eine zweifache relative Autonomie gibt: einerseits zwischen politischer und wirtschaftlicher

Ebene, andererseits zwischen den Individuen und der politischen Ebene. Damit hat der Zufall viel Platz, ebenso die Vernunftwidrigkeit, zumal in Zeiten der Krise.

Trumps Aufstieg ist zugleich Ausdruck dieser Krise und dieser Vernunftwidrigkeit. Es ist nicht auszuschließen, dass die aufkommensneutrale CO₂-Steuer in irgendeiner Form von der US-Regierung auf den Weg gebracht wird. Einerseits entspricht dies den Vorstellungen des Großkapitals, und bspw. der Außenminister Rex Tillerson war dafür, als er Chef von ExxonMobil war. Andererseits ist die öffentliche Meinung in den USA über den Klimawandel so beschaffen³, dass ein skrupel- und prinzipienloser populistischer Politiker wie Trump letztlich versucht sein könnte, den Vorschlag von Baker & Co aufzugreifen, um einen politischen „Coup“ zu landen. Die ultrakonservativen Klimaskeptiker werden freilich dagegen halten und auch in der Lage sein, dafür beträchtliche Gegenleistungen einzufordern.

Wie dem auch sei, anhand des Vorschlags des CLC sollte sich die Linke damit befassen, wie eine CO₂-Besteuerung zu bewerten ist, die stetig angehoben wird und deren Aufkommen gleichmäßig auf alle Bewohner*innen als Dividende zurückfließt.

Wie erwähnt, kommt James Baker und Konsorten nicht das Urheberrecht an dieser Idee zu, die vielmehr erstmals von dem bekannten US-Klimaforscher James Hansen aufgeworfen wurde. Der ehemalige Direktor des Goddard Institute for Space Studies der NASA und Professor an der Columbia University ist seit seiner Pensionierung als Klimaaktivist tätig, wobei er bekanntlich sehr frühzeitig, nämlich 1988 anlässlich eines Auftritts vor einer Kommission des US-Senats, vor der Klimaerwärmung eindringlich gewarnt hat. Er ist ein herausragender Wissenschaftler und steht als Humanist zu seinen Überzeugungen. Bereits mehrfach wurde er festgenommen, weil er sich an Aktionen gegen Kohlekraftwerke und die Pipeline Keystone XL beteiligt hat. Diese beeindruckende Persönlichkeit erklärt auch zum Teil, weswegen sein Vorschlag bei manchen Linken und Umweltschützer*innen so populär ist.

Bei seinem zweiten Auftritt vor dem Kongress 2009 legte der Klimaforscher seinen Vorschlag einer „fee-and-dividend“ auf CO₂ dar. Der Ausgangspunkt seiner Überlegung dürfte bei der Linken auf Gegenliebe stoßen: Hansen geht zurecht davon aus, dass eine Klimapolitik nur Erfolg haben kann, wenn sie von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird und insofern gewissermaßen auf ihren Überdruß an der Sparpolitik eingeht. Hansens Vorschlag soll diesen Bedenken Rechnung tragen. Eine Erklärung

dafür liefert er in seinem Buch *Storms of My Grandchildren. The Truth About the Coming Climate Catastrophe and Our Last Chance to Save Humanity* (Bloomsbury, 2009): „Die Geringverdiener werden davon profitieren, indem sie ihre CO₂-Emissionen kontrollieren. Mehrfache Hausbesitzer hingen oder Leute, die viel um die Welt fliegen, werden stärker zur Kasse gebeten, als sie über die Dividende zurückerhalten. ... Wenn die Steueraufkommen zu hundert Prozent an die Bevölkerung zurückfließen, wird diese akzeptieren, dass die Steuer entsprechend ansteigt, was bei dem relativ ineffizienten System des Handels mit Emissionsrechten oder einer bloßen CO₂-Steuer nicht der Fall ist.“

J. Hansen ist sich dessen bewusst, dass das Energieversorgungssystem geändert werden muss und dass sich diese Wende über mehrere Jahrzehnte erstrecken wird. Angesichts der Dringlichkeit wäre die „fee-and-dividend“ das einzige Mittel, mit dem die kurzfristig zwingend erforderlichen Emissionsminderungen tatsächlich erzielbar wären, um ein unkontrollierbares Umkippen des Klimas zu verhindern. Diese Methode stellt in seinen Augen den zentralen Hebel für eine volksnahe Politik dar, die zu Energieeinsparungen führen und die Ausbeutung unkonventioneller fossiler Ressourcen und den Betrieb von Kohlekraftwerken ohne CO₂-Abscheidung beenden sowie Bodenflächen vorsehen würde, wo zunehmend Kohlendioxid gespeichert werden könnte. Nicht zu vergessen, dass AKW der „vierten Generation“ entwickelt werden müssten!

Vom Ökomarxismus zur CO₂-Steuer

Bei Teilen der Linken verfiel diese Argumentation. John Bellamy Foster etwa, ein bekannter Autor von Werken über den Ökomarxismus⁴, veröffentlichte in *Monthly Review* einen langen Artikel zur Unterstützung von Hansens Vorschlag.⁵ Wohl äußert Foster auch Vorbehalte: „Grundsätzlich geht Hansens Strategie, der Klimakrise zu entkommen, trotz all ihrer starken Seiten nicht weit genug. Auch wenn sie fortschrittliche Züge aufweist, handelt es sich um eine von oben herab entworfene Strategie, um eine CO₂-Steuer in der Hoffnung einzuführen, dass dadurch die Unternehmen die fälligen technologischen Neuerungen durchführen werden.“ Sie liefert keine Antwort auf „die Systemfrage und den Zwang zur Akkumulation, der den Kapitalismus antreibt“. Foster hält also daran fest, dass eine „wirkliche Lösung einen radikalen Wandel der sozialen Prioritäten erfordert“, „eine viel weitergehende soziale Transformation, die nur durch demokratische Massenmobilisierungen hervorgerufen werden kann, mithin also eine revolutionäre Transformation“.

Einstweilen jedoch lobt Foster nachdrücklich die „fee-and-dividend“, weil sie „der einzige umsetzbare Ansatz“ ist und zudem einen Klassencharakter zeigt: „Hansens Herangehensweise an den Klimawandel ist deswegen so bedeutsam, weil ... sie in erster Linie seiner Klassenanalyse, seinem populistischen Gespür, seinem Internationalismus und seinem gnadenlosen Realismus entspringt. Dies hat ihn dazu bewogen, die „fee-and-dividend“ als die einzig realistische Vorgehensweise zu unterstützen, mit der die CO₂-Emissionen rasch gesenkt werden können. Ohne

für die Umweltzerstörung bloß einen Marktpreis erhalten müssen, um die Unternehmer zum Umdenken bei ihren Investitionen und die Konsumenten zum Umschwenken bei ihren Gewohnheiten zu veranlassen.

Von wegen antikapitalistische Dynamik ...

Um diesen Widerspruch aufzulösen, behauptet Foster, dass Hansens Plan „objektiv revolutionär“ sei und eine anti-kapitalistische Dynamik entfachen würde, die „für jede langfristige Strategie zur Stabilisierung des Klimas und der

“ Denn Hansens Vorschlag ist im Grunde nichts anderes als seine populistische Variante der neoliberalen Doktrin, wonach die der Marktwirtschaft geschuldete Zerstörung der Umwelt bekämpft werden kann, ohne erstens die Akkumulation infrage zu stellen ...“

einen viel höheren Preis für das CO₂, der seine realen Kosten (auch in Bezug auf die Umwelt) widerspiegelt, gibt es angesichts der herrschenden sozioökonomischen Verhältnisse keine Hoffnung, die Katastrophe zu vermeiden.“

Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Einerseits vertritt Foster einen revolutionären Ansatz, der mit seiner marxistischen Analyse übereinstimmt, wonach die Klimaerwärmung Folge der kapitalistischen Akkumulation ist. Insofern verwirft er auch jede „Etappenstrategie“: „Eine schrittweise Lösung kann es nicht geben, dazu bleibt zu wenig Zeit“ schreibt er abschließend in dem Artikel. Andererseits betrachtet er Hansens Plan als einen unerlässlichen Zwischenschritt, „als den ersten entscheidenden Schritt, der getan werden muss, um den irreversiblen Klimawandel zu verhindern, ... als einen wohlüberlegten Versuch, das Maximum dessen herauszuholen, was das kapitalistische Regime vernünftigerweise hinnehmen könnte“. Der Widerspruch liegt auf der Hand.

Denn Hansens Vorschlag ist im Grunde nichts anderes als seine populistische Variante der neoliberalen Doktrin, wonach die der Marktwirtschaft geschuldete Zerstörung der Umwelt bekämpft werden kann, ohne erstens die Akkumulation infrage zu stellen, ohne zweitens verbindliche Zielvorgaben zur Schadstoffreduzierung festzulegen, ohne drittens das Alltagshandeln der Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen, dass neue kulturelle Normen entstehen, und indem viertens die ausschlaggebenden Mechanismen

Umwelt“ unerlässlich sei. „Was bei Hansens Plan objektiv revolutionär ist, ist dass er sowohl der Dringlichkeit als auch der Krise Rechnung trägt und dem monopolistischen Finanzkapital im Herzen des Systems einfach vermittelt werden kann. Sein großes Potential liegt darin, dass sich seine Folgen in allen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft niederschlagen würden. Im Alltag würde klarer denn je, dass der ökologische Fußabdruck der fossilen Energie und die zunehmende Zerstörung des Planeten Ausdruck der Klassengesellschaft sind“.

Foster beruft sich dabei sogar auf das *Manifest der Kommunistischen Partei* von Marx und Engels: Dank der „fee-and-dividend“ würde deutlich, dass die erforderlichen radikalen Änderungen in der gesamten Produktions-, Distributions- und Konsumtionssphäre nur umgesetzt werden könnten „durch einen gewaltsamen Eingriff in das Eigentumsrecht und in die bürgerliche Kontrolle über die Produktion, Maßnahmen also, die – wirtschaftlich gesehen – unzureichend und nicht nachhaltig sind, die aber durch die Bewegung überrollt würden und unabdingbare Vorbedingung sind, um die Produktionsverhältnisse als solche umzuwälzen“.

Dass Hansen mit seinem Plan auf eine antikapitalistische Dynamik setzt, wird damit begründet, dass ggf. an alle Haushalte der USA jährlich 2000 Dollar fließen und diese Forderung einen „Klassencharakter“ hätte. Daran zweifeln lässt freilich, wie umstandslos dieser Vorschlag

von den genannten acht Vertretern der republikanischen Parteiprominenz aufgegriffen wurde.

Aber lassen wir mal die schönen Worte beiseite! Was ist eine Forderung mit Klassencharakter? Eine die unter den Ausgebeuteten das Verständnis dafür weckt, dass die Gesellschaft in antagonistische Klassen geteilt ist, deren Zugehörigkeit durch die Position in den Produktions- und Eigentumsverhältnissen bestimmt wird. In der kapitalistischen Produktionsweise, die beständig die soziale Ungleichheit erzeugt und reproduziert, enthüllt die bloße Tatsache, an alle Bürger*innen eine identische Summe Geldes zu verteilen, keineswegs das Bestehen der Klassen, sondern verschleiert dies vielmehr. Davon abgesehen steckt hinter dem Vorschlag keine Robin-Hood-Mentalität, denn die Steuer trifft alle, da die Unternehmen sie wenigstens teilweise auf die Endverbraucher umlegen.

Wohl hat die Pro-Kopf-Dividende einen gewissen Umverteilungseffekt, aber das reicht nicht aus, um von einem „Klassencharakter“ zu sprechen. Die ideologische Urhebererschaft für diesen Vorschlag muss man auch nicht beim Marxismus suchen, sondern bei der sog. „Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls, von der die Anhänger der „universellen Allokation“ (Zuordnung und Verteilung der Güter an Alle) beeinflusst sind. Die Ähnlichkeit ist auch kein Zufall, denn die „fee-and-dividend“ ist letztlich eine „grüne“ universelle Allokation, die über eine CO₂-Steuer finanziert wird.⁶

Ein alternativer Plan?

Für Foster und seine Epigonen (namentlich Ian Angus, der Betreiber der ausgezeichneten Plattform *Climate and Capitalism* und Alan Thornett, führendes Mitglied von Socialist Resistance) rechtfertigt die extreme Dringlichkeit, die Klimaerwärmung zu bekämpfen, die Unterstützung für Hansens Vorschlag, weil er unter den obwaltenden Bedingungen der einzig wirksame und umsetzbare ist oder – wie Foster schreibt – das „Maximum, was das kapitalistische Regime vernünftigerweise hinnehmen könnte“.

Alan Thornett geht noch weiter: „Es ließe sich aufzählen, was getan werden müsste. Wir brauchen einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, einen Bruch mit dem Produktivismus, ein umfassendes Energiesparprogramm, eine ganzheitliche Verkehrspolitik mit umfassendem Verzicht auf das Auto, eine Regionalisierung der Nahrungsmittel- und sonstigen Produktion, wo immer möglich, eine Agrarreform, Einsparungen im Wasserverbrauch, Ernährungssouveränität, eine drastische Einschränkung des Fleischkonsums, Schutzmaßnahmen

für bedrohte Arten und Lebensräume etc.pp. Das Problem jedoch liegt darin, eine Akzeptanz für diese Maßnahmen unter der Bevölkerung und ihre rechtzeitige Umsetzung zu schaffen. ... Um es direkt zu sagen, das Problem bei all dem ist, dass wir ganz offensichtlich nicht kurz vor einer Weltrevolution stehen und wenn sie denn mal kommt, es zu spät sein könnte, um noch viel zu reißen.“⁷

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist in der Tat äußerst schwerwiegend, aber es stimmt nicht, dass die „fee-and-dividend“ „unter den obwaltenden Bedingungen die einzig umsetzbare Lösung“ wäre, noch dass alle anderen Vorschläge den Sieg der „Weltrevolution“ zur Voraussetzung hätten. So könnten bspw. ein Regierungsprogramm aufgelegt werden, wonach die bestehenden Gebäude – angefangen bei den öffentlichen und halböffentlichen – renoviert und isoliert werden, ohne dass damit das kapitalistische System ins Wanken geriete; oder es gibt bereits Städte, in denen der ÖPNV kostenlos ist; oder Bürgerinitiativen bieten Nahrungsmittel aus ökologischem und regionalem Anbau an; oder Kleinbauern- und Landarbeitergewerkschaften, die Via Campesina angehören, leisten konkrete Beiträge zur Ernährungssouveränität und zu einer Anbauweise, die CO₂ bindet; oder indigene Völker engagieren sich bei der Verteidigung der Wälder und anderer Naturschätze auf ihren Territorien; oder Teile der Gewerkschaftsbewegung setzen sich für eine „Energiedemokratie“ ein, in der der Energiesektor vergesellschaftet und die Belegschaften umweltschädlicher Unternehmen umgeschult werden; oder Hunderttausende allen Alters protestieren gegen Kohlekraftwerke etc.

Der Unterschied zwischen diesen Forderungen und der „fee-and-dividend“ liegt nicht darin, dass jene im Unterschied zu dieser nicht unmittelbar umzusetzen wären. Vielmehr liegt er darin, dass jene eine Strategie voraussetzen, in der die Kämpfe und Protestformen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Hinblick auf eine ökosozialistische Alternative zusammengeführt werden, während die zweite Variante um einen parteiübergreifenden (d. h. Republikaner und Demokraten) politischen Konsens bemüht ist und dafür eine gesetzliche Regelung herbeiführen will, die angeblich allen Seiten Genüge tut: der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Umwelt, ganz wie es die neoliberale Doktrin der „nachhaltigen Entwicklung“ vorsieht.

Dieser Polarisierung liegt offensichtlich eine kürzlich in Seattle (Bundesstaat Washington) gemachte Erfahrung zugrunde. Die dortige Klimabewegung war dabei, ein Bündnis zwischen Gewerkschaften, Farbigengemeinden, Frauenorganisationen, indigenen Völkern und anderen

unterdrückten Gruppen zu schmieden. Eine Strömung darunter vertrat die Ansicht, dass angesichts der Dringlichkeit der Klimafrage ein politisches Abkommen zwischen Demokraten und Republikanern notwendig sei, was lediglich entlang einer CO₂-Steuer erzielbar wäre. Also hat diese Strömung einen Vorschlag ausgearbeitet, der dann der Bevölkerung des Bundesstaates zum Volksentscheid vorgelegt [und mit 58 % abgelehnt] wurde. Der dortige

Dabei liegt das Problem gar nicht in der Finanzierung. Es geht vielmehr auch darum, die verschiedenen Lösungsansätze zu einer gemeinsamen Strategie und Programmatik zusammenzufassen und eine gemeinsame Praxis zu entwickeln, die auch zu einem Kulturwandel führen. Dies ist ein wesentlicher Punkt: Wie kann ein sozial gerechter Ausstieg aus dem Klimawandel erzielt werden, ohne dass der soziale und der Umweltaspekt in

“**Wie kann ein sozial gerechter Ausstieg aus dem Klimawandel erzielt werden, ohne dass der soziale und der Umweltaspekt in einer gemeinsamen Praxis angegangen werden, die auf autonomer Organisation, Selbstverwaltung und Kontrolle von unten gründet?**“

Entwurf weicht ein wenig von Hansens ab, was aber nichts zur Sache tut. Ausschlaggebend ist, dass sich die beiden Strategien in ihrem Bezug auf die sozialen Bewegungen stark unterscheiden.

David Roberts fasst die Angelegenheit so zusammen: „Die Linke steht unter dem Druck ihres Flügels, der die Frage sozialer Gerechtigkeit mit der Klimafrage verknüpfen und daraus eine breite soziale Bewegung schmieden will. Zugleich macht der gemäßigte Flügel Druck, um die beiden großen Parteien einzubeziehen und dieser Druck wird umso stärker, als immer mehr republikanische Abgeordnete die Klimafrage thematisieren wollen.“ Dabei ist klar, dass mit einer – auch vollumfänglichen – Ausschüttung des CO₂-Steueraufkommens in keiner Weise eine sozial gerechte Klimapolitik gewährleistet wäre.

Denn soziale Gerechtigkeit setzt mehr voraus, als ein höheres Einkommen für den Einzelnen (das dann u. U. sogar für Kauf und Unterhalt eines SUV dient): Die Gewerkschaften treten für eine industrielle Konversion der umweltschädlichen Unternehmen und somit für den Erhalt der Arbeitsplätze ein, die farbigen Gemeinden und die sozial schwachen Interessensgruppen wollen billige Wohnungen mit guter Anbindung an den ÖPNV, die indigenen Völker fordern den Schutz ihrer Territorien etc.

Die Energiewende setzt in erster Linie gemeinsame Projekte und Investitionen in großem Stil voraus. „Wenn diese nicht durch eine CO₂-Steuer finanziert werden, wie dann?“, fragt D. Roberts. Diese Frage ist umso dringlicher, als alle vorliegenden Vorschläge die „Aufkommensneutralität“ dieser CO₂-Steuer als unverhandelbar erklären.

einer gemeinsamen Praxis angegangen werden, die auf autonomer Organisation, Selbstverwaltung und Kontrolle von unten gründet? Nur über eine solche Praxis können die ausgebeuteten, unterdrückten und entfremdeten Schichten eine Ideologie entwickeln, die der konsumorientierten und produktivistischen bürgerlichen Ideologie alternativ gegenübersteht. „Fee-and-dividend“ hingegen sind dabei nicht hilfreich.

Zur Praktikabilität der Energiewende

Das andere Argument dieser linken Apologeten der „fee-and-dividend“ ist, dass dies das einzig praktikable Mittel sei, rasch den Ausstoß von Treibhausgasen „unter den obwaltenden Bedingungen“ zu reduzieren. Denn mit der Pro-Kopf-Dividende wäre die Akzeptanz unter der Bevölkerung gewährleistet, so dass der CO₂-Preis recht schnell auf eine Größenordnung von 150–200 Dollar pro Tonne angehoben werden könnte. Selbst wenn wir mal davon ausgehen, dass die Unternehmen diesen Preis hinnehmen, heißt dies nicht, dass damit automatisch die Emissionen drastisch reduziert werden. Hansen selbst geht davon aus, dass eine Steuer von 10\$/t, die jährlich um 10\$ steigt, zu einer Reduktion der Emissionen von 30 % binnen 10 Jahren (wo der Preis dann bei 100\$/t läge) führen würde. Dazu lässt sich dreierlei sagen:

1 Im Ergebnis unterscheidet sich dies nicht qualitativ von den Zielen des Klimaplanes, der unter Obama für den COP21 ausgearbeitet worden war (26–28 % Reduktion zwischen 2015 und 2025 mittels regulierender Maßnahmen).

2 Ebenso wie Obamas Plan geht er kaum über das hinaus, was die USA ohnehin 13 Jahre früher hätten umsetzen müssen, wenn sie denn das Kyoto-Protokoll unterzeichnet hätten.

3 Hansen liefert ein Beispiel zur Veranschaulichung, das seinen eigenen Prognosen widerspricht: „Nehmen wir mal den Zeitpunkt, wo die Steuer auf 115\$/t steigt. Dann wird diese Steuer den Benzinpreis um 1\$ pro Gallone verteuern, die durchschnittlichen Stromkosten werden bei 8 Cent pro kWh liegen und die Einnahmen bei 670 Milliarden Dollar. Daraus ergibt sich eine jährliche Dividende von 3000 Dollar, monatlich also 250\$ für jeden Erwachsenen. Eine Familie mit zwei oder mehr Kindern erhalte ca. 8–9000 Dollar jährlich.“ Das Problem dabei: Kurz nachdem Hansen seinen Plan erstmals auf den Tisch gelegt hatte, verteuerte sich das Benzin in den USA um 1,20 \$ pro Gallone, und zwar binnen zwei und nicht zehn Jahren. Der Verbrauch und damit die Emissionen minderten sich dadurch kaum, nämlich um bloße 3 %.

Generell gibt es theoretisch zwei mögliche Mechanismen zur Reduktion der Emissionen, nämlich die Regulierung mit Kontingentierungen und Quotenvergabe und die Besteuerung. Hansen präferiert eindeutig die zweite Methode, weil er der ersten Ineffizienz unterstellt. Zudem verweist er auf die unkomplizierte gesetzliche Einführung der Steuer, wohingegen die Regulierung schwierig umzusetzen sei. Hier empfiehlt es sich, genau zu überlegen, bevor man dieser Argumentation folgt. Denn der Unterschied zwischen der Regulierung durch Umweltvorgaben (Quoten) und der Animation über den Preis (Steuer) ist, dass erstere ein garantiertes Ergebnis verlangt, was die zweite Variante nicht bietet, da dies von den Reaktionen des Marktes abhängt.

Mit anderen Worten setzt die Regulierung auf die Einhaltung der Umweltvorgaben (bspw. in Form von Emissionsvolumina oder der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre) und damit auch auf entsprechende soziale Auswirkungen, wohingegen die Besteuerung auf die wirtschaftlichen Vorgaben der Unternehmen setzt, also auf die Vorhersehbarkeit der Kosten und Profite, um ihre Investitionen planen zu können. Theoretisch scheint klar, dass Linke und Umweltschützer die erste Variante bevorzugen sollten.

In der Praxis funktioniert die Regulierung heute über Emissionszertifikate, das sog. „cap-and-trade“. Wie der Name sagt, werden dabei zwei Vorgänge kombiniert: die Deckelung von Emissionen (cap) und der Handel

mit Emissionsrechten (trade). Letzteres eröffnet de facto ein Hintertürchen. Insofern machen die Unternehmer Druck, dass das Prinzip durch diverse undurchschaubare Marktmechanismen aufgeweicht wird, einschließlich der Anrechnung kompensatorischer Maßnahmen wie etwa Investitionen in eine „saubere Entwicklung“ in den Ländern des Südens oder die Abscheidung von CO₂ durch Wälder. Aus cap-and-trade soll sozusagen immer mehr „trade“ und immer weniger „cap“ werden, die Effizienz also immer mehr sinken. Nebenbei bemerkt ist die von Hansen kritisierte Schwerfälligkeit der Regulierung vorwiegend auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Ein schlagendes Beispiel hierfür ist der EU-Emissionshandel (ETS). Seine relative Unwirksamkeit ist nicht der Deckelung der Emissionen geschuldet, sondern liegt daran, dass erstens die Deckelung durch die kostenlose Vergabe überzähliger Zertifikate umgangen wird, zweitens diese Rechte handelbar sind und drittens sie als gleichwertig gelten mit den Emissionsrechten, die sich aus dem „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ (CDM) ergeben. Kurzum liegt die Wirkungslosigkeit an der politischen Einflussnahme der multinationalen Konzerne und an der Kommerzialisierung des CO₂.

Daraus abzuleiten, dass ein strikt marktwirtschaftliches Instrumentarium – die Steuer – besser wäre, wäre ein großer strategischer Irrtum für die Linke. Daneben hat sich die Besteuerung, selbst mit der Rückverteilung der Aufkommen, nicht als wirkungsvoller erwiesen: In British Columbia (Vancouver) hat die kanadische Liberale Partei 2008 eine aufkommensneutrale Steuer auf die Emissionen der Unternehmen und Privathaushalte eingeführt. Angefangen bei 10 kanadischen Dollar pro Tonne CO₂ wurde sie bis 2012 auf 30 Dollar erhöht und dann eingefroren. Die Einnahmen wurden an bedürftige Familien und – zu über 50 % – an Unternehmen in Form von Steuerabschlägen rückerstattet. Die hieraus entstandene Abgasreduzierung liegt bei schätzungsweise 5–15 % und damit nicht signifikant unterschiedlich zu dem in Kalifornien mittels cap-and-trade erzielten Resultat.⁸

Die Verfechter der „fee-and-dividend“ werden einwenden, dass sich das in British Columbia eingeführte System von Hansens Vorschlag erheblich unterscheidet. Dies stimmt, da der Steuersatz niedrig ist und die Aufkommen nicht komplett an die Bevölkerung zurückfließen. Aber wenn man, wie Foster, mit dem Argument agiert, dies sei „das Maximum dessen, was das kapitalistische Regime vernünftigerweise hinnehmen könnte“, kann man nicht einfach ein deutlich höheres Steueraufkommen mit Rück-

verteilung pro Kopf diskutieren, ohne den Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen. Damit wären wir am letzten Punkt unserer Darlegungen, nämlich der internationalen Dimension der Angelegenheit.

Nord sticht Süd

Die Linke ist es sich schuldig, diesen Aspekt, nämlich der globalen Klimagerechtigkeit, bei der Betrachtung der „fee-and-dividend“ in Hinblick auf die unterschiedliche Verantwortung der Länder des Nordens bzw. des Südens für die Klimaänderung zu berücksichtigen.

Erinnern wir uns, dass die UN-Klimarahmenkonvention vorsieht, dass der Kampf gegen die Erwärmung unter der Maßgabe geführt werden muss, dass die einzelnen Länder unterschiedlich starke Verantwortung für den Klimawandel tragen und auch unterschiedliche Kapazitäten aufweisen, um mit den Konsequenzen daraus fertig zu werden. Konkret heißt das, dass die Lasten so verteilt werden müssen, dass der deutlich höheren historischen Verantwortung der Industrieländer für den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre Rechnung getragen wird, ebenso dass die ärmsten Länder quasi Null Verantwortung dafür tragen.

Dieses Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen Norden und Süden ist den imperialistischen Ländern seit Jahren ein Dorn im Auge. So ist auch der Kopenhagener Klimagipfel vorwiegend an dieser Frage gescheitert und auf dem Folgetreffen in Cancún wurde die Frage erst mal auf Eis gelegt. Statt sich darüber zu einigen, wie Verantwortung und Verpflichtung aufzuteilen sind, haben sich die Regierungen letztlich darauf verständigt, ein pragmatisches globales Abkommen anzustreben, in dem jedes Land gehalten ist, die Partnerländer über den ihnen möglichen Klimabeitrag (NDC) zu informieren. Demnach ist auch das Pariser Abkommen nach dieser Methode gestrickt und die Folge ist, dass zwischen der offiziellen Zielvorgabe von 1,5–2 °C und den durch die NDC erzielbaren Ergebnissen (2,7–3,7 °C) eine gewaltige Lücke klafft. Diese soll jetzt geschlossen werden und daher sollen die Regierungen in den kommenden Verhandlungen versuchen, die Zielvorgaben „nach oben zu korrigieren“. Insofern ist wahrscheinlich, dass sich die knifflige Frage des Lastenausgleichs zwischen Norden und Süden wieder auf die Tagesordnung drängt.

Hansen ist sich dieser Problematik durchaus bewusst, dass die Industrieländer deutlich mehr historische Verantwortung tragen und die peripheren Länder ein Recht auf Entwicklung haben. Sein Vorschlag hingegen läuft dem

zumindest teilweise entgegen. Ihm zufolge sollten sich ein paar Länder, die federführend bei den Emissionen sind, auf die Einführung der „fee-and-dividend“ verständigen, was sich dann über die Marktmechanismen verbreiten würde. Diese Annahme ist jedoch äußerst fraglich, denn warum sollten es die Unternehmer in den betroffenen Ländern hinnehmen, alljährlich höhere Abgassteuern zu zahlen, die dann im Endergebnis einer abgasfreien Wirtschaft in einigen Wirtschaftszweigen bis zu 700\$/t betragen könnte? Bereits 40\$/t würden die Wettbewerbsfähigkeit einschränken und die Unternehmer würden nicht zögern, das Arbeitsplatzargument zu zücken.

Die Antwort auf dieses Problem gibt der Klimaforscher in einem kürzlich veröffentlichten Artikel und sie unterscheidet sich nicht von der, die Baker und Konsorten bald darauf im „Conservative Case“ geliefert haben: „Zölle auf die aus Erdöl stammenden Produkte aus den Ländern, in denen keine Steuer auf CO₂ erhoben wird und Steuererstattungen für die heimischen Produzenten, die in diese Staaten exportieren“. Dies würde bedeuten, dass die sog. Entwicklungsländer, die Waren in die USA exportieren, dafür denselben CO₂-Aufschlag zahlen müssten wie in die US-Produzenten, der ungleichen Verantwortung für den Klimawandel würde also mitnichten Rechnung getragen.

Wohl weiß Hansen um diesen Widerspruch, argumentiert aber, dass „die fossilen Brennstoffe nicht abgeschafft werden können, wenn manche Länder Produkte exportieren können, die mit un versteuerten fossilen Brennstoffen hergestellt worden sind“. „Die Entwicklungsländer besitzen Rechte, die ihnen durch das Konzept der gemeinsamen, jedoch unterschiedlich ausgeprägten Verantwortung zuerkannt werden, und die Möglichkeit, wirtschaftliche Beihilfen zu erlangen“. Diese sollten jedoch „daran geknüpft sein, dass land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Emissionen begrenzt und mehr CO₂ im Boden und in der Biosphäre gespeichert werden können“. Auf diese Weise „können die Befürchtungen, dass die Ausgleichsabgaben (Zölle) an den Grenzen Zwangsmaßnahmen seien, abgeschwächt werden“. Muss man mehr Worte verlieren, um darin einen „aufgeklärten“ Imperialismus zu sehen und mitnichten den internationalistischen Ansatz, der Hansen mitunter zugebilligt wird?

Die Marktwirtschaft kann's nicht richten

Nicht zum ersten Mal versuchen Klimaforscher eine marktwirtschaftliche Strategie zu entwerfen, die auf einer

CO₂-Bepreisung basiert und eine Energiewende vollzieht, die zugleich effektiv und sozial gerecht ist.

Schon vor Hansen gab es einen gut gemeinten Vorschlag von Anil Agarwal, dem Leiter des renommierten Zentrums für Umweltstudien in Indien. Dieser hatte vor etwa 10 Jahren ein Szenario mit dem Namen „Kontraktion und Konvergenz“ entworfen. Darin war vorgesehen, dass sich alle Länder auf eine radikale Reduktion der globalen Abgasemissionen verständigen (Kontraktion) und sich die Pro-Kopf-Emissionen annähern (Konvergenz). Zudem sollten die Länder des Südens mittels umweltfreundlicher Technologien in ihrer Entwicklung aufgeschlossen haben. Zu diesem Zweck schlug Agarwal vor, dass an die Entwicklungsländer handelbare Emissionsrechte erteilt werden, solange ihr Pro-Kopf-Ausstoß unterdurchschnittlich ist. Die Länder des Nordens, die ihre Emissionen nicht ausreichend reduzieren, sollten diese Zertifikate erwerben. Mit den Einnahmen daraus könnten sich die Länder des Südens mit entsprechender Technologie ausstatten, die für eine CO₂-freie Entwicklung erforderlich ist. Agarwal ging davon aus, dass die Kompensationsmaßnahmen für die Länder des Südens hinnehmbar seien. Aufgegriffen wurde dieser Vorschlag vom Global Commons Institute und auch von namhaften Klimaforschern unterstützt, wie John Houghton und Jean-Pascal van Ypersele, den ehemaligen Spitzenfunktionären des Weltklimarates.

Daraus ist nichts geworden, weil ganz einfach die Marktmechanismen nicht dafür geschaffen sind, die Umwelt zu schützen oder das Wohlergehen der Menschheit zu gewährleisten, sondern um Profite zu machen. Diese Mechanismen sind keine technischen Instrumente, die man für einen beliebigen Zweck einsetzen kann, vielmehr repräsentieren sie eine Produktionsweise, die auf der Konkurrenz bei der Jagd nach dem Profit durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen beruht. Wie Nicholas Stern in seinem berühmten Bericht schreibt: „Der Klimawandel ist das gewaltigste Scheitern des Marktes“. Und dieses Scheitern ist nicht das Ergebnis des einen oder anderen Versagens des Marktes, sondern seiner Natur an sich.

Marktmechanismen dafür nutzen zu wollen, den durch die Marktwirtschaft verursachten Klimawandel zu bekämpfen, ist genauso sinnlos, wie Panzer fabrizieren zu wollen, um Krankenhäuser oder Schulen zu bauen. Die sogenannte Umweltkrise beruht in erster Linie auf dem kapitalistischen Akkumulationstrieb, der untrennbar mit einer Wirtschaft verbunden ist, die auf der Konkurrenz

zur Erzeugung von Mehrwert beruht. Die schrecklichen Gefahren, die sich aus dieser Krise für die Menschheit ergeben, können nur durch radikale antikapitalistische Maßnahmen abgewendet werden, die gewährleisten, dass letztlich weniger und andere Güter auf eine andere Weise erzeugt werden und dass mehr geteilt wird, um besser zu leben. Denn der wahre Reichtum liegt in den Beziehungen zwischen den Menschen.

In diesem Zusammenhang mögen bestimmte Forderungen vom Typ der CO₂-Steuer notwendig sein, wie etwa die unerlässliche Kerosinsteuer oder andere konkrete Maßnahmen, aber dies steht nicht im Mittelpunkt. Das Wesentliche besteht darin, den stetigen Zwang zur Akkumulation zu brechen. Und genau dies macht das „fee-and-dividend“ nicht.

Es setzt im Gegenteil auf mehr Markt und weniger Regulierung und damit auf mehr Wachstum, also genau das Gegenteil dessen, was zu erreichen ist. Um Marx zu zitieren, dessen Bedeutung auch John Bellamy Foster nachdrücklich betont hat: „Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln ...“ Und Marx' Schlussfolgerung nimmt vorweg, was gegenwärtig dringend geboten ist: „Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung [für die menschliche Kraftentwicklung].“⁹ Hansens Vorschlag aber taugt weder als Kristallisationspunkt für eine Alternative noch als „erster Schritt einer sozial gerechten Ausstiegsstrategie aus der Klimakrise“. Dies kann nur gelingen – oder dramatischerweise auch nicht – wenn die konkreten Kämpfe und die darin zum Ausdruck kommenden Forderungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu einer Einheit finden.

1 <https://www.clcouncil.org/wp-content/uploads/2017/02/TheConservativeCaseforCarbonDividends.pdf>

2 Rupert Darwall, „Trump will soon have a chance to show our allies in Western Europe the error of their emissions-cutting ways“, <http://www.nationalreview.com/article/445121/donaldtrump-paris-climate-agreement-teachable-moment-europe>.

3 Eine Meinungsumfrage 2016 ergab, dass die US-Bevölkerung den Klimawandel so bewertet, dass 70 % glauben, dass die Erwärmung stattfindet, und 53 %, dass sie hauptsächlich vom Menschen verursacht wird. 28 % denken, dass sich die Wissenschaft zu uneins ist, 75 %, dass man gegen CO₂ etwas unternehmen muss, weil es die Umwelt verschmutzt, und 71 % halten die Meinung der Wissenschaftler für glaubwürdig. <https://www.theguardian.com/environment/climate-consensus-97-per-cent/2017/mar/06/americans-are-confused-on-climate-but-support-cutting-carbon-pollution>

4 John Bellamy Foster, *Die ökologische Revolution – Frieden zwischen Mensch und Natur*, Hamburg: Laika, 2014; ders., *Der ökologische zwischen Mensch und Natur*, Laika, 2014; ders., *Der ökologische Bruch – Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten*, Laika, 2011.

5 John Bellamy Foster, „James Hansen and the Climate-Change Exit Strategy“, <https://monthlyreview.org/2013/02/01/jameshansen-and-the-climate-change-exit-strategy/>.

6 Inzwischen ist Foster etwas zurückgerudert, wie ein kürzlich erschienener Artikel zeigt, in dem er schreibt: „Hansens Strategie zum Ausstieg aus der Klimakrise krankt daran, dass er dem CO₂-Preis zu viel Gewicht beimisst.“ (<https://monthlyreview.org/2017/02/01/trump-and-climatecatastrophe/#en44>.)

7 Alan Thornett, „James Hansen’s ‚exit strategy‘ from global warming“, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article3390>.

8 Bei diesen Beispielen muss man bedenken, dass dabei die „grauen Emissionen“ nicht berücksichtigt werden, die den Warenimporten aus extrem umweltschädlicher Herstellung zuzuschreiben sind. So sind seit Einführung der Steuer in British Columbia die dortigen Einfuhren von Zement aus China und den USA um 5 bis 40 % gestiegen, wohingegen Kalifornien Spitzenreiter in der US-Klimapolitik ist und sich verpflichtet hat, seine Emissionen bis 2030 um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

9 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. III, Siebenter Abschnitt, MEW, Bd. 25, S. 822–8399

■ Übersetzung: MiWe



Rosdolsky-Kreis MIT PERMANENTEN GRÜSSEN Leben und Werk von Emmy & Roman Rosdolsky

Die Biografie handelt von zwei dissidenten Marxist_innen, die ihren sozialistischen Idealen ein Leben lang treu geblieben sind. Die Autor_innen geben Einblicke in den nationalen Befreiungskampf in der Ukraine, die linke Szene im Wien der Zwischenkriegszeit und in maßgebliche Beiträge zur marxistischen Theorieentwicklung. Behandelt werden die bekannten Werke *Zur nationalen Frage* und *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘* sowie weitere Schriften von Emmy Rosdolsky (geb. Meder; 1911–2001) & Roman Rosdolsky (1898–1967). Abgerundet wird das Buch von einem Beitrag der Enkelin Diana Rosdolsky zum Schweigen ihrer Familie über die KZ-Haft ihres Großvaters aus psychoanalytischer und psychologischer Sicht.

Der *Rosdolsky-Kreis* beschäftigt sich seit 2008 in Wien mit Leben und Werk von Roman & Emmy Rosdolsky. Auf rosdolsky.org entsteht derzeit ein digitales Archiv.

Die Autor_innen stehen für Buchpräsentationen zur Verfügung.

ROSDOLSKY-KREIS MIT PERMANENTEN GRÜSSEN

Leben und Werk von
Emmy und Roman Rosdolsky



mandelbaum kritik & utopie, Mai 2017

453 Seiten | 22 €

mandelbaum.at

KEIN AUSWEG AUS DER KRISE

Zerrissen zwischen seinen inneren Widersprüchen und der von ihm geschaffenen Umweltkrise stößt der Kapitalismus heute auf „unüberwindbare Grenzen“. Zu diesem Schluss kommt **François Chesnais** in einem Interview, das **Henri Wilno** mit ihm führte.

Henri Wilno: Die Debatte unter den marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern über die Ursachen der gegenwärtigen Krise ist längst nicht abgeschlossen. Welche Position beziehst Du hierzu? Wie wirken sich die verschiedenen Faktoren der Krise aus?

F. Chesnais: Der Ausbruch der Krise wird auf Ende Juli, Anfang August 2007 datiert. Seither sind neun Jahre vergangen und meine Position hat sich natürlich weiterentwickelt. In einem im Herbst 2007 für die Nr. 1 der zusammengeführten Zeitschrift *A l'encontre – Carré rouge* geschriebenen Text habe ich ohne Umschweife dargelegt, dass die Krise in ganz klassischer Weise zwar im US-Kreditsystem ausgebrochen ist, es sich aber um eine Überproduktions- und Überakkumulationskrise handelt. Diese beruhte auf einer massiven Verschuldung der Unternehmen und Privathaushalte, die durch völlig neue und auf dem Weltmarkt wirkende Finanzinstrumente in diesem Umfang überhaupt erst ermöglicht worden ist. Die Krise an der Wall Street im September 2008 hat beinahe das weltweite Finanzsystem zusammenbrechen lassen und zu einer weltweiten Rezession geführt, die nur durch das chinesische Wirtschaftswachstum aufgefangen wurde.

Betrachtet man die weltweite Entwicklung, so hat eher

eine Umstrukturierung als eine Zerstörung von warenproduzierendem Kapital stattgefunden. Für das fiktive Kapital galt dies nicht, also für die Rechtstitel, die im Fall von Aktien und Privatanleihen eine Teilhabe an den Profiten ermöglichen bzw. im Fall von öffentlichen Anleihen das Absaugen von Steuereinnahmen auf dem Weg der Schuldenbedienung durch die öffentlichen Haushalte. Die Inhaber solcher Titel, die jederzeit auf speziellen Märkten handelbar sein müssen, verfügen damit über ein „Kapital“, von dem sie regelmäßige Erträge in Form von Zinsen oder Dividenden (eine Kapitalisierung) erwarten. Zu dem wert- und mehrwertproduzierenden Kapital verhält sich dieses fiktive Kapital bestenfalls wie eine „Erinnerung“ an eine früher getätigte Investition, daher der Begriff des fiktiven Kapitals.

Aus diesen traditionellen Finanzanlagen hat das „financial engineering“ vielfältige Derivate geschaffen. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass es immer noch diesen klassischen kurzen Zyklus des Geldkapitals gibt, ausgedrückt in der Formel $G - G'$, in dem also die Investoren – ohne dass dieses Geld je über die Finanzsphäre hinauskommt – mehr Geld zurückbekommen, als sie verliehen („investiert“) haben. Nach diesem Leitmotiv handeln die Investoren auf den Finanzmärkten, also in der

Annahme, dass Zinsen so natürlich abgeworfen werden, „wie der Birnbaum Birnen trägt“, wie Marx dies ironisch ausdrückte.

Mit der Frage der Profitrate habe ich mich nicht näher befasst, sondern die klassische Position vertreten, dass sie mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals zusammenhängt. Allerdings habe ich daran festgehalten, dass das Industriekapital erstens den kompletten Zyklus durchlaufen muss, nämlich $G - W \dots P \dots W' - G'$. (Um mehr Geld einzunehmen, als vorher ausgegeben wurde, sind der Kauf und der Einsatz von Arbeitskraft, die Produktion und der Verkauf der Waren erforderlich). Für die Realisierung des Mehrwerts braucht es schließlich auch die (kaufkräftige) Nachfrage. In den letzten Monaten meiner Arbeit an dem Buch *Finance Capital Today* bin ich auf einen, wenn überhaupt, selten zitierten Text von Ernest Mandel gestoßen, in dem er auf die Konsequenzen des von ihm so genannten Robotismus eingeht, der damals noch in seinen Anfängen steckte.

Mandel schreibt darin, dass „die Ausdehnung der Automatisierung jenseits einer bestimmten Grenze unvermeidlich erstens zu einer Verringerung des Gesamtvolumens des produzierten Wertes, dann zu einer Reduzierung des Gesamtvolumens des produzierten Mehrwerts (führt)“¹. Er sah darin eine „nicht überschreitbare Grenze“, die eine „Tendenz des Kapitalismus zum endgültigen Zusammenbruch“ in sich trägt. Durch die Automatisierung wird der Weg zu einer Senkung der organischen Zusammensetzung, d. h. des Verhältnisses des konstanten Anteils (der Wert der Produktionsmittel) zum variablen Anteil (dem Wert der Arbeitskraft, der Lohnsumme) verbaut, so dass die Faktoren, „die dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate entgegenwirken“, nicht mehr durchgängig funktionieren und aus einer relativen Hürde eine absolute wird.

In einem sehr viel neueren aufschlussreichen Beitrag spricht Robert Kurz von einer „unzureichenden realen Mehrwertproduktion“ aufgrund der „dritten industriellen Revolution (der Mikroelektronik)“. Durch die nachlassenden produktiven Investitionen bewegt sich das fiktive Kapital zunehmend in einem geschlossenen System. Die „Birn bäume geben weniger Birnen“ (außer bei den Staatsanleihen). Die Börsenhändler erzielen mit ihrer Arbeit bei den meisten Transaktionen pro Stück nur geringe Profite, wobei zwischen den verschiedenen Marktsegmenten hin und her gesprungen wird. Die Folge davon ist eine endemische Instabilität der Finanzmärkte und die Ausbildung von Blasen, ein weiteres Charakteristikum unserer Zeit.

Liegt die Zukunft des Kapitalismus in einer endlosen Krise?

Dies halte ich für umso wahrscheinlicher, als es zu einer Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Klimawandels kommen wird. Zwei starke Mechanismen, die traditionell als prozyklische bewertet wurden, sind inzwischen strukturell geworden und bewirken, dass es keinen Ausweg aus der Krise, also eine neue lange Welle der Kapitalakkumulation geben kann.

Der erste dieser beiden Mechanismen ist allgemein bekannt: Die Ansprüche der Inhaber öffentlicher Schuldverschreibungen werden bedingungslos verteidigt, was Sparhaushalte und die Aushöhlung sozialer Rechte zur Folge hat. Der zweite Mechanismus wird gerade erst allmählich wahrgenommen: Er ergibt sich aus der Automatisierung. Deren Auswirkungen lassen sich aufgrund der kapitalistischen Konkurrenz, des tendenziellen Falls des Mehrwerts und des Drucks der Gewinnerwartungen seitens der Aktionäre nicht aufhalten. Man muss sich dafür nur die Entwicklungen im Bankensektor betrachten, der zweifelsohne „die Stahlwirtschaft von morgen“ [also ein schrumpfender Wirtschaftszeig, Anm. d. Übers.] sein wird.

Zum anderen wird sich die Wirtschaftskrise bei zunehmender Dauer mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Klimawandels kombinieren. Das Verhältnis, das der Kapitalismus zur Natur hat, bewirkt inzwischen eine weitere Schranke, deren exakte Charakterisierung noch debattiert wird. Marx konnte nicht vorhersehen, dass das Gleichgewicht des ökologischen Systems, und besonders der Biosphäre, durch die kapitalistische Produktion zerstört würde. Er hat lediglich geahnt, dass die Böden durch die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion ausgelaugt würden. Marxisten – angefangen bei O'Connor – haben versucht, diese Leerstelle zu füllen, und haben zunächst einmal die vielfältige Zerstörung der nicht erneuerbaren Ressourcen und später dann den Klimawandel als eine „von außen vorgegebene Schranke des Kapitalismus“ definiert.

Ich hingegen vertrete die These, dass es sich inzwischen um eine systemimmanente Schranke handelt und dass wir nicht mehr zwischen innerem und äußerem Widerspruch unterscheiden dürfen, da der Kapitalismus außerstande ist, seine Beziehungen zur Umwelt zu ändern. Da nämlich die Verwertung des in den Produktionsprozess einfließenden und damit zu Kapital werdenden Geldes keine Grenzen kennt, ist es dem Kapitalismus unmöglich, seine Treibhausgas-Emissionen zu bremsen und die Ausbeutung der nicht erneuerbaren Ressourcen zu kontrollie-

ren. Folgender Mechanismus bewirkt, dass sich daraus eine „Konsumgesellschaft“ mit einer sinnlosen Verschwendung entwickelt hat: Damit sich das Kapital effektiv reproduzieren kann, muss der Kreislauf jeweils zu Ende geführt werden. Das heißt, die Unternehmen kaufen auf dem Markt Arbeitskräfte ein und setzen sie gemäß den Anforderungen der Kapitalverwertung ein. Die auf diese Weise hergestellten Waren müssen schließlich verkauft werden.

Damit die Aktionäre zufrieden gestellt werden können, müssen hinreichend viele Waren, in denen die im Wert enthaltene abstrakte Arbeit zum Ausdruck kommt, auf den Markt geworfen werden. Für das Kapital ist es absolut gleichgültig, ob diese Waren wirklich „nützlich“ sind oder nur einen solchen Anschein erwecken. Für das Kapital besteht ihre „Nützlichkeit“ ausschließlich darin, Profite rauszuschlagen und den Verwertungsprozess endlos weiter zu betreiben. Dabei haben die Unternehmen eine Meisterschaft darin entwickelt, durch ausgefeilte Werbung denjenigen, die real oder potentiell (mittels Kredit) über ausreichend Kaufkraft verfügen, weiszumachen, dass die ihnen angebotenen Waren „nützlich“ sind.

Um die Entwicklungstendenz zu beleuchten und die Verantwortung hervorzuheben, wird angesichts der Umweltkrise häufig der Begriff des „Anthropozän“ gebraucht. Du lehnt diese Begrifflichkeit ab. Warum geht es dabei?

Es geht darum, den Ökosozialismus als solides Konzept zu fundieren. Der in *inprekor* erschienene Artikel, auf den Du Dich beziehst, ist eine Übersetzung des Schlusskapitels meines auf Englisch erschienenen Buches *Finance Capital Today*. Mein dortiges Anliegen war, den englischen Lesern einen Bezugspunkt zu liefern und der Name des englischen Soziologen Jason Moore ist ihnen geläufig. „Anthropozän“ wurde als Begriff von Wissenschaftlern geprägt, um die gegenwärtige geologische Ära zu bezeichnen, deren Besonderheit darin liegt, dass „die Menschheit“ zu einer eigenständigen geologischen Kraft geworden ist, die dabei ist, die gesamten klimatischen, geologischen und atmosphärischen Phänomene zu ändern.

In einem Beitrag, der sich zum Ziel gesetzt hat, „die verschiedensten Aspekte zu beleuchten“, sprechen sich die beiden Historiker Christophe Bonneuil und Jean-Baptiste Fressoz für eine „ökomarxistische Betrachtung des Anthropozän“ aus. Dabei soll es darum gehen, „die Geschichte des Kapitalismus nicht nur unter dem Aspekt der negativen sozialen Auswirkungen seiner Globalisierung zu betrachten, wie dies beim landläufigen Marxismus geschieht (etwa

in der Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein oder bei der Kritik des „ungleichen Tausches“). Stattdessen sollen auch der zerstörerische Umgang des Kapitalismus mit seinen materiellen Grundlagen (die „Verstoffwechselung der Natur“ durch die Erschließung immer neuer Anlagesphären, die bis dato frei von extraktivistischem und kapitalistischem Zugriff waren) und die daraus sich ergebenden ökologischen Folgen beleuchtet werden.“

Bonneuil und Frezzoz, wie auch Jason Moore, sehen eine Verbindung zwischen den Beziehungen des Menschen mit der Natur, wie sie von Francis Bacon und Descartes theoretisch dargelegt wurden, mit der Einführung des Sklavenhandels und dann der Durchsetzung der imperialistischen Herrschaft.

Moore ist da unumwundener und setzt noch eins drauf. Das Wort „Kapitalozän“ soll unterstreichen, dass wir im „Zeitalter des Kapitals“ leben und nicht in dem des Menschen. „Das Zeitalter des Kapitals“ hat bei ihm nicht nur eine ökonomische Bedeutung, sondern bezeichnet auch den Umgang mit der Natur, in dem die Natur zu einer dem Menschen äußeren und auch zu einer billigen Angelegenheit gemacht wird, wobei „billig“ eine doppelte Bedeutung hat: tiefpreisig und geringwertig. Für die Arbeiter*innen heißt dies, dass der Grad der Ausbeutung der Arbeitskraft in den Bergwerken und Plantagen auf die Spitze getrieben wird.

Du bringst die Debatte über die Grenzen des Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung und unterstreichst damit, was gegenwärtig auf dem Spiel steht. Im Unterschied zu den 1930er Jahren erleben wir den Aufstieg der reaktionären Kräfte jeglicher Couleur, aber nicht der Arbeiterbewegung. Die Antiglobalisierungsbewegung stagniert im besten Fall und die Umweltschützer liefern sich vereinzelt heftige Auseinandersetzungen mit den Profiteuren dieses Systems, aber nicht mehr. Wie können unter diesen Bedingungen die Perspektiven und Anknüpfungspunkte der revolutionären Marxisten aussehen?

Man muss vorsichtig sein mit einem Vergleich mit den 1930er Jahren, in denen sich ein weiterer Weltkrieg immer bedrohlicher abzeichnete. Aber ansonsten hast Du Recht. Es liegt alles in den Händen der unteren Klassen. Auf den Arbeiterkämpfen lastet das Gewicht der hohen Arbeitslosigkeit. Es gilt gegenwärtig, die Empörung in Wut umzuwandeln, in all den Bereichen, wo sie durch die Ungleichheit hochkocht. Wir müssen die Saat säen und

unterstützend eingreifen, wo sie aufgeht. Wesentlich ist, diese Wut gegen das Kapital und das Privateigentum zu lenken. Die Umweltkämpfe haben den Vorteil, dass sie aus validen Argumenten schöpfen und einen klar definierten Feind haben. Die Antiglobalisierungsbewegung hingegen stagniert, weil sie die antikapitalistische Komponente von einst abgeworfen hat.

■ Übersetzung *MiWe aus l'Anticapitaliste, la revue, April 2017*

■ **François Chesnais** ist Mitglied der NPA und deren Ökonomiekommission

1 Ernest Mandel: „Kontroversen um ‚Das Kapital‘“. Berlin 1991, S. 293.

VERANSTALTUNGSREIHE MIT DIANNE FEELEY

Dianne Feeley lebt in der Autostadt Detroit. Sie hat früher bei Ford und bei American Axle, einem Zulieferer der Autoindustrie, gearbeitet. Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Lohnarbeitsleben arbeitet sie bei Local 22 der United Autoworkers (UAW) mit. Sie schreibt für *Labor Notes*, die wohl wichtigste Zeitschrift konsequenter Gewerkschafter*innen in den USA, und gehört zur Redaktion der Zeitschrift *Against the Current*. Sie ist aktives Mitglied von Solidarity, die sich als sozialistische, feministische und antirassistische Organisation definiert, und arbeitet in deren „Ecosocialist Working Group“ mit.

Dianne wird Ende August am Klimacamp im Rheinland teilnehmen und anschließend bis 11. September in verschiedenen Städten der BRD über die aktuelle Lage in den USA sprechen.

Themen der Veranstaltungen sind:

- Leben in den USA unter Trump
- Widerstand gegen Trump
- Situation der Gewerkschaften in den USA
- Lage in der US-amerikanischen Autoindustrie
- Konversion der Autoindustrie – ein Thema in den USA?

Die Veranstaltungsorte und -termine können unter <http://intersoz.org/> eingesehen werden.

KOMMT DIE ARBEITER-BEWEGUNG AUS IHREM TIEF?

Nach dem relativen Wahlerfolg von Labour unter dem Parteivorsitzenden Corbyn kommt es für die radikale Linke darauf an, mit den jungen und gewerkschaftlichen Labour-Anhänger*innen bei außerparlamentarischen Aktionen zusammenzuarbeiten, zugleich aber Distanz zur der Politik des Labour-Parteiapparates zu wahren und keine Illusionen zu schüren.

■ Gregor Gall

Für die meisten britischen Gewerkschaften war die Kandidatur von Jeremy Corbyn und seinem Schatten-Finanzminister John McDonnell bei den vorgezogenen Parlamentswahlen Manna auf die Seelen, nachdem die Partei 20 Jahre lang (1990 – 2010) fest in der Hand der Neoliberalen unter Tony Blair gewesen war und New Labour eine in ihren Augen „prinzipienlose“ Regierungspolitik betrieben hatte. Auch der von den meisten Gewerkschaften gegenüber seinem weiter rechts stehenden Bruder David favorisierte Ed Miliband erzeugte 2010 mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden wenig Begeisterung.

Die Wahlen am 8. Juni brachten für Labour – angesichts der feindlichen Presse und der Zerstrittenheit innerhalb der Partei – ein unerwartet gutes Ergebnis, während Theresa May jämmerlich Schiffbruch erlitt und ihre Parlamentsmehrheit einbüßte. Auch wenn Corbyn nicht die Regierung stellen kann, verschafft das Ergebnis den Gewerkschaften Auftrieb für die Durchsetzung ihrer Interessen.

Neben den 14 Gewerkschaften, die per Blockmitgliedschaft der Labour Party angeschlossen sind und dreieinhalb Millionen Mitglieder zählen, hatten auch weitere Gewerkschaften zur Wahl von Labour aufgerufen, darunter die Beamten-gewerkschaft PCS und die linke Transportarbeiter-gewerkschaft RMT. Mit ihrem gewerkschaftsfreundlichen Programm konnten Corbyn und McDonnell seit

langem zum ersten Mal wieder in den Reihen der Gewerkschaften mobilisieren und diese gar für eine landesweite Kampagne unter ihren Mitgliedern (Trade Union Tuesday) gewinnen.

Regierung unter Druck

Angesichts der damaligen Umfragen, die die Tories weit vorne sahen, war diese Kampagne freilich mehr von verzweifelter Hoffnung als von Aussicht auf Erfolg getrieben. Indessen verfehlte Labour nur knapp den Wahlsieg und die Gewerkschaften werden künftig weiterhin einer rechten Regierung – nur unter Einschluss der loyalistischen DUP – und einer fortgesetzten Austeritätspolitik gegenüberstehen. Die Zeichen stehen somit weiter auf sozialer Ausgrenzung, unverminderter Privatisierungspolitik und weiteren Angriffen auf das Arbeitsrecht im Zuge des EU-Austritts.

Diese neue Situation stellt die Gewerkschaften unter einen gewissen Handlungsdruck seitens ihrer 6,5 Millionen Mitglieder, die sich Veränderungen hier und jetzt erhoffen und sich kaum hinhalten lassen dürften, falls die Labour-Spitze auf den Gedanken kommen sollte, sie auf einen Sieg bei den Wahlen 2022 zu verträsten. Insofern ist nicht auszuschließen, dass die Politik wieder auf der Straße statt im Parlament gemacht wird, falls sich Labour und die Gewerkschaften dafür entscheiden sollten. Denn angesichts der knappen parlamentarischen Mehrheiten, könnte die tatsächliche politische Macht nicht bei den – mehr oder weniger geduldeten – Amtsinhabern liegen, sondern sich auf einen außerparlamentarischen Widerstand verlagern. Die Aussicht auf Erfolg eines solchen Drucks seitens der Straße erscheint gar nicht mal so gering, angesichts der angeschlagenen Regierungschefin May oder auch eines Nachfolgers.

Damit wären wir in einer Lage, wie sie ähnlich Anfang der 1970er Jahre unter der damals neu amtierenden Tory-Regierung von Edward Heath herrschte, die seinerzeit unter erheblichem außerparlamentarischem Druck stand. Dessen damalige Arbeitsrechtsreform (Industrial Relations Act) scheiterte an dem massiven Widerstand der Gewerkschaften und war der Auftakt zu einer Zick-Zack-Politik,

in der er ständig zum Nachgeben gezwungen wurde. Auf seine Frage: „Wer regiert in Großbritannien?“ erhielt er bei den Neuwahlen 1974 die Quittung und wurde abserviert.

Wer führt den Kampf ...

Im Unterschied zu damals muss die heutige Labour-Spitze nicht unbedingt erst dazu gezwungen werden, den außerparlamentarischen Widerstand zu unterstützen. Auch 2010 stieß die Gewerkschaftsbewegung nicht auf Gegenliebe bei Ed Miliband, als sie gegen die frisch gewählte Koalition aus Tories und Liberal-Demokraten mobilisieren wollte. Demnach stellt sich heute die Frage, ob Corbyn und McDonnell in ihren zentralen Funktionen bereit sind, gemeinsam mit den Gewerkschaften einen außerparlamentarischen Widerstand zu betreiben.

Wenn dem so wäre, könnte angesichts der pro-linken Mehrheitsverhältnisse in den meisten großen Gewerkschaften daraus eine unwiderstehliche Kraft entstehen. Mögen für die meisten die 1970er Jahre zu weit zurück liegen, können sich viele jedoch an den Kampf gegen die Kopfsteuer Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre erinnern, als diese außerparlamentarische Aktion zum Erfolg führte. Damit konnte das Image der Eisernen Lady entscheidend beschädigt werden, was dann im November 1990 ihren Rücktritt zur Folge hatte.

Außer zu den Gewerkschaften kann Corbyn auch auf gute Beziehungen zur Jugend verweisen, wie die beiden Kampagnen für seine Wahl zum Parteivorsitzenden und die Gründung der Bewegung Momentum gezeigt haben. Auch in den Wahlergebnissen spiegelte sich sein Einfluss unter den jungen Wähler*innen wider.

Entscheidend dabei wird sein, ob die Dynamik unter der Jugend ausreicht, um die Gewerkschaften in eine Widerstandsbewegung, ähnlich der vom Anfang der 1970er Jahre, mitzuziehen, denn noch sind die Streikaktivitäten relativ verhalten. Zudem haben die Gewerkschaften mit einem zweifachen Problem zu kämpfen. Erstens ist ihre Verankerung unter der Jugend gering (weniger als 10% der 18-24-Jährigen sind organisiert). Zweitens sind viele, nämlich etwa 30% der Mitglieder, bereits über 50 und unter dieser Generation hat Labour bekanntlich nicht sonderlich gut bei den Wahlen abgeschnitten.

...und wer beginnt?

Um an einer solchen Widerstandsbewegung mitzuwirken, müssen die Gewerkschaften aber sowohl die jungen Leute, die noch nicht bei ihnen organisiert sind, als auch ihre älteren Mitglieder mobilisieren. So wie bei den Kämpfen

gegen den Industrial Relations Act 1971 und gegen die Kopfsteuer kommt es auch heute darauf an, die Proteste in den Wohnvierteln und an den Arbeitsplätzen zusammenzuführen, um die Tories auch auf eigenem Terrain in die Defensive zu zwingen, zumal sie nicht einmal 30% der Wahlberechtigten hinter sich gebracht haben.

Ein erster Test wird die Resonanz auf den Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes TUC zu einer Versammlung der öffentlich Beschäftigten am 14. Juni sein. Der Generalsekretär der PCS Serwotka hat dieses Treffen zu einem „Kriegsrat“ für den Fall einer neuen Tory-Regierung erklärt. Dies will noch nichts heißen, denn wir könnten schneller wieder Neuwahlen haben, als uns lieb ist, wenn die Koalition mit der DUP Schiffbruch erleidet. So oder so würden die Gewerkschaften nach jahrzehntelanger neoliberaler Politik wieder mal auf eine Bewährungsprobe gestellt werden.

■ **Gregor Gall** ist Herausgeber des *Scottish Left Review*

■ Übersetzung aus *The Conversation* vom 9. Juni, *MiWe*

BRASILIEN IN AUFRUHR

Konnte man die Absetzung der gewählten brasilianischen Präsidentin Rousseff 2016 noch als tragisch – da als Putsch inszeniert – empfinden, so gerät das Schauspiel um ihren Nachfolger Temer zur Farce oder – wie die *Süddeutsche Zeitung* anlässlich des Urteils des Obersten Wahlgerichts schreibt – zur Göttlichen Komödie.

Zwar hat das Oberste Wahlgericht, das in Teilen aus seinen Gefolgsleuten besteht, den brasilianischen Präsidenten gegen die erdrückende Beweislage vom Vorwurf freigesprochen, seinen Wahlkampf 2014 mit Schmiergeldern finanziert zu haben. Aber zugleich ermittelt der Oberste Gerichtshof wegen Bestechung gegen ihn; und auch seine Koalitionspartner rücken allmählich von ihm ab. Die Suche nach einem/einer möglichen Nachfolger*in gestaltet sich für die Herrschenden schwierig, denn alle potentiellen Kandidat*innen haben es bisher abgelehnt, diese heikle Mission für einen Ausweg aus der politischen Krise zu übernehmen.

Unter der Bevölkerung herrscht kein Zweifel an Temers Korruption. Entsprechend unterirdisch sind seine Popularitätswerte und entsprechend umfangreich die Proteste gegen ihn, die natürlich zugleich vom Widerstand gegen seine Spar- und Sozialabbaupolitik getragen werden. Weiter geschürt werden die Proteste durch die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme des Landes – das BIP ging 2015 um 3,8% und 2016 um 3,6% zurück – und die Preise

für viele Ausfuhrprodukte verfallen aufgrund rückläufiger Bestellungen aus China, während die Preise für Grundnahrungsmittel und Versorgungsgüter ebenso unablässig steigen wie die Arbeitslosigkeit.

War der Generalstreik vom 28. April der größte, den die westliche Hemisphäre bisher erlebt hat, so halten seither die Proteste an. Am 24. Mai 2017 haben 100.000 unter der Parole Blockupy Brasilia in der Verwaltungshauptstadt Brasiliens auf dem Vorplatz vor den Ministerien gegenüber dem Kongress trotz des Einsatzes der Militärpolizei demonstriert. Michel Temer, der sich einer Massenbewegung gegenüber sah, die seinen Rücktritt als Präsident forderte, gab zunächst ein präsidiales Dekret heraus, das den Einsatz der Armee bis zur „Wiederherstellung der Ordnung“ zunächst bis 31. Mai 2017 verfügte, musste dies aber anderntags bereits wieder zurückziehen.

Am 28. Mai demonstrierten Hunderttausende auf der Copacabana auf Initiative der Bündnisse „Furchtloses Volk“ und „Brasilien dem Volk!“. Für den 30. Juni haben die Gewerkschaften erneut einen Generalstreik gegen die neoliberalen „Reformen“ und für den Rücktritt von Temer ausgerufen. Entscheidend für die Zukunft wird dabei weniger das Schicksal Temers als der erfolgreiche Kampf gegen die neoliberale Politik und der Aufbau einer radikalen antikapitalistischen Alternative sein.

MiWe

WELCHE OPTIONEN FÜR EINE RADIKALE SOZIALISTISCHE LINKE?

Der Autor des folgenden Artikels geht auf die politischen Optionen ein, vor denen die radikale Linke in Brasilien angesichts der herrschenden sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Krise steht, und auf die Probleme innerhalb der Bourgeoisie, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen.

■ **Valerio Arcary**

1 Seit der vergangenen Woche herrscht eine andere Lage im Land. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch ein schweres Zerwürfnis in der herrschenden Klasse. Auf taktischer Ebene argumentiert der eine Flügel, dass der Sturz von Michel Temer unvermeidbar ist. Dies käme weniger teuer zu stehen als sein Verbleib als Präsident und wäre für die Umsetzung der Gegenreformen in Sachen Arbeitsgesetz und Sozialversicherung effizienter. Ein anderer Teil zögert noch, weil ein Entscheid des Obersten Wahlrates – der entweder zum Rücktritt oder zur Absetzung von Temer führen würde – für das Gelingen der Gegenreformen vielleicht verhängnisvoll sein könnte. Dieser Flügel befürchtet, dass der Sturz Temers die zügige Durchsetzung der reaktionären politischen Agenda gefährden würde, die die Grundlage für die Bildung einer politischen Allianz war, die vor einem Jahr die Absetzung von Dilma Rousseff und die überfallartige Umsetzung politischer Gegenreformen ermöglichte.

Beide Teile befürchten, es werde im Nationalkongress (den beiden Kammern) nicht möglich sein, im zweiten Anlauf (also nach der ersten Erfahrung mit Michel Temer 2016) einen Präsidenten durchzubringen, der

wenigstens über ein Minimum an Legitimität verfügt. Zwischen beiden Blöcken bestehen aber auch strategische Differenzen. Ein Flügel steht hinter dem Vorgehen des Generalstaatsanwalts, der Bundespolizei und eines Teils der Justiz, die schon vor drei Jahren (2014) beschlossen haben, die Untersuchungen des Ermittlerteams „Lava Jato“ [Schnellreinigung] zum Korruptionsskandal um den Erdölkonzern Petrobras dafür zu nutzen, ein politisches Reformprogramm und namentlich die Reform des in den letzten dreißig Jahren seit Ende der Diktatur entstandenen Parteiensystems durchzusetzen. Ihnen ist bewusst, dass diese Art von Parteiensystem anachronistisch, rückschrittlich, überholt und korrupt ist und nicht mehr funktioniert, und zwar in erster Linie, weil alle großen Parteien illegal von Großunternehmen finanziert werden.

Der andere Teil hält an der bestehenden Ordnung fest, da er die Folgen eines abrupten Zusammenbruchs dieses Systems fürchtet. Beide Blöcke sind reaktionär und keiner verdient Unterstützung. Ein Bündnis mit einem dieser zwei Blöcke wäre für die brasilianische Linke tödlich.

Daher müssen wir zwar gründlich ausloten, welche Chancen sich durch die Spaltung beim Klassenfeind bieten, aber dennoch unabhängig vorgehen. Das bedeu-

tet, die Bewegung „Temer, hau ab!“ zu unterstützen, aber auch mit aller Macht den Reformen (Arbeitsgesetze und Sozialversicherung) entgegenzutreten. Weiterhin müssen wir uns von den Plänen distanzieren, einen institutionellen Staatsstreich im Staatsstreich (derselbe Mechanismus, der zur Absetzung von Dilma Rousseff führte) durchzuführen, denn nichts Anderes wäre die indirekte Wahl eines neuen Präsidenten durch den Kongress.

Auch die Methoden des Kampfs sind wichtig. Nach dem Occupy Brasilia vom 24. Mai sollte unmittelbar auf einen neuen Generalstreik hingearbeitet werden. Sicher, wir sind Sozialist*innen und keine „Streikhansel“, aber der Generalstreik zum Sturz Michel Temers hat sich als nächster Schritt für die Arbeiterklasse aufgedrängt, um das Vertrauen in die eigenen Kräfte und deren Fähigkeit zu stärken, einen anderen Weg zu beschreiten.

2 Der Generalstreik vom 28. April hat die sozialen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zu unseren Gunsten verschoben. Der Auftritt der „schweren Bataillone“ der organisierten Arbeiterklasse auf der politischen Bühne bestätigt, dass bereits die Mehrheit der Bevölkerung verstanden hat, dass die Reformen der Sozialversicherung und des Arbeitsgesetzes inakzeptabel sind. Sie hat sich eindeutig gegen die Reformen der Regierung Michel Temer gestellt. Die Aufdeckung von vorerst nur Teilen des skandalösen Inhalts der Anschuldigungen [von Industriellen, die gegen Strafminderung Informationen preisgegeben haben] scheint eine positive Wende im Bewusstsein von Millionen ArbeiterInnen bewirkt zu haben. Der Mittelstand scheint erst einmal perplex zu sein. Möglicherweise werden Teile des „Mittelstands“ das von Michel Temer organisierte politische Lager verlassen, was sehr positiv wäre. Damit sind nicht nur die Reformen zum Scheitern verurteilt, sondern der Verbleib der Regierung Temer an sich. Diese Dynamik verläuft noch zögerlich, wie sich bei den ersten Demonstrationen letzte Woche zeigte, an denen vor allem eine junge, sehr kämpferische Avantgarde teilnahm.

Diese beschriebene Lageänderung bedeutet selbstverständlich nicht, dass wir uns in einer revolutionären Situation befinden. Eine revolutionäre Situation gibt es nicht ohne das Zusammentreffen von nationaler Krise (des politisch-institutionellen Systems) und einer kämpferischen Stimmung der arbeitenden Klassen zugunsten eines radikalen Wandels. Das ist noch nicht der Fall.

Was wir zurzeit erleben, lässt keine überstürzten Analogien zur Lage in Argentinien 2001/02 zu. Es handelt sich nicht um einen „Argentinazo“ in Zeitlupe. Die Regierung

Temer liegt in den letzten Zügen, das stimmt. Wer regiert noch ein wenig? Es ist Mereilles (der aktuelle Finanzminister und ehemalige Direktor der Zentralbank, den Lula 2003 ernannt hatte).

Es käme einer gefährlichen Illusion gleich, zu glauben, wir befänden uns gewissermaßen am Rande einer Regimekrise, die einen größeren Spielraum zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse böte und die Aussicht auf einen direkten Machtkampf seitens der Arbeiter*innen eröffne. Denn dann müssten wir uns Aufgaben stellen, die nicht erfüllt werden können und daher nur abenteuerliche Aktionen provozieren würden. Wir müssen bloß die Lehren aus den Aktionstagen im Gefolge des Juni 2013 beherzigen [Bewegung für kostenfreie Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs]. Sonst könnte es zu ähnlich abenteuerlichen Aktionen kommen, die damals für die Isolierung der Bewegung und ihren Niedergang nach dem Februar 2014 gesorgt haben.

3 Die Arbeiter*innen und die jungen Leute der Widerstandsbewegung kommen aus einer Situation heraus, in der sich die Kräfte vor dem Hintergrund einer seit Ende 2016 anhaltenden defensiven Lage erst einmal wieder neu sammeln. Aufgrund der Risse innerhalb des bürgerlichen Lagers und der Spaltung des Mittelstands ist es möglich, einen großen Schritt nach vorne zu machen. Doch ein qualitativer Sprung ist daraus noch nicht entstanden. Über den Einfluss der PT (Arbeiterpartei) und der PcdB (Kommunistische Partei Brasiliens) in diesem Prozess darf man sich nicht täuschen, denn der ist noch immer entscheidend. Trotz der Krise, die die PT infolge der Korruptionsaffären durchlebt, haben die Partei und Lula noch immer Masseneinfluss. Die Partei besitzt augenscheinlich weder den Willen noch einen konkreten Plan, frontal gegen die Reformen zu kämpfen; und schon gar nicht, Temer zu stürzen. Ihre Strategie besteht vielmehr darin, die Regierung Temer im Hinblick auf die Wahlen kommenden Jahres zu schwächen und auf „Lula 2018“ zu setzen.

Zweifelsohne war die Einheitsfront, die für die Ausrufung des Generalstreiks zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen gebildet wurde, für dessen Erfolg am 28. April maßgeblich. Dass sich die PT und die CUT (Gewerkschaftsbund) nun links „neu positioniert“ haben, weist darauf hin, dass diese Apparate unter dem sozialen Druck stehen. Ohne einen neuen größeren und schlagkräftigeren Generalstreik wird es nicht gelingen, dass sich die soziale Kraft der Arbeiter*innen voll entfalten kann, und zwar als gegenüber den beiden zerstrittenen

bürgerlichen Blöcken unabhängiges gesellschaftliches Subjekt.

Die „Front des furchtlosen Volkes“ [eine soziale Front, die im Oktober 2015 angesichts des Vormarschs der konservativen, rechten Kräfte entstanden ist] spielte insbesondere in der letzten Zeit eine sehr fortschrittliche Rolle, da sie beide Blöcke der herrschenden Klasse kritisierte und sich sowohl gegen Temer aussprach als auch die Reformen ablehnte und sich für sofortige Direktwahlen des Präsidenten und allgemeine Neuwahlen aussprach.

Eine Einheitsfront mit einem Sofortprogramm gegen die Krise aufzubauen, ist weiterhin politisch von entscheidender Bedeutung. Da es offen ist, ob die defensive Position im Kampf überwunden werden kann, ist es unerlässlich, dass sich die SCP/Conlutas [politisch-gewerkschaftliche Massenorganisation mit Beziehungen u.a. zur PSTU] als Gewerkschaftsverband im Dienste der unteren Klassen profiliert und für eine Einheitsfront kämpft, die ohne Zögern, aber auch ohne eine ultimative Herangehensweise zum Generalstreik aufruft.

4 Die Bedeutung der sozialistischen Linken darf nicht unterschätzt werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass der soeben stattfindende politische Kampf seinen eigenen Rhythmen gehorcht. Wir befinden uns in einer Lage, wo es entscheidend ist, die soziale Bewegung für den Rücktritt von Temer auszuweiten und einen politischen Block gegen indirekte Wahlen [also die Ernennung eines neuen Präsidenten durch den Kongress im Fall von Temers „Abgang“] aufzubauen. Es geht darum, die Losung „Direktwahlen jetzt“ zu verteidigen und nicht zu kapitulieren vor „einer Wahlfarce“, die sich in den Grenzen der liberalen bürgerlichen Demokratie bewegt. „Direktwahlen jetzt“ bedeutet Nein zu sagen zur Politik der Fraktion der Bürgerlichen, die willens ist, Temer abzusetzen, aber alle Hebel in Bewegung setzt, damit der nationale Kongress entscheidet, wer regieren soll. Wir sind natürlich für eine Regierung der Arbeiter*innen und des Volks. Doch diese kann es nur geben, wenn sich Basisorganisationen konstituieren, die eine Einheitsfront im Kampf zum Ausdruck bringen. Es gibt weder Volksräte noch Keime von Volksmacht, sofern man sich nicht auf die Schönfärbereien der „Propagandaliteratur“ stützt. Was wir tun können ist, die Bourgeoisie daran zu hindern, „business as usual“ zu betreiben. Und das ist keineswegs unbedeutend. Denn wenn es der herrschenden Klasse gelingt, zwischen ihren unterschiedlichen Positionen zu vermitteln, wird der Angriff auf das Arbeitsgesetz und die Sozialversicherung mit aller Macht begonnen werden. Wir können und müssen uns für

allgemeine Wahlen aussprechen, was bedeutet, dass wir uns für die Auflösung des Nationalkongresses einsetzen müssen. Wir wollen, dass eine sozialistische Linksfront mit einem antikapitalistischen Programm entsteht, die eine Alternative zu den beiden bürgerlichen Blöcken und gleichzeitig gegen den Lulismus (die PT Lulas) bietet. Die PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit) – die bestimmen muss, wer für diese Front sprechen und kandidieren soll – spielt eine besondere Rolle bei der Bildung dieser Front, die sich an alle Kräfte und Parteien der radikalen Linken richten muss. Die Priorität liegt jedoch in der Verbreitung ihres Programms in der Bevölkerung.

Aus *Alencontre*, 25. Mai 2017

■■■■■■■■■■ **Valerio Arcary** ist Mitglied der brasilianischen Bewegung für eine unabhängige, sozialistische Alternative (MAIS)

■ *Übersetzung aus dem Französischen tigris*

■■■■■■■■■■

AUFSTAND IN MAROKKO

Der seit acht Monaten währende Kampf der Bewohner*innen der marokkanischen Rif-Region gegen staatliche Repression und für soziale Rechte weitet sich auf andere Teile Marokkos aus. Auch die Verhaftungen Dutzender von Aktivist*innen, darunter befinden sich auch die Wortführer der Proteste, können den Prozess nicht stoppen, da die inhaftierte Führung aus der Masse heraus ersetzt wird und der Widerstand der Bevölkerung dadurch nur zunimmt. Inzwischen nehmen die Proteste Formen des aktiven Ungehorsams an.

Ein Manko, das die Ausdehnung auf das gesamte Land bisher behindert, liegt darin, dass sich die politischen Organisationen – außer der radikalen Linken – und die Gewerkschaften des Landes auf verbale Solidarität beschränken. Dadurch fehlt es den Protesten bisher an politischen Zielsetzungen, die die Macht des Staatsapparats ernsthaft in Bedrängnis bringen könnten. Und es fehlen dadurch zentralisierende Instanzen, die die lokalen Aktionen koordinieren und zu einer Ausbreitung der autonomen Basiskomitees, wie sie in der Rif-Region existieren, im Land beitragen könnten.

Auch wenn inzwischen täglich Demonstrationen etwa in Rabat und Casablanca stattfinden, mangelt es an einer Synchronisierung und Koordination der sozialen Proteste. Für den Ausgang der Mobilisierungen wird entscheidend sein, deren Isolierung über die betroffene Region hinaus zu überwinden und eine Verstetigung der Massenbewegung im ganzen Land zu erreichen.

Im Folgenden die Erklärung des **Büros der IV. Internationale** vom 29. Mai 2017.

SOLIDARITÄT MIT DEN PROTESTEN DES MAROKKANISCHEN VOLKES IN DER RIF-REGION

Seit sieben Monaten gibt es eine zunehmende Protestbewegung der Bevölkerung in der nordmarokkanischen Rif-Region. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte sie am 18. Mai, als sich mehrere Zehntausend Demonstranten in Al-Hoceima versammelten. Die Bewegung geht auf die seit dem 20. Februar 2011 in der Region laufenden Mobilisierungen zurück, die damals als marokkanischer

Ausdruck des Arabischen Frühlings entstanden. Im Oktober erhielt diese Bewegung wieder Auftrieb, als der junge Fischhändler Mohsen Fikri in einem Mülltransporter zermalmt wurde.

Die in örtlichen Komitees organisierte Bevölkerung fordert die Bestrafung der Verantwortlichen für diesen Fall sowie fünf weiteren Toten, die während der Ereignisse am

20. Februar 2011 in einem Bankgebäude ums Leben gekommen sind. Weiterhin verlangen sie die Aufhebung des Kriegsrechts in der Provinz Al-Hoceima und ein Ende der Kriminalisierung und Gängelung der Kleinbauern [wegen Cannabisanbaus]. Weitere soziale Forderungen betreffen das Gesundheits- und Erziehungswesen und die fehlenden Infrastrukturen. Dies ist ein klarer Hinweis auf das Versagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des marokkanischen Staates, der für die Begleichung seiner enormen Außenschulden die Zerstörung des heimischen Produktionssektors, die Plünderung seiner Meeres- und Waldressourcen, den Verfall der öffentlichen Daseinsfürsorge und eine massive Jugendarbeitslosigkeit in Kauf nimmt.

Diese neoliberale Politik im Dienst des internationalen und nationalen Großkapitals, die dem Land von den internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen und den Regierungen der imperialistischen Großmächte auferlegt wird, wird von den korrupten und durch und durch undemokratischen marokkanischen Institutionen umgesetzt. Sämtliche Regierungs-, Sicherheits- und Verlautbarungsorgane der herrschenden Monarchie versuchen, die Bevölkerung der Rif-Region mundtot zu machen, die Protestbewegung zu kriminalisieren und zu diskreditieren. Dadurch wollen sie verhindern, dass sich andere Städte und Regionen Marokkos, die ebenso unter Ausgrenzung, Verarmung und Entwürdigung leiden, an den Protesten ein Beispiel nehmen.

Wir begrüßen die Kampfbereitschaft und die autonome Organisation wie auch die Kreativität und Entschlossenheit der dortigen Bevölkerung und all derer, die diesen Kampf in Marokko unterstützen.

Wir verurteilen die Repressions- und Desinformati- onspolitik des marokkanischen Staates.

Und wir rufen zu einer breiten internationalen Solidarität auf, damit diese Bewegung ihre Forderungen durchsetzen und ihre sozialen, demokratischen und kulturellen Lebensbedingungen spürbar verbessern kann. Diese Forderungen werden von allen Schichten der einfachen Bevölkerung in Marokko und den angrenzenden Ländern, die sich vom politischen Despotismus und der kapitalistischen Ausbeutung befreien wollen, gleichermaßen getragen.

**Für den Sieg des Volkes in der Rif-Region!
Lang lebe der Kampf für Freiheit, Würde und
soziale Gerechtigkeit!**

■ Übersetzung: MiWe



Kapitalistische Klimaveränderung und unsere Aufgaben

Resolution des 16. Weltkongresses
der Vierten Internationale, Februar 2010
Im Anhang: Resolution des Weltkongresses 2010 zur
Klimawandel-Konferenz in Cochabamba,
Hinweise zum Weiterlesen
Herausgegeben von internationale sozialistische linke (isl)
und Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale
(RSB)
24 Seiten, 1 €

Bestellungen per Brief, Postkarte, E-Mail oder Anruf
Bestellungen an

ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln,
Tel. 0221 / 9 23 11 98, iso@intersoz.org

1 Exemplar: 2,50 € (für Porto und Verpackung, Vorkasse)

2 bis 4 Exemplare: 1 € pro Exemplar plus 1,50 € für Porto und
Verpackung (Vorkasse)

ab 5 Exemplaren: Zusendung portofrei

Bei Bestellung aller drei lieferbarer Broschüren (Dokumente der ISO-
Gründungskonferenz, M. Löwy, Resolution des 16. Weltkongress zur
Klimaveränderung): 5 € (Vorkasse)

Preisangaben für Lieferung an Adressen in der BRD; für Bestellungen aus
dem Ausland wegen Preisen bitte anfragen

Für ein sozialistisches Europa

Die Jugendlichen in und um die IV. Internationale organisieren seit mittlerweile über dreißig Jahren ein internationales Camp. Dieses Jahr findet es vom 23. bis 29. Juli 2017 bei Otranto in Italien statt.

Auf dem Camp wird 2017 Selbstorganisation ein zentrales Thema sein und welche Rolle sie in unseren Kämpfen spielen sollte. Wie erkämpfen wir selbstverwaltete Räume? Welche Strukturen können wir von unten aufbauen? Es wird die Möglichkeit geben, einen selbstverwalteten Agrarbetrieb zu besuchen.

Ni una menos, eine internationale feministische Bewegung in Lateinamerika wird ebenfalls Thema auf dem Camp sein. Diese Bewegung hat auch Einfluss auf die Kämpfe in anderen Teilen der Welt gehabt und wir wollen diskutieren, was wir davon für unsere eigenen Kämpfe lernen können.

Eine Woche lang werden im Sommer etwa 500 junge Menschen aus mindestens 18 Ländern Europas (von Russland bis Portugal, von Schweden bis Griechenland, aber auch aus Ägypten und den Philippinen) zusammenkommen, sich austauschen und miteinander diskutieren. Kurz: Sie werden Menschen aus anderen Ländern kennenlernen, den Campalltag in Selbstverwaltung mitbestimmen, gemeinsam feiern und lernen, die Welt zu verändern!

Die IV. Internationale ist ein Zusammenschluss revolutionärer Organisationen, die in über 50 Ländern für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen.

Wir wollen eine freie und selbstverwaltete sozialistische Demokratie und zwar weltweit. Wir wissen aber, dass wir das nicht allein erreichen können. Deshalb versuchen wir am Aufbau linker, antikapitalistischer Strömungen mitzuwirken, um die innerlinken Spaltungen zu überwinden.

Programm

Das Camp ist in Thementage/Themenblöcke eingeteilt. Es bietet eine großartige Gelegenheit, sich Schritt für Schritt über die Situation in den verschiedenen Ländern auszutauschen und über die Kämpfe vor Ort zu sprechen. Steckt der Kapitalismus in der Krise? Was macht die wirtschaftliche Krise aus, was die ökologische? Gibt es immer noch eine Arbeiter*innenklasse und, wenn ja, wie sieht sie heute aus? Was heißt Imperialismus heute? Und vor welche Herausforderungen stellt uns all das?

Der Imperialismus im Nahen Osten und seine Folgen in Form eines Stroms von refugees wird ein wichtiges Thema sein. Dazu wollen wir nicht nur die Situation in den verschiedenen Ländern und die Gefahr der radikalen Rechten diskutieren, sondern vor allem die konkreten Bewegungen und Kämpfe, die es in den verschiedenen Ländern gibt.

Die patriarchale Unterdrückung und die Kämpfe dagegen – wie z.B. gegen Feminizid und Gewalt – werden ein weiteres wichtiges Thema sein. Wie kann heute ein revolutionärer Feminismus aussehen? Auch der Kampf gegen die Unterdrückung von LGBTI* und für die Überwindung einer normierten sexuellen Identität wird eine wichtige Rolle spielen.

Die ökologische Krise wird ebenfalls ein Thema sein. Wir wollen diskutieren, welche Auswirkungen sie hat, wie wir in ökologische Kämpfe intervenieren können und wie wir eine zukünftige Gesellschaft nach ökologischen Kriterien aufbauen können.

Zum Ende wird es auch um die Revolution gehen: Wie kommen wir dahin? Wird eine Revolution heute überhaupt noch so aussehen wie vor 100 Jahren? Welche Rolle hat die arbeitende Bevölkerung? Wie wollen wir uns organisieren?

Ein detailliertes Programm, auch mit geplanten Workshops, gib es demnächst online. Die Adressen findest Du unten.

Wann? 23. Juli – 29. Juli 2017

Wo? Otranto, in der süditalienischen Provinz Apulien

Kosten: Die Kosten sind für TeilnehmerInnen aus Deutschland mit 100 € für Übernachtung und Verpflegung eher hoch. Der Preis für das Camp wird je nach durchschnittlichem Einkommen in den jeweiligen Ländern errechnet, um Jugendlichen aus ärmeren Ländern die Teilnahme zu ermöglichen. Falls du dir den Betrag nicht leisten kannst, wende Dich bitte an uns, wir finden eine Lösung.

An-, Abreise: Wir werden eine möglichst kostengünstige gemeinsame Reise organisieren

Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen? Mail an: sommerncamp@intersoz.org oder schau vorbei auf <http://intersoz.org/sommerncamp> und sommerncamp.blogspot.eu